

observer 09

BGA-Bewertung der Wahlprogramme der Parteien



Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Vorwort	3
2. Zusammenfassung/Gesamtresümee	5
3. Einzelthemen	
3.1 Arbeitsmarkt	9
3.2 Wirtschaft und Finanzen	13
3.3 Steuerpolitik	17
3.4 Sozialpolitik	21
3.5 Außenwirtschaft	25
3.6 Europa	29
3.7 Verkehr	33
3.8 Recht und Wettbewerb	37
3.9 Umwelt	41
3.10 Agrar und Verbraucherschutz	45
3.11 Berufliche Bildung	49
3.12 Auswertung	53

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir müssen in diesem Jahr mit dem schärfsten Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung in der Nachkriegsgeschichte rechnen. Trotz der akuten Krise, die die Unternehmen unter enormen Druck stellt, sind die langfristigen Perspektiven Deutschlands hervorragend. Diese Entwicklung ist aber kein Selbstläufer!

„Deutschlands Chancen nutzen“ haben wir deshalb zum Leitmotiv unserer Betrachtung der Wahlprogramme gewählt. Vielleicht kommt Ihnen dieses Motto bekannt vor, so lautete 2005 das Wahlprogramm der CDU/CSU. Seinerzeit versuchte es die Union mit einem „ehrlichen“ Wahlprogramm, in dem sie den Bürgern ankündigte, welche Zumutungen nach der Wahl auf sie zukommen würden – und wäre damit beinahe gescheitert.

Diese Erfahrung haben ganz offensichtlich alle Wahlkampfstrategen verinnerlicht, mit dem Ergebnis, dass die Parteien diesmal das Füllhorn ausschütten und sich in der Ankündigung von Wahlgewinnen gegenseitig übertreffen. Entscheidend wird aber sein, Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Auf den folgenden Seiten hat der BGA deshalb kurz und übersichtlich zusammengestellt, was aus unserer Sicht nach der Bundestagswahl in Angriff genommen werden muss – und welche Konzepte die einzelnen Parteien im Hinblick auf einen attraktiven Wirtschafts-, Investitions- und Beschäftigungsstandort vorgelegt haben.

Der Staat muss den Unternehmern und seinen Mitarbeitern mehr Freiheit einräumen. Die deutschen mittelständischen Unternehmer werden diese Freiheit nicht missbrauchen. Wir stehen zu diesem Land! Doch wir brauchen die Freiräume, die notwendig sind, um im Globalisierungsprozess schnell agieren zu können – damit Arbeitsplätze in Deutschland bleiben und neue entstehen können.

Nach der öffentlichen Debatte um vermeintliche Heuschrecken, Managergehälter, Korruption, Steuerhinterziehung und Schwarzen Kassen beschleunigt jedoch das gegenwärtige Finanzdesaster den ohnehin schwelenden Ansehensverlust der Marktwirtschaft wie kaum eine Krise zuvor. In der Bevölkerung wachsen die Zweifel an unserem erfolgreichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Doch gerade das klassische Unternehmertum ist die Basis für unseren Wohlstand und ständiges Beispiel für verantwortungsvolles Handeln. Wir dürfen nicht zulassen, dass Verfehlungen Einzelner das höchst erfolgreiche System der Sozialen Marktwirtschaft in Frage stellen.

Im Gegenteil, Wachstum ist auch mit fairen Methoden möglich! Für den ganz überwiegenden Teil der Unternehmen sind Ethik und Moral sehr wohl Themen, die zählen.

Sie bekennen sich klar zu ihrer Verantwortung gegenüber ihrer Belegschaft und ihrem Umfeld. Die übergroße Mehrheit der Akteure handelt hier vorbildlich und davon, dass das ethische Fundament der Wirtschaft zu bröckeln beginne oder gar schon in Auflösung begriffen sei, kann keine Rede sein.

Die Marktwirtschaft wird auch die aktuelle Finanzkrise überdauern. Es gibt kein alternatives System, das besser wäre. Gewinnerorientierung und Profitstreben verdanken wir unseren Wohlstand. Und die beste Sozialpolitik für die Schwachen ist, das System zu stabilisieren.

Die Wachstumsperspektiven bleiben für den weiteren Jahresverlauf einstweilen noch trüb. Doch jede Krise hat einmal ihr Ende. Der These von der Entglobalisierung gilt es eine klare Absage zu erteilen. Die säkularen Wachstumstrends sind ungebrochen, Schwellen- und Entwicklungsländer werden ihre Aufhol- und Modernisierungsanstrengungen künftig weiter fortsetzen müssen, um den Herausforderungen der Demographie, des Umwelt- und Klimaschutzes und des technologischen Fortschritts gewachsen zu sein. Wir können es schaffen, die Wende zum Besseren einzuleiten! Wichtig ist, dass die Politik aus der Deckung kommt. Wenn entschieden gehandelt wird, müssen wir vor der Zukunft keine Angst haben. Dann werden wir die Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen können – und auch in Zukunft weiter zu den führenden Wirtschaftsnationen gehören. Denn die deutsche Volkswirtschaft ist im Kern strukturell gut aufgestellt. Die Steigerung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit, gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter haben den Aufschwung in den vergangenen Jahren getragen.

Vor dem Hintergrund der fortschreitenden europäischen Integration und des weltweiten Zusammenwachsens der Märkte ist es an Deutschland, sich offensiv den Herausforderungen zu stellen und die Chancen zu ergreifen, die sich unserem Land – gerade durch die Globalisierung – bieten. Eine Nation wie Deutschland, die mit ihrer außenhandelsorientierten Wirtschaft schon seit langen Jahren die Früchte der Internationalisierung erntet, sollte sich nicht dem Hang zur Schwarzmalerei hingeben.

Berlin, im Juli 2009



Anton F. Börner

Zusammenfassung/ Gesamtresümee

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch generell das Fortbestehen gravierender struktureller Aufgaben deutlich gemacht. Nun rächt sich, dass die Politik in den guten Zeiten alle Warnungen vor einer nachlassenden Reformdynamik in den Wind geschrieben hat. Ob im Steuerrecht, in den sozialen Sicherungssystemen oder bei den immensen Staatschulden – es bestehen große Baustellen fort, denen sich die Politik in der nächsten Legislaturperiode mit größter Aufmerksamkeit widmen muss.

Der Wirtschaftsboom der vergangenen Jahre hat uns zwei Millionen neue Jobs gebracht. Deutschlands Export hat 2008 erstmals die Billionenmarke erreicht, erneut den Titel des Exportweltmeisters errungen und den Überschuss auf fast 180 Milliarden Euro gesteigert. Zugleich spannen wir ein soziales Netz für rund 700 Tausend Millionen Euro. Gerade die gegenwärtige Krise zeigt, Wirtschaftswachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts. Deshalb muss es zentrale Aufgabe der zukünftigen Bundesregierung sein, in den kommenden Jahren wieder ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum oberhalb der Beschäftigungsschwelle zu generieren. Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck, sondern Grundvoraussetzung für die Sicherung unseres Wohlstandes und nachhaltiger sozialer Gerechtigkeit.

Wie sich die Parteien vor der Bundestagswahl 2009 zu den drängenden Herausforderungen positionieren, zeigt vorliegende Auswertung:

Die **CDU/CSU** schafft mit ihrem Wahlprogramm zum Wohlfühlen immerhin 13 von 33 möglichen Punkten. Kein berauschendes Ergebnis – und reicht doch mit großem Abstand auf die Verfolger, für den zweiten Rang beim Gesamtergebnis. Immerhin teilt sie sich bei Wirtschaft und Finanzen mit der FDP den ersten Rang und belegt in drei weiteren Kernbereichen – Arbeitsmarkt, Steuern sowie Sozialpolitik – den zweiten Rang. Obwohl die Zeichen der Zeit erkannt, lassen die stark differierenden Interessen und unterschiedlichen Strömungen einer großen Volkspartei die notwendige Konsequenz bei Maßnahmen zur Verbesserung des attraktiven Wirtschafts-, Investitions- und Beschäftigungsstandorts vermissen. Für einen Richtungswahlkampf bietet dieses Programm jedenfalls keine Angriffsfläche.

Von den maximal 33 möglichen Punkten schafft die **SPD** gerade einmal drei. Mit Reichensteuer, getarnt als „Bildungssoli“, gesetzlichem Mindestlohn und dem Aufweichen der „Rente mit 67“ versucht die SPD Wähler zu gewinnen, Wachstumsimpulse gehen davon aber nicht aus. Damit fällt die SPD

noch weiter hinter ihre eigene AGENDA 2010 zurück. Unverzichtbar in der sozialen Marktwirtschaft ist jedoch auch die Leistungsgerechtigkeit. Deshalb kann die SPD nicht einmal ersatzweise in Anspruch nehmen, die sozial gerechteste Partei zu sein. Die Sozialdemokraten tun sich schwer, überzeugende Rezepte für die dringenden Probleme unserer Zeit anzubieten. Das reicht nicht aus und ist enttäuschend für eine große Volkspartei.

Mit großem Abstand die meisten Wachstums- und Beschäftigungsimpulse bietet das Programm der **FDP** und erreicht damit 25 von 33 möglichen Punkten. Zugleich steht sie an der Spitze in allen einzelnen Politikfeldern. Besonders in den Schlüsselpositionen für Wachstum - Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaft und Finanzen, Steuern sowie Sozialpolitik - zeigt die FDP echte Alternativen zur derzeitigen Regierungspolitik auf. Positiv schneidet sie im Vergleich zu den anderen Parteien beispielsweise auch in den Bereichen Außenwirtschaft und Agrarpolitik ab. Bleibt zu hoffen, dass die FDP nach der Wahl die Kraft und die Ausdauer aufbringt, diese Ankündigungen umzusetzen.

Einen einzigen Punkt erreicht **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**. Dem stehen 9 Minuspunkte gegenüber! Zwar finden sich bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gute Politikansätze, diese werden aber meist zu zaghaft und halbherzig vertreten oder durch fundamentalistische Gegenströmungen wieder zunichte gemacht, als dass die Partei damit punkten könnte. Enttäuschend auch nur Platz drei in der Umweltpolitik. Hier gilt es festzuhalten, dass gut gemeint alleine nicht reicht. Das Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spiegelt die innere Zerrissenheit dieser Partei wieder.

Das Schlusslicht bildet weit abgeschlagwen **DIE LINKE**. Das Programm lässt sich mit einem Wort zusammenfassen: Wirklichkeitsverweigerung. Die von der früheren SED bereits hinlänglich bekannte Politik ist auch nach der zweiten Umbenennung und durch die Zusammenarbeit mit der WASG nicht realitätsnäher geworden und vertraut einzig auf Staatsdirigismus. Mit unhaltbaren Wahlversprechungen täuscht und verrät sie damit die Klientel, die sie für sich beansprucht. Das Wahlprogramm der Linken zeigt, dass die Partei auch mit ‚westdeutscher Unterstützung‘ nicht in der sozialen Marktwirtschaft und damit in der Bundesrepublik Deutschland angekommen ist.

Schaut man sich die einzelnen Politikfelder noch einmal genauer an, so stellt man fest, dass in der **Sozialpolitik** einzig die **FDP** sich zu umfassenden Strukturreformen bekennt:

Platz 1. Die Pläne der **CDU/CSU** enthalten positive Ansätze, wie etwa die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen im Gesundheitswesen, gehen aber insbesondere in der Finanzierung nicht weit genug (2. Platz). Das Weiterführen der bisherigen Systeme in erweiterter Form, von **SPD** und **Bündnis 90/DIE GRÜNEN** präferiert, werden zu einer höheren Kostenbelastung führen, das bedeutet für beide Parteien Rang 3.

In der **Arbeitsmarktpolitik**, einem der wichtigsten Aufgabebereiche überhaupt, finden sich lediglich bei **FDP** sowie **CDU/CSU** brauchbare Reformansätze. Daher Platz 1 klar an die FDP und Rang 2 für die CDU/CSU. Position 3 teilen sich **SPD** und **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**, die etwa mit der weiteren Förderung der Altersteilzeit oder mit gesetzlichen Mindestlöhnen in vielen Bereichen auf die arbeitsmarktpolitische Rolle rückwärts setzen. Von der Schwächung der Zeitarbeit oder der Ausweitung des Mitbestimmungsniveaus gehen aber keinerlei Beschäftigungsimpulse aus. Völliger Ausfall bei **DIE LINKE**, deren planwirtschaftliche Rezepte den letzten Platz bedeuten.

Die gegenwärtige Krise stellt die **Wirtschafts- und Finanzpolitik** vor erhebliche Herausforderungen. Politik aus einem Guss mit brauchbaren Ansätzen für die Verbesserung der Mittelstandsfinanzierung und zum Abbau von Bürokratie bietet die **FDP**. Die Richtung stimmt auch bei **CDU/CSU**, daher für beide Platz 1. Widersprüchlich das Programm der **SPD** mit Schuldenbremse auf der einen Seite und aktiver Konjunkturpolitik mit zusätzlichen staatlichen Ausgaben auf der anderen: Platz 3. Enttäuschend die ideologisch motivierte Forderung einer Finanzumsatzsteuer und die einseitige Bevorzugung von erneuerbaren Energien von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** und abermaliger Totalausfall bei **DIE LINKE**, die offen für eine andere Wirtschaftsordnung eintreten.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich ab in der **Steuerpolitik**. Deutschland kommt um einschneidende Maßnahmen in der Finanzpolitik nicht herum. Die **CDU/CSU** möchte sich als Steuersenkungs-Partei positionieren, bleibt aber bei der Konkretisierung vage. Allein mit den in Aussicht gestellten leichten Steuerentlastungen im unteren Einkommensbereich kann die **SPD** nicht punkten. Die als Bildungssoli getarnte Erhöhung des Spitzensteuersatzes ist nicht ansatzweise geeignet, die drängenden Probleme im Staatshaushalt zu lösen. Das weitgehendste und klarste Steuerkonzept bietet einmal mehr die **FDP**, wenn auch dieses - beispielsweise bei der Mehrwertsteuer - nicht immer ganz konsistent erscheint. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** werben für weitere Steuerverstärkungen. **DIE LINKE** verharrt auf einer Programmatik von weiteren Steuererhöhungen und Umverteilung und bildet damit einmal mehr das Schlusslicht in der Parteienlandschaft.

Die Bedeutung der **Außenwirtschaft** als Konjunkturmotor für Deutschland und Stütze für unseren Wohlstand wird von allen Parteien offensichtlich mehr oder weniger verkannt. Drängende Fragen wie die weitere Ausgestaltung der Außenwirtschaftsförderung, die Eindämmung der überbordenden Bürokratie insbesondere bei der Exportkontrolle sowie die weitere Ausgestaltung der Exportkreditversicherung bleiben zum größten Teil unbeantwortet. In allen Wahlprogrammen wird der Frage der Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit erheblich mehr Aufmerksamkeit geschenkt als dem Außenhandel bzw. der Frage, wie künftig strategisch mit den großen Schwellenländern wie China, Indien, Russland und Brasilien umgegangen werden soll – ein erschreckendes Indiz für einen Mangel an strategischem Weitblick in der deutschen Politik, von dem nur die **FDP** sich positiv abhebt. Positiv das Bekenntnis der **CDU/CSU** zur WTO und zum Freihandel. Vage bleibt die Union hingegen bei der Außenwirtschaftsförderung und zur Frage von Umwelt- und Sozialstandards in der WTO.. Außer dem Bekenntnis zur Fortsetzung der WTO-Entwicklungsrunde sowie einer klaren Absage an Protektionismus bleibt die SPD sehr unkonkret, beispielsweise zur Außenwirtschaftsförderung für den Mittelstand finden sich gar keine Aussagen. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bleiben ebenfalls in weiten Bereichen – von der Vorstellung überhöhter Umwelt- und Sozialstandards einmal abgesehen – unverbindlich. **DIE LINKE** positionieren sich weitgehend als Globalisierungsverweigerer.

In der **Europapolitik** sprechen sich sämtliche Parteien für die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages aus. Einzige Ausnahme: **DIE LINKE**. Ansonsten gibt es auch hier noch immer klare Unterschiede, die im Falle der **FDP** mit einem, dem Subsidiaritätsprinzip folgenden, stimmigen Gesamtkonzept den Spitzenplatz bedeutet, gefolgt von **CDU/CSU**. Ähnlich das Konzept der **SPD**, die allerdings mit ihrer Forderung nach Flexibilisierung des Stabilitätspaktes und ihren Vorstellungen zur Rolle der EZB an Boden verliert. Werden die Vorstellungen von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Realität, droht Ineffizienz durch Überregulierung, was einen vorletzten Platz zur Folge hat – nur noch unterboten durch **DIE LINKE**.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Mobilität dürfte die **Verkehrspolitik** in den kommenden Jahren eine entscheidende Rolle spielen. Die **CDU/CSU** adressiert die richtigen Themen und bietet ermutigende Vorschläge in die richtige Richtung. Sie erwähnt z.B. Infrastrukturfinanzierung durch Privatfinanzierungen sowie die Fortführung der Bahnreform und Schaffung eines fairen Wettbewerbs auf der Schiene. Kein großer Wurf hingegen das Programm der **SPD**. Der Ausbau der Schiene und des ÖPNV lösen nicht die drängenden Probleme. Sehr weitgehende Vorstellungen hingegen bei der **FDP**, die von Mautaussetzung über Privatisierungen und Abschaffung der Kfz-Steuer wirkliche Impulse für Investitionen

und Beschäftigung versprechen. Dagegen würden die Vorstellungen von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** (u.a. Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes und der Schiene, Förderung von Elektrofahrzeugen, Reduzierung der Bahnpreise) zu steigenden Staatsausgaben und Mehrbelastungen für die Wirtschaft führen. Da bleibt doch **DIE LINKE** lieber gleich Antworten auf die drängenden Fragen der Verkehrspolitik schuldig.

Im Bereich **Recht und Wettbewerb** hat die Finanz- und Wirtschaftskrise deutliche Spuren in den Wahlprogrammen der Parteien hinterlassen. Bedauerlicherweise aber nicht in Form von konkreten Präventionsmaßnahmen oder Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen, sondern in Form einer generellen Skepsis gegenüber marktwirtschaftlichen Prinzipien. Verstaatlichung und Rücknahme von Privatisierungen ist, mit Ausnahme bei der **FDP**, der Tenor der Wahlprogramme. Sie vertraut weiterhin auf marktwirtschaftliche Prinzipien: Platz 1. Die **CDU/CSU** spricht sich zwar klar zur sozialen Marktwirtschaft als ordnungspolitische Leitidee aus, es fehlen aber konkrete Aussagen zur Stärkung des Wettbewerbsgedankens. Die Forderung der **SPD** nach Mindestlöhnen hingegen gefährdet den Wettbewerb als Ordnungsprinzip. Über das Ziel hinaus schießt **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, deren extremer Verbraucherschutz effizientes und wettbewerbsfähiges Wirtschaften gefährdet. **DIE LINKE** stellt mit ihrer Absicht nach massiver Verstaatlichung eine Gefahr für die bisherige Wirtschaftsordnung dar.

Alle Parteien bekennen sich zur Bedeutung der **Umweltpolitik**. Insbesondere die Bekämpfung des sich abzeichnenden Klimawandels ist zentraler Punkt der deutschen und internationalen umweltpolitischen Agenda geworden. Die **FDP** setzt auf marktnahe Instrumente und auch die **CDU/CSU** setzt auf eine ausgewogene und moderne Umweltpolitik. Der **SPD** gelingt es nicht, den Widerspruch zwischen Reduktion der CO₂ Emissionen und der geforderten Beibehaltung des Atomausstiegs aufzulösen. Gleiches gilt für **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, während für die Vorstellungen von **DIE LINKE** gilt: Staatsdirigismus lässt grüßen.

Auch im Bereich **Agrarpolitik und Verbraucherschutz** gilt es weitere marktwirtschaftliche Lösungen anzustreben. Verglichen mit anderen Politikfeldern können alle Parteien hier nur wenig punkten. **CDU/CSU** und **SPD** kommen trotz einiger richtiger Ansätze nicht über magere „Null-Punkte“ hinaus. Bei **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bleibt offen, wie Ökologie und Ökonomie in Einklang gebracht werden sollen. Die **FDP** setzt auch in diesem Politikfeld auf eine marktwirtschaftliche Umorientierung und Produktivitätsverbesserungen. Dabei scheut sie auch vor unpopulären Maßnahmen nicht zurück. Mit Forderungen, den Anteil des ökologischen Landbaus um mind. 50 Prozent zu erhöhen, einem Menschenrecht auf Nahrung und den Schutz von

Kleinbauern in Entwicklungsländern setzt **DIE LINKE** auf reinen Populismus.

In der **beruflichen Bildung** bleibt eine Menge zu tun, um das international anerkannte duale System der Berufsausbildung sowie die vorhandenen Kompetenzen in der Vermittlung von Weiterbildungsangeboten zu modernisieren. Das Programm der **CDU/CSU** bietet leider wenig konkrete Vorschläge – positiv: gezielte Sprachförderung bereits im Kindergarten und verbindliche Sprachtests. Einige richtige Ansätze finden sich auch bei der **SPD**, etwa die Möglichkeit für Berufsschüler auch eine Fachhochschulreife zu erlangen oder der Zugang zur Hochschule für besonders Qualifizierte einer Berufsausbildung ohne Abitur. Diese positiven Ansätze werden jedoch durch dirigistische Forderungen konterkariert. Die Folge: nur Platz 3 mit **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**. Die weitreichendsten und detailliertesten Vorschläge legt einmal mehr die **FDP** vor: Platz 1. Mit Zwangsmitteln, wie einer Ausbildungsplatzumlage behindert **DIE LINKE** betriebliches Ausbildungsengagement und bildet das Schlusslicht im Parteienvergleich.

Fazit: Nach dem die Union mit ihrem ehrlichen Wahlkampf 2005 beinahe gescheitert wäre, überschlugen sich die Parteien dieses Mal förmlich mit teuren Wahlversprechen. Dennoch sind die einzelnen Programme deutlich unterscheidbar, insbesondere, was die davon ausgehende Wachstumsdynamik betrifft. Trotz aller Wahlversprechen: zu unpopulären Maßnahmen wie längeren Lebensarbeitszeiten und einem größeren Abstand fast aller Sozialleistungen zum Nettolohn der Arbeitnehmer gibt es keine Alternative. Spätestens nach der Wahl werden die künftigen Regierungsparteien in den Koalitionsverhandlungen Farbe bekennen müssen beim Verfassen der politischen Leitlinien. Bleibt zu hoffen, dass sie dies mit mehr Mut tun, als in den Wahlprogrammen.

Arbeitsmarkt

Analyse

Die mit den Hartz-Reformen der rot-grünen Bundesregierung begonnene Aktivierung auf dem Arbeitsmarkt ist durch die Große Koalition teilweise wieder gebremst worden. Zwar konnte die **Arbeitslosigkeit** kurzzeitig auf unter 3 Millionen Arbeitslose gesenkt werden. Auch die Absenkung des Beitragssatzes zur Sozialversicherung unter 40 Prozent ist als Erfolg zu werten. Nicht zuletzt die Wirtschafts- und Finanzkrise hat dem Aufschwung am Arbeitsmarkt allerdings ein abruptes Ende bereitet. Die von der Großen Koalition geschaffenen Möglichkeiten zur Festsetzung branchenspezifischer gesetzlicher Mindestlöhne stellen einen nie für möglich gehaltenen Angriff auf die **Tarifautonomie** dar. Damit können sogar bestehende Tarifverträge ausgeschaltet werden.

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dauerhaft zu verbessern, müssen die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. Hohe **Lohnnebenkosten** belasten den Faktor Arbeit und erweisen sich als Hemmschuh bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Zudem wird der Arbeitsmarkt nach wie vor durch ein Regulierungsdickicht von arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften in ein starres Korsett gezwängt. Das deutsche Arbeitsrecht ist zu unflexibel gestaltet. **Arbeitsmarktregulierungen** nehmen Spielräume und verhindern eine vollbeschäftigte Wirtschaft. Die Deregulierung und der damit erreichte Aufschwung in der **Zeitarbeit** haben vielen Arbeitslosen neue Perspektiven eröffnet und gezeigt, welches Beschäftigungspotential in dieser für die Unternehmen flexiblen Beschäftigungsform steckt.

BGA-Position

Deutschland braucht nachhaltige **Reformen des Arbeitsmarktes**. Dieser muss von den Fesseln des derzeitigen **Kündigungsschutzrechts** befreit werden. Die zu Gunsten der Arbeitnehmer bestehenden Schutzvorschriften verursachen nicht nur Kosten, sondern sie zwingen die Arbeitgeber auch weiterhin zu ökonomisch ineffizienten Auswahlentscheidungen. Die **Sozialauswahl** führt letztlich zu einem kündigungrechtlichen Bestandsschutz zu Gunsten von Arbeitsplatzbesitzern gegenüber auch möglicherweise qualifizierteren arbeitslosen Arbeitsplatzbewerbern. Der hohe Kündigungsschutz unterbindet die Bereitschaft des Arbeitgebers, Neueinstellungen vorzunehmen. Die Möglichkeit einer vertraglichen Abdingbarkeit des Kündigungsschutzes durch eine Abfindungsregelung würde hier entlastend wirken, ebenso wie eine Anhebung der Schwellenwerte für die Anwendung des Kündigungsschutzgesetzes.

Eine **Ausweitung der Befristungsmöglichkeiten** über die bisherige Höchstdauer von zwei Jahren hinaus würde gerade in der jetzigen Situation wirtschaftlicher Ungewissheit die Möglichkeit zur weiteren Befristung eröffnen und Stamm-arbeitsplätze erhalten. Zudem bedarf es einer Überwindung alter, verkrusteter Strukturen. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis müssen alle arbeitsrechtlichen Bestimmungen auf den Prüfstand.

Gesetzliche Mindestlöhne sind als unzulässiger Eingriff in die Tarifautonomie strikt abzulehnen. Deshalb sind das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und das Mindestarbeitsbedingungengesetz abzuschaffen.

Entlastend wäre auch eine Beschränkung des Anwendungsbereiches des **Betriebsverfassungsgesetzes**. Durch die viel zu niedrigen Schwellenwerte zur Einrichtung von Betriebsratsgremien und die weit reichenden **Betriebsratsrechte** werden Entscheidungsprozesse besonders in kleineren Unternehmen erschwert und einem größeren Kostendruck ausgesetzt. Aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist eine schnelle und flexible Reaktion auf die Märkte durch die Unternehmen erforderlich. Blockierende Prozesse können sich die Unternehmen nicht mehr erlauben. Betriebsratsstrukturen entsprechen oftmals nicht mehr der Zeit – alle Inhalte des Betriebsverfassungsrechtes müssen kritisch geprüft werden.

Eine gesetzliche Neudefinition des **Günstigkeitsprinzips** ist erforderlich. Eine solche Neufassung würde zudem den Weg für den Abschluss **betrieblicher Bündnisse für Arbeit** frei machen. Eine vom geltenden Tarifvertrag abweichende Vereinbarung sollte auch dann als günstiger angesehen werden, wenn sie an eine Beschäftigungsgarantie geknüpft würde, von der Mehrheit der Arbeitnehmer gewollt ist und der Bewältigung wirtschaftlicher Notsituationen des Betriebes dient.

Die **Bundesagentur für Arbeit** muss sich auf ihre **Kernaufgaben** Aktivierung und Vermittlung von Arbeitslosen besinnen. Die Vermittlung muss zudem durch den Einsatz von privaten Dienstleistern im Leistungswettbewerb verbessert werden. Notwendig ist zudem eine Deregulierung bei den Förderinstrumenten, die auf Trainingsmaßnahmen, Qualifizierung, Förderung der Selbständigkeit und der Mobilität zur Unterstützung des Vermittlungserfolges zu konzentrieren sind. Eine Revitalisierung von Frühverrentungsanreizen zu Lasten der Beitragszahler durch eine Fortsetzung der Förderung von Altersteilzeit ist strikt abzulehnen. Bei der Neuregelung der Zuständigkeiten beim Arbeitslosengeld II muss die Zuständigkeit der Kommunen gestärkt werden.

Arbeitsmarkt



<p>Mindestlohn Gesetzliche Mindestlöhne werden abgelehnt; Abschaffung des Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungengesetzes</p>	<p>Kein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn Gesetzliche Klarstellung des Verbots sittenwidriger Löhne</p>	<p>Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der von einer Kommission festgesetzt wird</p>
<p>Zeitarbeit Keine neuen Reglementierungen in der Zeitarbeit</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Lohnuntergrenze in der Zeitarbeit Uneingeschränktes „equal pay“ nach Einarbeitungszeit Begrenzung der konzerninternen Arbeitnehmerüberlassung</p>
<p>Arbeitsmarktpolitik Konzentration der Bundesagentur für Arbeit auf ihre Kernaufgaben (Vermittlung) Keine Revitalisierung der Förderung von Altersteilzeit</p>	<p>Effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die auf eine frühzeitige und ausreichende Aktivierung Arbeitsloser und deren schnellstmögliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet ist</p>	<p>Aufstockung der Zahl der Arbeitsvermittler; Bessere Förderung der Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus Fortsetzung der Förderung der Altersteilzeit</p>
<p>Kündigungsschutz Kündigungsschutzgesetz gilt nur in Betrieben mit mehr als 20 AN und einer Betriebszugehörigkeit von mindestens 36 Monaten Abdingbarkeit der Kündigungsschutzregeln und Wegfall der Sozialauswahl</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Teilzeit- und Befristungsrecht Ausweitung der Möglichkeiten sachgrundloser Befristung; Verlängerung der Befristungsdauer über 2 Jahre, Beschränkung der Vorbeschäftigungsverbots</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Einführung eines Anspruchs auf befristete Teilzeitarbeit mit einer Mindestdauer von zwei Jahren</p>
<p>Betriebsverfassungsrecht Anhebung der Schwellenwerte und Mindestquorum bei der Einrichtung von Betriebsratsgremien</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats Regierungsinitiative zur Gründung von Betriebsräten 2010</p>
<p>Tarifrecht Gesetzliche Neufassung des Günstigkeitsprinzips</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Fazit</p>	<p>Wenige neuen Ansätze zur Arbeitsmarktpolitik, vielmehr: Stärkung bewährter Instrumente</p>	<p>Arbeitsmarktpolitische Rolle rückwärts in vielen Bereichen</p>
<p>Bewertung</p>	<p>👍</p>	<p>👎👎</p>



DIE LINKE.

<p>Gesetzliche Mindestlöhne werden generell abgelehnt</p> <p>Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeit</p>	<p>Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von mindestens 7,50 Euro auf Vorschlag einer Kommission</p>	<p>Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10,00 Euro</p>
<p>Keine Angaben</p>	<p>Uneingeschränktes „equal pay“ vom ersten Tag</p>	<p>Uneingeschränktes „equal pay“ vom ersten Tag zuzüglich einer Flexibilitätsvergütung</p> <p>Maximale Überlassungsdauer auf sechs Monate begrenzen</p>
<p>Auflösung der Bundesagentur für Arbeit; Drei-Säulen-Modell aus Versicherungsagentur, Arbeitsmarktagentur und kommunalen Jobcentern</p> <p>Wahlfreiheit bei Tarifen und maximaler Bezugszeitraum 12 Monate</p> <p>Bürgergeld fasst Arbeitslosengeld II und andere Leistungen zusammen und wird vom Finanzamt ausgezahlt</p>	<p>Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik samt einer klaren Verantwortung der Kommunen</p> <p>Erhöhung des ALG II auf mindestens 420 EUR ohne Sanktionsmöglichkeit</p>	<p>Rücknahme von Hartz IV und Schaffung einer sanktionsfreien Mindestsicherung; vorab Anhebung des Hartz IV-Mindestsatzes auf 500 Euro</p> <p>Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst und in öffentlich gefördertem Beschäftigungssektor</p> <p>Förderung der Altersteilzeit fortsetzen</p>
<p>Kündigungsschutzgesetz gilt nur in Betrieben mit mehr als 20 AN und einer Betriebszugehörigkeit von mindestens 24 Monaten</p> <p>Optionsmodell: Für den Fall einer betriebsbedingten Kündigung kann bereits bei Vertragsschluss eine Abfindung / Weiterbildung vereinbart werden</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Kündigungsschutz ausweiten</p> <p>Verbot von Massenentlassung in Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind</p>
<p>Beschränkung des Vorbeschäftigungsverbots für sachgrundlos befristete Beschäftigung auf drei Monate</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Abschaffung der sachgrundlosen Befristung</p>
<p>Anhebung der Schwellenwerte</p> <p>Reduzierung der Zahl der Betriebsratsmitglieder</p> <p>Wahlquorum von 50%</p>	<p>Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats, insb. bei Nutzung von Zeitarbeit</p>	<p>Erzwingbarkeit von Personal- und Stellenplänen</p> <p>Erzwingbares Initiativrecht für Betriebsräte zu Einstellungen</p>
<p>Neufassung des Günstigkeitsprinzips zur Absicherung betrieblicher Bündnisse</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Weit reichende Forderungen zur Liberalisierung des Arbeitsmarktes</p>	<p>Modell der ökologischen Modernisierung wird von dirigistischen Ansätzen konterkariert</p>	<p>Planwirtschaftliche Rezepte bringen keine Antworten auf die Probleme der Zeit</p>
<p>👍👍👍</p>	<p>👎👎</p>	<p>👎👎👎</p>

Die Parteien zum Arbeitsmarkt

Die Überwindung der Wirtschaftskrise und die Sicherung von Arbeitsplätzen sind die zentralen Themen im Wahljahr 2009. Die Parteien richten ihren Blick aber auch in die Zukunft. In dem Ziel Vollbeschäftigung zu schaffen, sind sich alle Parteien einig, nur sind die Instrumente unterschiedlich. **CDU/CSU** lehnen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn ab, halten aber an gesetzlichen Branchenmindestlöhnen über den Weg des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingengesetzes fest. Zudem fordern sie eine gesetzliche Klarstellung des Verbots sittenwidriger Löhne. Die Unionsparteien stehen für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose dabei unterstützt, rasch wieder eine Stelle zu finden. Das Prinzip des „Förderns und Forderns“ wird weiter Maßstab ihres Handelns sein. Nur Maßnahmen, die Arbeitslose wirksam in Beschäftigung mit Perspektive bringen, sollen fortbestehen.

Die **SPD** hat offensichtlich die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Statt einer konsequenten Fortführung der mit den Hartz-Reformen begonnenen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, sollen neue Hürden geschaffen werden. Neben der Einführung branchenspezifischer Mindestlöhne, insbesondere in der Zeitarbeit, verfolgen die Sozialdemokraten weiterhin das Ziel eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes, der eine unterste Grenze markiert, unter die Löhne – auch Tariflöhne – nicht fallen dürfen. Eine Mindestlohn-Kommission soll ihn festsetzen. Neben diesem Angriff auf die Tarifautonomie fordert die SPD eine umfassende Ausweitung der Mitbestimmungsrechte innerhalb der Betriebe – eine zusätzliche Belastung, die dem Mittelstand nicht hilft. Ebenso stellen die geplanten Reglementierungen in der Zeitarbeit, insbesondere die Durchsetzung von „equal pay“ nach einer Einarbeitungszeit ohne Abweichungsmöglichkeit durch die Tarifvertragsparteien, eine arbeitsmarktpolitische Rolle rückwärts dar. Ein verheerendes Signal zur Frühverrentung wäre die Fortführung der Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit. Die Arbeitslosenversicherung soll zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickelt werden. Durch eine gesteigerte Qualität der Vermittlung und einen Ausbau geförderter Weiterbildung sollen Arbeitslose schneller einen Weg in den Arbeitsmarkt finden. Doch durch eine bessere Vermittlung entstehen noch lange keine neuen Arbeitsplätze. Insgesamt fehlt es an Kreativität auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik und der Reform des Arbeitsrechts.

Dagegen macht die **FDP** in breiten Politikfeldern konkrete Handlungsvorschläge. Durch Nachjustierung vieler Stellschrauben soll der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden. Von der Lockerung des Kündigungsschutzes und formaler

Hürden befristeter Beschäftigung, über die rechtliche Absicherung betrieblicher Bündnisse und höhere Schwellen für die betriebliche Mitbestimmung bis hin zur konsequenten Ablehnung gesetzlicher Mindestlöhne finden sich zahlreiche Vorschläge zur Entlastung mittelständischer Unternehmen. Die Forderung nach einer Auflösung der Bundesagentur für Arbeit verbunden mit einer Neuordnung der Aufgaben in einem Drei-Säulen-Modell aus Versicherungsagentur, Arbeitsmarktagentur und kommunalen Jobcentern dürfte dagegen über das Ziel hinausschießen. In einem Bürgergeld sollen viele Sozialleistungen zusammengefasst und mit einer Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen die Anreize zur Arbeitsaufnahme erhöht werden.

Gleiches gilt für **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**. Zwar versprechen diese im Rahmen ihres „Grünen New Deal“ durch ökologische Modernisierung, Investitionen in Bildung, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und das Gesundheitssystem sowie die Bekämpfung der Schwarzarbeit eine Million neue Jobs zu schaffen; das dürfte allerdings angesichts des Ausmaßes der aktuellen Wirtschaftskrise zu wenig sein. Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn und neuen Reglementierungen in der Zeitarbeit helfen nicht, Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Entsprechend ihrem Gesellschaftsverständnis geht **DIE LINKE** von einem völlig anderen Politikansatz in der Arbeitsmarktpolitik aus. Sie fordert mehr staatliche Eingriffe, eine Beschränkung unternehmerischer Freiheiten und mehr Mitspracherechte der Arbeitnehmer. Der Kündigungsschutz soll ausgeweitet und Massenentlassungen in Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind, sollen verboten werden. Zeitarbeit und sachgrundlose Befristung sollen abgeschafft, Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte ausgeweitet, politische Streiks ermöglicht und die Förderung der Altersteilzeit fortgesetzt werden. Arbeitsplätze sollen vor allem durch eine Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst und in einem öffentlich geförderten, gemeinnützigen Beschäftigungssektor geschaffen, Ein-Euro-Jobs in tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Die unrealistischen sozialromantischen Vorstellungen gipfeln in einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro und einer Anhebung des Regelsatzes der Grundsicherung auf 500 Euro. Wie dies alles finanziert werden soll, bleibt im Dunkeln.

Trotz aller Differenzen: alle Parteien haben die Notwendigkeit eines Ausbaus von Kinderbetreuungsmöglichkeiten erkannt – allerdings mit unterschiedlicher Intensität.

Wirtschaft und Finanzen

Analyse

Die Finanz- und Wirtschaftskrise stellt die Politik vor erheblichen Herausforderungen. Sie muss im Zuge des konjunkturellen Einbruchs überzeugende Antworten **zur Stabilisierung und Vertrauensstärkung von Wirtschaft**, Bürgern und Finanzmärkten geben. Zugleich werden strukturelle Versäumnisse, die durch die erfreuliche konjunkturelle Entwicklung in den Jahren 2005 bis 2008 lediglich überdeckt wurden, wieder virulent. Ob bei der Eindämmung der Verschuldung, der **Mittelstandsfinanzierung**, der **Entbürokratisierung**, Signalen für den Wohnungsbau oder der Sicherung der Energieversorgung – es bestehen wirtschaftspolitische Anforderungen, die dringender Lösungen bedürfen. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Politik entschieden, stärker in die Märkte einzugreifen und mit einem breiten Maßnahmenbündel auch Signale für mehr Investitionen und die Sicherung von Beschäftigung zu setzen.

BGA-Position

Im Zuge der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise muss **der Staat** sich **aus dem privaten Wirtschaftssektor** wieder zurückziehen. Insgesamt bringt die Krise jedoch auch zum Ausdruck, dass es an der Zeit ist, den privaten Sektor generell zu stärken und von bürokratischer Einengung zu befreien. **Weniger Staat und mehr Markt** bleibt trotz der Krise der richtige wirtschaftspolitische Weg. Die Politik steht dazu vor der herausfordernden Aufgabe, sich wieder zurückzunehmen, um auf diesem Wege auch Ausgaben und öffentliche Haushalte zu entlasten, damit die exorbitant hohe Staatsverschuldung eingedämmt werden kann. Auch in Zukunft müssen kommende Generationen noch politische Handlungsspielräume für die Herausforderungen der Zukunft haben.

Für den BGA ist eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur aus großen, mittleren und kleinen Unternehmen jedweder Gesellschaftsform wichtig. Sie sorgt für Wettbewerb und Innovationen. Um dies sicherzustellen, brauchen Unternehmen eine **attraktive und sichere Finanzierung**, die auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten nicht abreißt und auch in sich anschließenden Aufschwungphasen den Finanzbedarf decken kann.

Auch die Bau- und Immobilienwirtschaft sieht sich mit Veränderungen konfrontiert. **Migration und demographischer Wandel**, aber auch die **energetischen Anforderungen** erfordern **Anpassung im Wohnungsbestand**, sowie auch den Neu- und Ersatzwohnungsbau, um den Bedarf decken zu können.

Für die Gewährleistung der optimalen Versorgung und Distribution von Gütern und Dienstleistungen in Deutschland ist weiterhin eine kostengünstige und attraktive Energieversorgung erforderlich. Diese darf keinen Energieträger tabuisieren und muss einen ausgewogenen Energiemix zur Sicherstellung der Energieversorgung gewährleisten.

Wirtschaft und Finanzen



<p>Staat muss sich nach Finanz- und Wirtschaftskrise wieder aus privatem Wirtschaftssektor zurückziehen</p>	<p>Für eine internationale Wirtschaftsordnung, die von Verantwortungsbewusstsein getragen wird und sich an den Prinzipien des „ehrbaren Kaufmann“ orientiert</p> <p>Staat muss im Augenblick der Not einspringen, aber Übertragung neuer Aufgaben nicht auf Dauer</p>	<p>Wirtschaft auf zwei Säulen: a) innovativer, produktiver Exportsektor b) starker Binnenmarkt mehr zielgerichtete, öffentlichen Investitionen</p> <p>Stärkung der Binnennachfrage durch Einkommensverteilung und Abbau der Staatsverschuldung</p> <p>Aktive Konjunkturpolitik: zusätzliche staatliche Ausgaben sollen über begrenzte Zeit fehlende private Nachfrage auffangen</p>
<p>Abbau der Neuverschuldung und Verankerung einer wirkungsvollen Schuldenbremse zur Eindämmung der Ausgaben</p>	<p>Senkung der Neuverschuldung, in dem die zur Krisenbekämpfung notwendigen neuen Ausgaben so schnell wie möglich wieder abgetragen werden</p> <p>Wahrung der Haushaltsdisziplin und Überprüfung der staatlich übernommenen Aufgaben auf Notwendigkeit</p>	<p>Aufnahme einer verbindlichen Schuldengrenze in das Grundgesetz, nach der die Schulden für die Konjunktur Stabilisierung in guten Zeiten zurückgefahren werden Abbau der Staatsverschuldung</p>
<p>Attraktive Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand: Eindämmung der prozyklischen Wirkung von Basel II Erleichterung des Zugangs zu Krediten</p>	<p>Mittelstand darf nicht in eine Kreditklemme geraten, geänderte Rating-Vorgaben für die Banken zur Verhinderung eines Zusammenbruchs der Kreditversorgung, Überarbeitung der internationalen Standards zur Rechnungslegung: Prinzip der Vorsicht und Vorsorge als Bewertungsmaxime, Änderung der Vorgaben des Baseler Ausschusses zur Bankenaufsicht, so dass diese Krisen nicht verschärfen, Trennung von Bewertung und Beratung bei Rating-Agenturen</p>	<p>Bessere Eigenkapitalausstattung von Unternehmen</p> <p>Stellenwert von Rating-Agenturen, Hedgefonds und private Equityfonds</p> <p>Starke Begrenzung von Managergehältern Einführung einer Börsenumsatzsteuer</p>
<p>Wirksame Entbürokratisierung</p>	<p>Ziel ist Abbau aller nationalen Statistik- und Berichtspflichten netto um 25% bis 2012</p> <p>Stärkung des Normenkontrollrats und Ausweitung der Kompetenzen</p>	<p>Erleichterungen bei Verwaltungsverfahren Reduktion der Informations- und Statistikpflichten Ermöglichung der Erledigung von Dokumentationspflichten auf elektronischem Weg</p>
<p>Anpassung des Wohnungsbestandes an demographischen, energetischen Wandel durch: Erhöhung der linearen Abschreibung auf 4%</p> <p>Einführung eines Einkommensteuerabzugsmodells: Abzug von Arbeitskosten auch für Neubauten in Höhe von bis zu 20.000 Euro</p> <p>Kumulierung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Handwerkerleistungen über z. B. 5 Jahre</p>	<p>Dringendes Erfordernis eines ausreichenden Neubaus von Wohnungen: Bekenntnis, dass mehr Menschen sich den Wunsch nach den „eigenen vier Wänden“ erfüllen können</p> <p>KfW-Programme zur energetischen Gebäudesanierung sollen weitergeführt und flexibler gestaltet werden, u. a. zur Modernisierung des Heizungsbestandes</p>	<p>Unterstützung des Handwerks durch Fortsetzung des Programms zur energetischen Gebäudesanierung</p> <p>Förderung des Umbaus von Wohnungen für Ältere und Behinderte</p> <p>Ausschluss allgemeiner Mieterhöhungen durch Modernisierung</p>
<p>Energieversorgung: Aus einem zukunftsorientierten Energiemix aller Energieträger</p> <p>Für die Wettbewerbsfähigkeiten ist eine sichere und günstige Energieversorgung wichtig</p> <p>Einsatz erneuerbarer Energien fördern, statt bestehende Energieträger strafen</p>	<p>Energiestrategie setzt auf Energiesicherheit, ökologische Verträglichkeit und Unabhängigkeit: breiter und klimafreundlicher Energiemix schnelle Modernisierung des konventionellen Kraftwerkparcs, Stärkung dezentraler Energieversorgung, Ausbau erneuerbarer Energien (20% bis 2020), Kernenergie als vorerst unverzichtbarer Teil in ausgewogenem Energiemix, Ablehnung eines Neubaus von Kernkraftwerken Steigerung der Energieeffizienz</p>	<p>Ökologische Industriepolitik: mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden bis 2030 50% der Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie Anteil der Wärme aus erneuerbarer Energie auf 20% erhöhen, bis 2021 kompletter Ausstieg aus Atomenergie Effiziente Nutzung von Kohle und Gas, Verhindern des Auslaufens des Steinkohlebergbaus</p>
<p>Fazit</p>	<p>Marktwirtschaftlich und pragmatisch</p>	<p>Positive Ansätze, aber zuviel staatliche Steuerung</p>
<p>Bewertung</p>	<p>👍👍</p>	<p>👎</p>



<p>Staat muss sich aus der Wirtschaft zurückziehen, nur verständlichen und flexiblen Regelungsrahmen bereitstellen</p> <p>Staat soll nur Rahmenbedingungen setzen, sodass die soziale Marktwirtschaft ihre produktiven Kräfte entfalten kann</p> <p>Leistung muss sich lohnen durch einfache, niedrige und gerechte Steuern</p>	<p>grüner New Deal -> Investitionen in Infrastrukturen der Zukunft, kohlenstoffarme Wirtschaft, mehr Bildung</p> <p>Arbeitslosengeld II sofort auf 420 Euro anheben, Grüne Marktwirtschaft: mehr Energieeffizienz, Ressourcenschutz, hochkarätige Umweltpolitik</p> <p>Strukturwandel zum nachhaltigen Wirtschaften zum Beispiel in der Automobilindustrie, im produzierenden Gewerbe, in der Chemieindustrie und Maschinenbau</p>	<p>Einstieg in eine andere Gesellschaft: über Zukunftsfonds Arbeitsplätze sichern</p> <p>Öffentliches Investitionsprogramm für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und Energiewende</p> <p>Öffentliches Eigentum stärken</p> <p>Stop und Umkehrung von Privatisierungen im Energiesektor und von Krankenhäusern</p>
<p>Konsolidierung der Finanzen: prinzipielles Neuverschuldungsverbot für Bund, Länder, Gemeinden, neue Schulden nur in Notlagen</p>	<p>Umbau des Staatshaushaltes für Investitionen in Bildung, Sozialwesen und Umsteuern in der Wirtschaft, in dem das Steuersystem vereinfacht, zusätzliche Einnahmequellen erschlossen und durch Subventionsabbau die Ausgaben gesenkt werden</p> <p>Investieren in Krisenzeiten, Schuldenabbau, wenn Einnahmen wieder sprudeln</p> <p>Verbindliche Schuldenbremse sowie Lösung der Altschuldenfrage</p> <p>Keine kreditfinanzierten Steuersenkungen</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Verbesserung der Mittelstandsfinanzierung; angemessenes Eigenkapital und ausreichende Versorgung mit Fremdkapital: niedrige Steuern zur Stärkung der EK-Basis, mehr Verantwortung durch Managerhaftung</p> <p>Wiederherstellung des Bankengeheimnisses</p>	<p>Rückführung der globalen Finanzmärkte auf eigentlichen Zweck: Regulierung von Finanzmärkten</p> <p>Einführung einer Finanzumsatzsteuer</p> <p>Einführung von Regelungen für Rating-Agenturen</p> <p>Vorübergehende (Teil-) Verstaatlichung des Bankensektors</p>	<p>Anderer Wirtschaftsordnung grundsätzlich besser, die Kapitalismus überwindet: Vergesellschaftung von Banken</p> <p>Staatliche Hilfen im Tausch gegen Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und Belegschaften</p> <p>Einführung einer Börsenumsatzsteuer</p>
<p>Bürokratiekosten muss der Staat den Unternehmen vergüten</p> <p>Einführung eines wirksamen Bürokratie-TÜV</p>	<p>Mehr Personal für Betriebsprüfungen, Steuerfahndung und Einheitliche Bundessteuerverwaltung</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Fortführung der Programme zur energetischen Sanierung</p> <p>Barriere arme Gestaltung im Rahmen von Sanierungen</p> <p>Verstärkte Förderung von Bauen im Bestand sowie Umnutzung leer stehender Gebäude, Vereinfachung des Mietrechts für eine energetische Sanierung</p>	<p>Mit Energiesparfonds zur Senkung der Energiekosten und zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden in Stadtteilen mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte und Austausch von Stromheizungen</p> <p>Verpflichtender Einsatz von erneuerbaren Energien und Abwärme</p>	<p>Begrenzung von Mieterhöhungen: bei Neu- und Wiedervermietung ohne Wohnwertverbesserung sollen Mieterhöhungen ausgeschlossen werden</p>
<p>Energie sicher und bezahlbar halten</p> <p>Mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten</p> <p>Ausbau der Energieinfrastruktur, Kontrolle Netzbetreiber, Erneuerbarer Energie-Anteil 20% bis 2020</p>	<p>Atomausstieg und schnellstmögliche Stilllegung aller Altreaktoren</p> <p>Erneuerbare Energien statt Atom, Kohle und Öl</p> <p>Anteil erneuerbarer Energien am Strom auf 40% erhöhen, bei der Wärmeproduktion 30% aus erneuerbarer Energie</p>	<p>vollständiger Umbau der Energiewirtschaft: erneuerbare Energien zur regenerativen Vollversorgung schnell vorantreiben</p> <p>Erneuerbare-Energien-Gesetz noch wirksamer ausgestalten</p>
<p>Strikt marktwirtschaftlich, klare finanzielle und marktwirtschaftliche Ziele</p>	<p>Positives wird gewollt, aber zu sehr auf Dirigismus gesetzt</p>	<p>Mehr Staat – weniger Freiheit = ideologische Vergangenheitsorientierung</p>
<p>👍👍</p>	<p>👎</p>	<p>👎👎👎</p>

Die Parteien zu Wirtschaft und Finanzen

Für **CDU** und **CSU** ist die Soziale Marktwirtschaft die Wirtschaftsordnung, die auch die internationalen Herausforderungen am Besten meistert, weil sie sich insbesondere auf Verantwortungsbewusstsein gründet. Aus diesem Grund halten es CDU und CSU für ein „Muss“, dass der Staat in Krisen handelt, aber die dem Staat übertragenen Aufgaben nicht auf Dauer übernimmt, sondern sich lediglich als Hüter der Ordnung versteht und die notwendig gewordenen Ausgaben auch wieder abträgt. In Verbindung mit dem zu unterstützenden Ziel, der Wahrung der Haushaltsdisziplin, der Abtragung der erhöhten Neuverschuldung und den steuerlichen Entlastungen setzen sich CDU und CSU anspruchsvolle Ziele, die aus Sicht des BGA nur zu erfüllen sind, wenn Wirtschaft und Konjunktur wieder spürbar und nachhaltig in Fahrt kommen. Positiv für den Mittelstand ist insbesondere, dass CDU und CSU der vom Mittelstand befürchteten Finanzierungsklemme mit gezielten Maßnahmen beim Rating und Rechnungslegungsvorschriften den Druck nehmen wollen. Auch das Entbürokratisierungsziel wäre erfreulich, wenn es sich auch in der Praxis mit administrativen Entlastungen auswirken würde. Wohnungsbaupolitisch bekennen sich CDU und CSU zwar zur dringenden Anforderung eines ausreichenden Neubaus, die mögliche Umsetzung bleibt jedoch offen. Energiepolitisch baut die Union auf Sicherheit, Verlässlichkeit und Ausgewogenheit der Versorgung und dies nicht nur mittel- und langfristig, sondern auch für die aktuelle Energieversorgung.

Die **SPD** setzt sich für eine starke Wirtschaft ein, die getragen wird von einem innovativen und produktiven Exportsektor sowie einem starken Binnenmarkt. Diese Zielsetzung soll durch zielgerichtete öffentliche Investitionen, den Abbau der Staatsverschuldung und eine aktive Konjunkturpolitik ermöglicht werden. Dem Mittelstand soll ein sicherer Zugang zu Kapital ermöglicht werden. Mit der Forderung nach Einführung einer Börsenumsatzsteuer bedient die SPD jedoch Vorbehalte gegenüber den Finanzmärkten. Wohnungsbaupolitisch zeigt sich die SPD wenig innovativ. Sie verweist auf das bestehende Instrumentarium, ohne dies zu spezifizieren. Investitionen werden dadurch jedoch genauso wenig attraktiv, wie die Forderung, Mieterhöhungen bei Modernisierung auszuschließen. Energiepolitisch bekräftigt die SPD den Ausstieg aus der Atomenergie. Kompensiert werden soll dies durch effizientere Nutzung von Kohle und Gas sowie den Ausbau von erneuerbaren Energien.

Die **FDP** bekräftigt ihre freiheitliche Grundsatzposition und tritt dafür ein, dass sich der Staat wieder aus dem Wirtschaftsgeschehen zurückziehen muss. Es soll lediglich den Rahmen setzen. Haushaltspolitisch will die FDP dazu ein

prinzipielles Neuverschuldungsgebot mit Ausnahme von Notlagen verankern. Damit die Wirtschaft auch ihre Potentiale entfalten kann, unterstützt die FDP die Verbesserung der Mittelstandsfinanzierung. Kern ist dabei die Bildung von mehr Eigenkapital durch niedrigere Steuern und eine ausreichende Versorgung mit Fremdkapital. Auch auf den Energiemärkten tritt die FDP für mehr Wettbewerb ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefallen sich in ihrem Programm in langatmiger Rhetorik. „Grüner New Deal“ lautet das Schlagwort, unter der der Wirtschaft mehr Vorgaben gemacht, Märkte reguliert, mehr Geld für Bildung, Sozialwesen, Umwelt- und Ressourcenschutz ausgegeben werden sollen. Erfreulich ist dagegen, dass DIE GRÜNEN eine verbindliche Schuldenbremse sowie die Lösung der Altschuldenfrage fordern. Die Wohnungsbaupolitik der Grünen orientiert sich nicht an den Anforderungen der Menschen, sondern am politischen Willen. Mit dirigistischen Maßnahmen sollen alternative Energien eingeführt werden. Für Bau- und Modernisierungswillige fehlen überzeugende Mechanismen, die positive, motivierende Anreize setzen. Die Energiepolitik ist weiterhin von Lebensferne geprägt. Der schnellstmögliche Verzicht auf Atomenergie, der Ersatz von Kohle und Öl werden propagiert. Die vorgesehene Alternative, dass erneuerbare Energien den Energiebedarf decken sollen, mag mittel- bis langfristig wünschenswert sein, kurzfristig jedoch wenig hilfreich.

Voll auf sozialistischer Linie, aber bezogen auf die Soziale Marktwirtschaft völlig auf Abwegen, bewegen sich **DIE LINKE**. Sie fordert ausdrücklich eine andere Gesellschaft. Nach Auffassung der Linken soll eine andere Wirtschaftsordnung, die den Kapitalismus überwindet, grundsätzlich besser sein. Die Praxis von 40 Jahren Diktatur der Vorgängerpartei, in der diese einen Staat wirtschaftlich voll vor die Wand gefahren, die Menschen von Freiheit beraubt und unterdrückt hat, lassen keinen Zweifel, dass die Programmatik lediglich auf verkorkster Ideologie basiert und den Menschen ein Schlaraffenland vorgaukelt, das es niemals gegeben hat und geben wird. Bezeichnend ist, dass DIE LINKEN milliardenschwere Ausgabenprogramme verkünden, aber zur Haushaltspolitik, zur Begrenzung von Schulden und Ausgeben schweigen. Seriöse Politik erfordert jedoch Aussagen, die sich nicht auf ideologische Utopien und reine Umverteilung gründen.

Steuerpolitik

Analyse

Die Finanz- und Wirtschaftskrise stellt die öffentlichen Haushalte vor **erhöhte Anforderungen an die Finanzierung** von stabilisierenden Maßnahmen sowohl für die Wirtschaft als auch den Finanzsektor. Nach der Bundestagswahl 2005 ist die große Koalition angetreten, die öffentlichen Haushalte zu sanieren und die Neuverschuldung zu senken. Dazu wurden auch die Steuern verstärkt herangezogen. Gegenüber 2005, als 452 Mrd. Euro an Steuern noch eingenommen wurden, stieg das Aufkommen auf 561 Mrd. Euro im Jahr 2008 an. Für 2009 wird mit einem Aufkommen von nur noch 527 Mrd. Euro und für 2010 mit einem Aufkommen von rund 510 Mrd. Euro - Steuerschätzung vom Mai 2009 - gerechnet.

Die geschätzten Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden liegen damit immer noch um ein Achtel über dem Aufkommen im Jahr der Regierungsübernahme der Großen Koalition.

Wesentliche steuerliche Maßnahmen fokussierten auf die Finanzierung der **Senkung der Neuverschuldung**. Dazu zählten insbesondere die Streichung von steuerlichen Vergünstigungen und Fördertatbeständen wie der Eigenheimzulage und insbesondere die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes um drei Prozentpunkte auf 19 Prozent. Allerdings wurden auch die Ausgaben weiter erhöht. Betrugten diese noch 260 Mrd. Euro im Jahr 2005, so sind sie auf 283 Mrd. Euro im Jahr 2008 angestiegen. Trotz der sprudelnden Steuereinnahmen konnte ein nachhaltiger Abbau der Neuverschuldung nicht erreicht werden und rückt angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder in die Ferne.

In der steuerpolitischen Praxis sahen sich Bürger und Unternehmen neben **gravierenden Steuererhöhungen mit weiteren Verkomplizierungen im Steuerrecht konfrontiert**.

Vielfach waren Entlastungen erst durch höchstrichterliche Entscheidungen – wie der Regelung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Krankenvorsorgeleistungen - möglich geworden. Auch die Unternehmensteuerreform, die eine Absenkung der ertragsteuerlichen Belastung für Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen auf unter 30 Prozent bringen sollte, wurde durch gravierende Finanzierungsmaßnahmen konterkariert, die nicht nur den bürokratischen Aufwand erhöhen, sondern sich auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise verschärfend auswirken.

BGA-Position

Der BGA unterstützt die Zielsetzung die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und die **Staatsschulden abzubauen**. Erforderlich sind dazu jedoch mehr und konsequente Anstrengungen zur Begrenzung der Staatsausgaben. Auch in Zeiten erfreulichen wirtschaftlichen Wachstums müssen

die Schleusen für soziale Wohltaten kontrolliert bleiben, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Zugleich muss es darum gehen, **mit einem attraktiven Steuerrecht Investitionen und Beschäftigung in Deutschland attraktiv zu machen** und auch den Menschen mehr Entscheidungsfreiraum über die Verwendung des erwirtschafteten Einkommens zu geben.

Konkret steht eine Vereinfachung des Steuerrechts an, die für Bürger und Unternehmen, insbesondere den Mittelstand, nicht als Konfrontation mit Steuererhöhungen zu verstehen ist, sondern ihnen auch wieder mehr Teilhabe an ihrem Einkommen belässt. Insbesondere muss der kalten Progression Einhalt geboten werden, indem der Steuertarif abgeflacht und die Steuersätze gesenkt werden. Auch die Sonderbelastungen aus **Reichensteuer und Solidaritätszuschlag** müssen aus dem **Steuerrecht wieder entfernt werden**. Im Zuge der Rückführung der Ausgaben des Solidarpaktes muss auch der von Bürgern und Unternehmen in West und Ost bezahlte Solidaritätszuschlag wieder entfallen. Damit würde zugleich ein klares Signal an die Binnenkonjunktur gesetzt werden.

Nach der Umsetzung der Unternehmensteuerreform 2008 bedarf es einer Überprüfung der einzelnen Finanzierungsbausteine. Insbesondere die Eingriffe in die Finanzierung von Unternehmen durch die **Ausweitung der Besteuerung** von Finanzierungsanteilen bei **der Gewerbesteuer** müssen ebenso wieder gestrichen werden wie die komplexe Zinsschranke und Mindestbesteuerung. Grundsätzlich müssen weitere Schritte zur Ablösung der Gewerbesteuer eingeleitet werden, die einen adäquaten Ersatz ermöglichen und auf ertragsunabhängige Besteuerungselemente verzichten.

Die Regelungen der Umsatzbesteuerung werden immer mehr zu einem Ärgernis für Unternehmen. Mit dem Ansatz der **Eindämmung des Umsatzsteuerbetrugs** wurden Regelungen auf den Weg gebracht, die das Umsatzsteuerrecht verkompliziert haben und die Anwendbarkeit in der Praxis zunehmend erschweren. Selbst steuererliche Unternehmen fühlen sich immer unsicherer im Regelungsdschungel der Umsatzsteuerbesteuerung. Anstelle über neue Erhöhungen der Steuersätze und Systemumstellungen zu diskutieren, sollte die Harmonisierung des EU-Regelungswerkes weiter vorangebracht werden und dabei der Schwerpunkt auf **Vereinfachungen des Regelungswerkes** gelegt werden. Generellen Überlegungen, die geltende Umsatzsteuersystematik umzustellen, steht der BGA ebenso kritisch gegenüber wie der Ausweitung von umsatzsteuerlichen Begünstigungen im Umsatzsteuerrecht, wenn dies mit Belastungen für andere einhergeht.

Steuerpolitik



<p>Vereinfachung des Steuerrechts für: Unternehmen und Bürger</p> <p>Beseitigung der kalten Progression mit abgeflachtem, niedrigem Tarif</p> <p>Abschaffung von Reichensteuer und Solidaritätszuschlag</p>	<p>Steuererhöhungen lehnen CDU und CSU ab</p> <p>Ziel ist für die Menschen „mehr Netto vom Brutto“ mit einem Steuerrecht nach den Prinzipien „einfach, niedrig, gerecht“</p> <p>Vorgesehen ist eine grundlegende Tarifreform, die die „kalte Progression“ mildert und Entlastungen in 2 Schritten bringt: Abflachung des Mittelstandsbauchs</p> <p>Senkung de Eingsangssteuersatzes von 14 auf 12%</p> <p>Verschiebung des Höchststeuersatzes auf 60.000 Euro</p> <p>Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens und nachhaltige Entlastung der Steuerverwaltung volle Erhaltung des Ehegattensplittings mit steuerlicher Berücksichtigung von Kindern entsprechend dem für Erwachsene geltenden Grundfreibetrag</p> <p>Keine Ausführungen zur Reichensteuer und zum Solidaritätszuschlag</p>	<p>Gegen weitergehenden Steuersenkungswettbewerb, auf absehbare Zeit kein Spielraum für flächendeckende Steuersenkungen: Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen sowie Familien durch Absenkung Eingsangssteuersatzes auf 10%</p> <p>Tarifverlauf für Einkommen bis 52.882 Euro entlastend ausgestalten</p> <p>Erhöhung des Kinderfreibetrags um 200 Euro 300 Euro-Lohnsteuer-Bonus bei Verzicht auf Einkommensteuererklärung</p> <p>Anhebung des Spitzensatzes als „Bildungssoli“ auf 47% ab 125.000 Euro (Ledige)</p> <p>Solidarpakt II muss bis 2019 uneingeschränkt gelten</p>
<p>Entbürokratisierung des Unternehmenssteuerrechts mit: Ablösung der Gewerbesteuer</p> <p>Beseitigung der ertragsunabhängigen</p> <p>Besteuerung von Finanzierungskosten</p> <p>Entfall bzw. Aussetzung der Zinsschranke und der Mindestbesteuerung</p>	<p>Krisenfeste Weiterentwicklung der Unternehmensteuerreform, in dem krisenverschärfende Wirkungen überprüft werden</p>	<p>Einheitliche Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei den Unternehmensteuern in Europa</p> <p>Erhalt der Gewerbesteuer</p> <p>Steuergutschriften für Forschung in kleinen und mittleren Unternehmen</p>
<p>Anpassung der Umsatzbesteuerung an technische Änderungen: Harmonisierung des EU-Rahmenwerkes zur Entbürokratisierung</p> <p>Optimierung der geltenden Systematik, Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit anstelle eines generellen Systemwechsels</p> <p>Vereinfachung der Rechnungsanforderungen, u. a. für Fax- und elektronische Rechnungen</p>	<p>Überprüfung der Vorschriften zur Mehrwertsteuerbelastung mit dem Ziel, nicht mehr zeitgemäße und für die Bürger nicht nachvollziehbare Belastungswirkungen zu korrigieren und insbesondere die europäische Wettbewerbssituation bestimmter Bereiche zu berücksichtigen</p>	<p>Erhöhung des Fahndungs- und Prüfungsdrucks zur Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrugs Überprüfung der bestehenden Mehrwertsteuerbelastungsstrukturen</p> <p>Berücksichtigung bestimmter Branchen wie des Hotel- und Gaststättengewerbes oder des dienstleistungsorientierten Handwerks</p>
<p>Nach der Neuregelung der Besteuerung von Erbschaften müssen die Regelungen auf Einfachheit und Entbürokratisierungsmöglichkeiten geprüft werden, geeigneter wäre jedoch ein gänzlicher Entfall wie auch des Vermögenssteuergesetzes</p>	<p>Der Kompromiss (der großen Koalition von Dezember 2008) zur Erbschaftsteuer soll auf seine familiengerechte Ausgestaltung überprüft werden</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Fazit</p>	<p>Steuerreform tendenziell positiv, aber im übrigen zu vage, zu unverbindlich</p>	<p>Wenig erfreulich: mehr Umverteilung und höherer Steuerdruck</p>
<p>Bewertung</p>	<p>👍</p>	<p>👎</p>



<p>Gesamtsteuer- und Transfersystem, das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit berücksichtigt, Leistung belohnt und Missbrauch vermeidet</p> <p>Steuerstrukturreform mit: einem einfachen und verständlichen Steuertarif mit drei Stufen (10% für ersten 20.000 Euro oberhalb des Freibetrages, 25% für folgende 50.000 Euro, 35% für darüber hinaus gehendes Einkommen) und Freibetrag 8.004 Euro</p> <p>Verpflichtung, mit dem Existenzminimumsbericht auch den Steuertarif zu prüfen</p> <p>Kindergeld auf 200 Euro erhöhen</p> <p>Einführung eines Bürgergeldes, vom Finanzamt zu berechnen und auszus zahlen</p>	<p>Reform der Einkommensteuer: Erhöhung des Grundfreibetrages auf 8,500 Euro</p> <p>Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45%, bei höheren Einkommen</p> <p>Steuerbonus bei elektronischer Übermittlung der Steuererklärung</p> <p>Individualbesteuerung anstelle des Ehegattensplittings</p> <p>Werbungs-/ Betriebsausgabenpauschale für alle Einkommensarten in Höhe von 2.000 Euro/Jahr</p> <p>Abschmelzung der Pendlerpauschale mit einheitlichem Kilometersatz für den Weg zur Arbeit, unabhängig vom Verkehrsmittel</p> <p>Dienstwagenprivileg abschaffen</p> <p>Solidaritätszuschlag als Bildungssoli fortführen</p>	<p>Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften und Konzern-Gewinne Reform der Einkommensteuer: Erhöhung des Grundfreibetrages auf 9,300 Euro</p> <p>Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53%, ab 65.000 Euro</p> <p>Kapitalerträge zu persönlichem Steuersatz versteuern</p> <p>Einführung einer Individualbesteuerung mit Abschaffung des Ehegattensplittings</p> <p>Pendlerpauschale neu und unabhängig von Verkehrsmittel regeln</p> <p>Abbau von umweltschädlichen Subventionen und Steuerbefreiungen</p> <p>Kindergeld auf 200 Euro erhöhen</p> <p>Einführung einer Kerosinsteuer und Flugticketabgabe</p>
<p>International wettbewerbsfähige Besteuerung von Unternehmen schaffen: Zweistufiger Tarif für Unternehmen mit 10 und 25%</p> <p>Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine Kommunalfinanzierung</p> <p>Abschaffung von Zinsschranke, der Einschränkung des Verlustabzugs bei Übernahme und Sanierung, der Hinzurechnung von Zinsen, Mieten, Pachten, Leasing- und Lizenzgebühren</p> <p>Wiedereinführung der degressiven Abschreibung</p> <p>Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern, Anhebung auf 1.000 Euro</p>	<p>Gewerbesteuer nachhaltiger gestalten und zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer mit voller Einbeziehung gewinnunabhängiger Elemente entwickeln</p> <p>Begrenzung des Betriebsausgabenabzugs von Manager-Gehältern auf 500.000 Euro, darüber hinaus nur zu 50% abzugsfähig</p> <p>Beschränkung des Geschäftsverkehrs mit Steueroasen</p>	<p>Rücknahme der Senkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 15% und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage</p> <p>Formelle Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherstellen durch Gemeindefinanzreform</p>
<p>Generelle Umstellung der geltenden Soll-Besteuerung auf Ist-Besteuerung</p> <p>Einführung des reduzierten Umsatzsteuersatzes für Hotellerie und Gastronomie reduzierter Umsatzsteuersatz für Energie oder Senkung der Ökosteuern</p> <p>Senkung Stromsteuer</p>	<p>Abführung der Umsatzsteuer nicht mehr nach Rechnungslegung sondern nach dem Zahlungseingang</p> <p>Ermäßigter Umsatzsteuersatz auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel und arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Umwandlung der Erbschaftsteuer in eine Ländersteuer</p>	<p>Einführung einer befristeten Vermögensabgabe Erhöhung der Erbschaftsteuer mit Anhebung des Freibetrages für kleine Vermögen und Unternehmen, Grundsteuer ökologisch ausgestalten</p>	<p>Einführung der Vermögensteuer als Millionärssteuer (5% auf Privatvermögen von mehr als 1 Million Euro)</p> <p>Höhere Erbschaftsteuer mit einheitlichem Freibetrag von 150.000 Euro</p>
<p>Positiver, grundlegender Reformansatz, leider mit zuviel umsatzsteuerlicher Klientelpolitik</p> <p></p>	<p>Steuerpolitik ohne Linie: etwas SPD, etwas FDP, etwas DIE LINKEN</p> <p></p>	<p>Marsch in den Steuerstaat – nur populistische Umverteilung</p> <p></p>

Die Parteien zur Steuerpolitik

CDU und **CSU** sind in den Wahlkampf mit dem Versprechen gestartet, die Steuern nicht zu erhöhen. Die Bürger sollen im Gegenteil entlastet werden. Dazu soll eine Tarifreform in zwei Schritten erfolgen, die für untere und mittlere Einkommensbezieher den Steuerdruck mildert und für hohe Einkommen den Höchststeuersatz hinausschiebt. Bei der Unternehmensbesteuerung wird lediglich ein Prüfauftrag zu den krisenverschärfenden Steuerelementen verankert. Auch bei der Erbschaftsteuer bleibt es bei einem Prüfauftrag für die Ausgestaltung. Bei der Umsatzbesteuerung soll eine Prüfung Korrekturen bei den Mehrwertsteuerbelastungen und Änderungen für einzelne Wirtschaftsbereiche bringen. Dies lässt eine konkrete Ausgestaltung offen und öffnet Spielraum auch für weniger zuversichtliche Spekulationen, wie bereits vor der Sommerpause deutlich geworden ist. Fazit: Grundlegende Reformen sind nicht zu erwarten, womit letztlich auch der Finanz- und Wirtschaftskrise Tribut gezollt wird. Tendenziell sind die Aussagen entlastend, an Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit ihrer Steuerpolitik müssen CDU und CSU jedoch arbeiten.

Die **SPD** positioniert sich geschmeidig und strategisch. Provokante Positionen wie die Verschärfung der Besteuerung von Vermögenden und Erbschaften werden vermieden. Generellen steuerlichen Entlastungen erteilt die SPD eine Absage, will aber kleine und mittlere Einkommen durch eine Reform der Einkommensbesteuerung entlasten und auch Familien fördern. Mit der Anhebung des Spitzensteuersatzes – auch wenn dies mit der vorgeblichen Begünstigung von Bildung erfolgt – wird jedoch auch der Umverteilungsgedanke parteipolitisch bedient. Zu weiteren Schritten bei der Besteuerung von Unternehmen äußert sich die SPD zu nationalen Initiativen nur insoweit, als sie die Änderungen bei der Gewerbesteuer als Stärkung hervorhebt und an der Gewerbesteuer auch als wichtige Einnahmequelle für die Kommunen festhalten will. Auf europäischer Ebene fordert sie die Einführung von Mindeststeuersätzen für Unternehmen und eine einheitliche Bemessungsgrundlage. Offen bleibt damit, wie die SPD mit der Nacharbeitung der Unternehmenssteuerreform 2008 und weiteren Schritten umgehen will. Auch zu Fragen der Besteuerung von Umsätzen nimmt die SPD keine Stellung. 2005 hatte die SPD im Wahlprogramm eine Erhöhung abgelehnt, dann aber die Hand zu einer Erhöhung um 3 Prozentpunkte gereicht. Der Hinweis auf die Erhöhung des Fahndungs- und Prüfdrucks deutet jedoch auf den Ausbau von Kontrollmaßnahmen hin.

Die **FDP** verfolgt einen übergreifenden Ansatz mit der Schaffung eines Gesamtsteuer- und Transfersystems, das sich im Wesentlichen am Gedanken der Leistungsgerechtigkeit orientiert und Missbrauch eindämmen soll. Als einzige

Partei bekennt sich die FDP zu einer klar umrissenen Forderung nach weiteren, grundlegenden Steuerreformschritten. Verankert wird der bekannte drei-Stufen-Tarif für Bürger und zwei-Stufen-Tarif für Unternehmen. Als einzige Partei bekennt sich die FDP auch zu einer Ablösung der Gewerbesteuer und zu einer Beseitigung der von der deutschen Wirtschaft immer wieder kritisierten Besteuerung von Finanzierungsanteilen und Verlusten. Diese positiven Ansatzpunkte werden jedoch durch die klientelorientierte Positionierung bei der Umsatzsteuer konterkariert. Der Übergang zur Abführung der Umsatzsteuer generell zum Zeitpunkt des Zahlungseingangs wird vom BGA genauso kritisch gesehen wie eine vereinzelt Ausweitung der reduzierten Umsatzsteuersätze, während Kernprobleme wie Rechtssicherheit und Vertrauensschutz sowie eine weitere Harmonisierung und Vereinfachung unangesprochen bleiben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen steuerlich klar auf Umverteilung sowie die Begünstigung einzelner Wirtschaftssektoren. Kleinere Einkommensbezieher sollen entlastet und der hohe Anteil an Steuerpflichtigen, die bereits heute keine direkten Steuern bezahlen, noch erweitert werden, während diejenigen, die heute bereits das Steueraufkommen überwiegend tragen, mit einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie der Erhöhung der Erbschaftsteuer und der Einführung einer Vermögensabgabe rechnen müssen. Bei der Unternehmensbesteuerung wollen DIE GRÜNEN noch drauflegen, indem die Gewerbesteuer verschärft werden soll, vor allem durch die volle Einbeziehung gewinnunabhängiger Elemente. Auch DIE GRÜNEN treten für eine generelle Umstellung der Umsatzsteuersystematik ein und wollen die ermäßigte Umsatzbesteuerung noch stärker nach sozialen Aspekten und auch nach Branchengesichtspunkten ausweiten.

DIE LINKEN verfolgen ihre klassenkämpferische Linie nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch vehement im Steuerrecht. Ganz klar wird die Umverteilung gefordert und der Sparer, der Vermögende, der Unternehmer und der Reisende als Feindbild herangezogen, um die Einnahmen in die Kassen des Staates umzuleiten. Gefordert wird, die Steuern auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften und Konzerngewinne zu erhöhen. Dagegen soll der Anteil, der keine Steuern bezahlt, massiv ausgeweitet werden. Für Unternehmen werden die Rücknahme der Senkung der Körperschaftsteuer und zugleich eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage angekündigt. Eine Gemeindefinanzreform soll den Kommunen dienen. Steuer-, wirtschafts- und sozialpolitisch bleiben die „Linken“ eine altem Gedankengut verhaftete Partei, die über den Ausbau des Staates wenig viel abnehmen und vielen wenig geben will.

Sozialpolitik

Analyse

Als der wohl wichtigste Erfolg der Großen Koalition zur langfristigen Beitragssatzstabilisierung ist die dringend notwendige, schrittweise **Anhebung des Renteneintrittsalters** von 65 auf 67 Jahre zwischen 2012 und 2029 anzusehen. Die beschlossene Ausnahmeregelung für besonders langjährig Versicherte, die nach 45 Pflichtbeitragsjahren weiterhin abschlagsfrei mit 65 Jahren in Rente gehen können, reduziert allerdings die beitragsentlastende Wirkung der Altersgrenzenanhebung deutlich. Hinzu kommt, dass der **Verzicht auf Abschläge** bei dieser Rentenart zu einer nicht zu rechtfertigenden Privilegierung gegenüber den übrigen Rentnern führt. Auch die beschlossenen Eingriffe in die Rentenformel und die kürzlich beschlossene Rentengarantie sind schwere Eingriffe in das System.

Auch die notwendige **Abkoppelung der Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung** vom Arbeitsverhältnis ist unter der Großen Koalition nicht erfolgt. Zudem wurde es bislang versäumt, die Ausgabenentwicklung zu begrenzen, z.B. durch den Ausbau von Wettbewerbselementen, eine verstärkte Eigenverantwortung der Versicherten, die Konzentration auf Kernleistungen und den Aufbau einer ergänzenden kapitalgedeckten Risikoversorge.

Immerhin konnte der **Gesamtsozialversicherungsbeitrag** vorübergehend auf **unter 40 Prozent gesenkt werden**. Zu hohe und künftig – aufgrund der demografischen Entwicklung – ggf. noch weiter steigende Beitragssätze, die sich in noch höheren gesetzlichen Personalzusatzkosten niederschlagen, gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit Beschäftigung.

BGA-Position

Zur Sicherung des Produktions-, Investitions- und Arbeitsplatzstandorts Deutschland und vor dem Hintergrund der Globalisierung sowie dem zunehmenden internationalen Wettbewerb fordert der BGA kurzfristig die Sicherung eines Beitragsniveaus unter 40 Prozent und langfristig die dauerhafte **Senkung der Sozialversicherungsbeiträge** auf 35 Prozent.

Die einzelnen Sozialversicherungszweige müssen über **Reformen** auf eine dauerhafte leistungsfähige und finanzierbare **Basissicherung** konzentriert werden. Die Beiträge müssen soweit wie möglich vom Bruttolohn abgekoppelt werden und den **Faktor Arbeit entlasten**. Nur durch bezahlbare Arbeit werden neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen, die für Einzahlungen in unsere Sozialsysteme sorgen.

Anzusetzen ist auf der **Ausgabenseite**. Das Ziel einer Basissicherung bedeutet einen weitgehenden **Umbau der sozialen Sicherungssysteme** durch Konzentration auf das Notwendige und eine Vergrößerung der individuellen Eigenvorsorge. Dieser **Paradigmenwechsel** setzt eine nachhaltige Stärkung der Fähigkeit und Bereitschaft des Einzelnen zum Auf- und Ausbau einer ergänzenden **privaten Risikoversorge** voraus. Hierzu bedarf es parallel sinkender Zwangsabgaben bzw. Beitrag- und Steuersätze sowie steuerlicher Anreize und einer staatlichen Förderung durch direkte Zuschüsse.

Im **Gesundheitswesen** fordert der BGA eine Umstellung der Finanzierung auf einkommensunabhängige Prämien, die eine **Basissicherung** der Versicherten abdeckt. Eine Absicherung zusätzlicher Risiken erfolgt durch eine **private Absicherung**, je nach Wahl des Versicherten. Marktwirtschaftliche Elemente wie Zuzahlungen, Kostenerstattung und Beitragsrückgewähr sowie Transparenz im Gesundheitssystem müssen das Kostenbewusstsein der Versicherten fördern. Entsprechend muss die **Pflegeversicherung** auf eine **Basissicherung** mit Prämienzahlung beschränkt werden und durch eine private, **kapitalgedeckte Vorsorge** ergänzt werden.

Die staatliche Förderung der privaten und staatlich geförderten **kapitalgedeckten Altersvorsorge** muss konsequent fortgesetzt werden. Zur Senkung der **Rentenbeiträge** ist die Beschränkung der Rentenversicherung auf eine **Basissicherung** notwendig. Die Rahmenbedingungen für den Ausbau der **privaten und betrieblichen Altersvorsorge** müssen insbesondere durch eine Vereinfachung der derzeit bestehenden Regelungen herbeigeführt werden. Die zum Ende der Legislaturperiode beschlossene systemfremde Rentengarantie wirkt zu Lasten aller Beitragszahler und muss dringend beseitigt werden.

In der gesetzlichen Unfallversicherung bedarf es einer Reform des Leistungskatalogs, z.B. durch die Herausnahme der **Wegeunfälle** aus dem Leistungskatalog.

Sozialpolitik



<p>Allgemeines Rückführung aller sozialen Sicherungssysteme auf eine Basissicherung und langfristige Absenkung der Beitragslast deutlich unter 35%</p>	Keine Angaben	Umbau der Sozialversicherung hin zur Bürgerversicherung
<p>Gesundheitswesen Umstellung der Finanzierung auf einkommensunabhängige Prämien</p> <p>Auf einer Basisversicherung durch die Sozialversicherung baut die private Absicherung zusätzlicher Risiken auf</p> <p>Begrenzung des Krankengeldes auf höchstens 52 Wochen</p> <p>Herausnahme versicherungsfremder Leistungen aus der Beitragsfinanzierung</p>	<p>Ablehnung einer staatlichen Einheitsversicherung</p> <p>Stärkung der Eigenverantwortung, Prävention und Gesundheitsförderung durch Ausbau von Bonus-Modellen, Wahl- und Selbstbehaltstarifen</p> <p>Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen</p>	<p>Einbeziehung der privaten Krankenversicherung in den Risikostrukturausgleich im Gesundheitsfonds</p> <p>Erhöhung des Steueranteils für die gesetzliche Krankenversicherung</p>
<p>Pflegeversicherung Beschränkung auf eine Basissicherung und Aufbau einer kapitalgedeckten privaten Vorsorge</p> <p>Einkommensunabhängiges Pflegeprämienmodell mit steuerfinanziertem Sozialausgleich für Einkommensschwache</p> <p>Einführung prozentualer Selbstbehalte mit Höchstgrenzen</p>	<p>Hohes Niveau der Pflegeleistung sicherstellen und einen steigenden Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfeträger verhindern</p> <p>Differenziertere Definition der Pflegebedürftigkeit</p>	Risikoausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung; Solidarbeitrag der privaten Pflegeversicherung
<p>Altersvorsorge Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge; Senkung der Beitragssätze durch Beschränkung der Rentenversicherung auf eine Grundsicherung</p> <p>Versicherungsmathematisch korrekte Abschläge bei vorgezogenem Rentenbeginn</p> <p>Rücknahme der systemfremden Rentengarantie zu Lasten aller Beitragszahler</p> <p>Beseitigung versicherungsfremder Leistungen</p>	<p>Stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten</p> <p>Langjährig Beschäftigte sollen Rente oberhalb der Armutsgrenze erhalten, die bedarfsabhängig und steuerfinanziert ist</p> <p>Kleinen Selbständigen Zugang zur geförderten Altersvorsorge ermöglichen</p> <p>Altersvorsorgekonten, auf die Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzahlen können und die kurzfristig zu Anwartschaften (Unverfallbarkeitsfristen) führen.</p>	<p>Verlängerung der Rente nach Mindesteinkommen bei langjährig Versicherten für Beitragszeiten bis Ende 2010; begrenzt höhere Bewertung von Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit bei niedriger Rente</p> <p>Möglichkeit zur Absicherung des Risikos der Erwerbsunfähigkeit über die „Riester“-Förderung obligatorisch und zu gleichen Konditionen</p> <p>Teilrente neben Teilzeitbeschäftigung bereits mit dem 60. Lebensjahr</p> <p>Einbeziehung der Solo-Selbständigen</p>
<p>Fazit</p>	Teils positive Ansätze, die insbesondere in der Finanzierung nicht weit genug gehen	Maßnahmen unzureichend, da sie zu einer höheren Kostenbelastung führen
<p>Bewertung</p>		



DIE LINKE.

<p>Umbau der sozialen Sicherungssysteme weg vom Umlageverfahren hin zu kapitalgedeckten Versicherungen</p>	<p>Einführung einer grünen Bürgerversicherung für alle</p>	<p>Gesetzliche Sozialversicherungen als (einzige) Pflichtversicherung für alle Bürger</p>
<p>Versicherungspflicht für eine gesetzlich vorgegebene Regelversorgung</p> <p>Kontrahierungszwang für Privatversicherungen für Grundversorgung ohne Risikozuschläge</p> <p>Staatliche Transfers für diejenigen, die die Prämie für die Grundversorgung nicht aufbringen können</p> <p>Kostenerstattungsprinzip nach Rechnungslegung mit Selbstbeteiligung statt Praxisgebühr</p>	<p>Bürgerversicherung für alle, in welcher die Beiträge nach der Leistungsfähigkeit der Einzahler berechnet werden; Einbeziehung weiterer Einkunftsarten wie Kapitaleinkommen und Einkommen aus gewerblicher Vermietung und Verpachtung über Freibeträgen und angehobener Beitragsbemessungsgrenze</p> <p>Wegfall von Zuzahlungen</p>	<p>Einführung einer Solidarischen Bürgerversicherung für alle (auch Selbständige, Politiker, Beamte) unter Einbeziehung weiterer Einkunftsarten (aus Kapitalerträgen, Mieten, Pachten und Zinsen)</p> <p>Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und des Sonderbeitrags für Arbeitnehmer und Rentner</p> <p>Unbeschränkter Zugang für alle; Abschaffung aller Zuzahlungen, einschließlich Praxisgebühr</p>
<p>Abkehr vom Umlageverfahren durch gleitenden Übergang in ein kapitalgedecktes und prämienfinanziertes System mit steuerfinanziertem sozialen Ausgleich</p> <p>Steuerliche Förderung der ergänzenden privaten Pflegevorsorge</p> <p>Umstellung von Sachleistung auf Geldleistung</p>	<p>Pflegeversicherung als Bürgerversicherung für alle (siehe Gesundheitswesen)</p>	<p>Konzept der Solidarischen Bürgerversicherung (siehe Gesundheitswesen)</p>
<p>Freie Wählbarkeit des Renteneintrittsalters ab dem 60. Lebensjahr mit Zu- und Abschlägen soweit kombinierte Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Rente über Grundsicherungsniveau liegen</p> <p>Stärkung der betrieblichen Altersversorgung. Staatliche Anerkennung und Förderung eines individuellen Altersvorsorgekontos, das alle Arten privater und betrieblicher Vorsorge umfasst und auch für Entgeltumwandlung der Arbeitnehmer zugänglich ist</p>	<p>Einführung einer steuerfinanzierten Garantierente</p> <p>Altersgrenze für eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wieder auf 63 Jahre senken</p> <p>Bezug der Teilrente ab 60. Lebensjahr ermöglichen</p>	<p>Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen (auch Selbständige, Politiker, Beamte) in die Versicherungspflicht</p> <p>Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze</p> <p>Staatliche Unterstützung der privaten Altersvorsorge einstellen</p> <p>Renteneintrittsalter senken und flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr</p>
<p>Bekanntnis zu umfassenden und wesentlichen Strukturreformen</p>	<p>Maßnahmen unzureichend, da bisherige Systeme in erweiterter Form fortgeführt werden</p>	<p>Verfehlte Vorschläge, die ausschließlich auf Umverteilung setzen, Leistungen ausbauen und Freiheiten beschränken</p>
<p>👍👍</p>	<p>👍</p>	<p>👎👎👎</p>

Die Parteien zur Sozialpolitik

CDU/CSU bekennen sich klar zur privaten Krankenversicherung und lehnen eine staatliche Einheitsversicherung im Gesundheitssystem ab. Organisation und Finanzierung der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung sollen zukunftsweisend weiterentwickelt werden. Eigenverantwortung, Prävention und Gesundheitsförderung sollen durch Ausbau von Bonus-Modellen, Wahl- und Selbstbehaltstarifen gestärkt werden. Bei geringen Einkommen ist ein sozialer Ausgleich vorgesehen. Versicherungsfremde Leistungen sollen künftig stärker steuerfinanziert von der Allgemeinheit getragen werden. In der Altersvorsorge sollen Kindererziehungszeiten stärker berücksichtigt werden. Weiteren Personengruppen soll der Zugang zur geförderten Altersvorsorge ermöglicht werden.

Die **SPD** fordert den Umbau der Sozialversicherung hin zur Bürgerversicherung. Dazu gehört die Erhöhung des Steueranteils für die gesetzliche Krankenversicherung und die Einbeziehung der privaten Krankenversicherung in den Risikostrukturausgleich im Gesundheitsfonds. Der Sonderbeitrag der Arbeitnehmer in Höhe von derzeit 0,9 Beitragspunkten soll wieder paritätisch von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Das Risiko der Erwerbsunfähigkeit soll auch über die „Riester“-Förderung möglich sein. Das Rentensystem in Ost und West soll vereinheitlicht werden. Der Bezug einer Teilrente neben Teilzeitbeschäftigung soll bereits mit dem 60. Lebensjahr ermöglicht werden. Mit zusätzlichen Beiträgen zur Rentenversicherung bei einem früheren Rentenzugang können Abschläge abgekauft, oder Zuschläge zur Rente erworben werden. Solo-Selbstständige sollen verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Weder die SPD, noch Bündnis 90/DIE GRÜNEN legen jedoch dar, wie die anvisierte breitere Finanzierungsbasis durch die Einbeziehung von Selbständigen und Freiberuflern, dem demographischen Wandel entgegenwirkt.

Die **FDP** fordert den Umbau der sozialen Sicherungssysteme weg vom Umlageverfahren hin zu kapitalgedeckten Versicherungen. Der Gesundheitsfonds soll abgeschafft werden. Gefordert wird eine Versicherungspflicht für eine gesetzlich vorgegebene Regelversorgung. Für Privatversicherungen soll ein Kontrahierungszwang für Grundversorgung ohne Risikozuschläge gelten. Für die Grundversorgung nicht aufbringen können, gibt es staatliche Transfers. Oberhalb der Regelleistungen soll jeder seinen Versicherungsschutz selbst gestalten dürfen. Der soziale Ausgleich innerhalb der Krankenversicherung und Krankenversicherung der Kinder soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuermitteln finanziert werden. Das Renteneintrittsalter kann frei ab dem 60. Lebensjahr mit Zu- und Abschlägen in der Altersrente gewählt werden,

soweit der kombinierte Anspruch aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Rente über Grundsicherungsniveau liegt. In der gesetzlichen Unfallversicherung soll der Leistungskatalog reformiert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren für die Einführung einer grünen Bürgerversicherung in Kranken- und Pflegeversicherung für alle, in welcher die Beiträge nach der Leistungsfähigkeit der Einzahler berechnet und weitere Einkunftsarten wie Kapitaleinkommen und Einkommen aus gewerblicher Vermietung und Verpachtung berücksichtigt werden. Zudem soll die Beitragsbemessungsgrenze angehoben werden. Zuzahlungen für die Versicherten sollen wegfallen. Zudem wird die Einführung einer steuerfinanzierten Garantierente gefordert. Die Altersgrenze für eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente soll wieder auf 63 Jahre abgesenkt und der Bezug der Teilrente bereits ab dem 60. Lebensjahr ermöglicht werden.

DIE LINKE fordert im Gesundheitswesen und in der Pflegeversicherung die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung für alle. Sie fordert die Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen und spricht sich dafür aus, die staatliche Unterstützung der privaten Altersvorsorge einzustellen, das Renteneintrittsalter zu senken und flexible Abschläge vor dem 65. Lebensjahr zu ermöglichen.

Außenwirtschaft und Entwicklungspolitik

Analyse

Der Exportweltmeister Deutschland ist durch seine außenwirtschaftliche Verflechtung besonders stark von der derzeitigen Krise betroffen. Im Jahr 2008 betrug der Anteil der deutschen Exporte am Bruttoinlandsprodukt 40 Prozent. Die weltweit flächendeckenden Konjunkturerbrüche wirken sich damit im Vergleich zu anderen Ländern besonders stark aus. Gleichzeitig liegt hier aber auch die Hoffnung auf eine baldige Erholung der Wirtschaft. Denn sobald sich die Wirtschaft eines Landes erholt, profitiert auch der deutsche Export und damit **jeder vierte Arbeitsplatz, der direkt vom Export abhängig** ist. Die Gewinne, die Deutschland aus der engen Einbettung in die Weltwirtschaft gezogen hat, sind unbestritten.

Bisher ist es noch nicht zu einer umfassenden **weltweiten Protektionismusspirale** gekommen. Mit der WTO existiert eine Welthandelsarchitektur, die trotz all ihrer unbestreitbaren Mängel ein funktionierendes Regelwerk bietet.

Dennoch mehren sich die Fälle protektionistischer Maßnahmen, die bereits jede für sich geeignet sind, die zarten Pflänzchen des Aufschwungs zu beeinträchtigen, im Zusammenwirken schlimmstenfalls sogar dazu führen könnten, dass sich das weltweite Protektionismus-Karussell doch noch zu drehen beginnt.

BGA-Position

Gerade in Krisenzeiten dürfen wir uns nicht von der weltwirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln. Der zügige Abschluss der **Doha-Runde** wäre der beste Impuls, um dem krisengeschüttelten Welthandel **entscheidende Impulse** zu geben. Der BGA fordert eine multilaterale Lösung für den weiteren **Abbau von Handelshemmnissen** als beste Maßnahme für eine konjunkturelle Belebung. Für die KMU bietet diese zudem einen Rahmen für die Erschließung der weltweiten Absatz- und Beschaffungsmärkte.

In diesen Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen müssen die Belange der Entwicklungsländer stärker berücksichtigt werden. Denn nur durch die Einbindung in die Weltwirtschaft ist eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und damit einhergehend politische Stabilität möglich. Hierzu zählt vor allem auch die **Marktöffnung** in den Industrieländern unter anderem **für Agrarprodukte aus den Entwicklungsländern**. Gleichzeitig ist die **Abschaffung von Exportsubventionen** noch stärker voranzutreiben, denn die Subventionen führen zu Marktverzerrungen und höheren Preisen für die Konsumenten. Entwicklungspolitik nach

dem Gießkannenprinzip ist nicht sinnvoll. Der BGA plädiert stattdessen für eine Koppelung an die Vergabekriterien guter Regierungsführung, Hilfe zur Selbsthilfe und Nachhaltigkeit sowie an eine enge Abstimmung mit den Interessen der deutschen Außenwirtschaft.

Der BGA erkennt an, dass die sozialen Auswirkungen einer engen Einbettung in die Weltwirtschaft nicht vernachlässigt werden dürfen. Im Rahmen freiwilliger Selbstverpflichtung unterstützt der BGA daher die Initiativen zur Umsetzung von Verhaltenskodizes der sozialen Unternehmensverantwortung.

Damit alle von diesen Gewinnen gleichermaßen profitieren können, ist es notwendig, dass die **Investitionen in Bildung und Spitzenforschung** weiter ausgebaut werden. Denn nur durch fortwährende Innovationen ist es möglich, international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Damit noch mehr Unternehmen, vor allem kleinere und mittlere Unternehmen die Beschaffungs- und Absatzmöglichkeiten auf den weltweiten Märkten nutzen können, ist eine **aktive Außenwirtschaftsförderung** hilfreich. Hier ist es notwendig, dass eine sehr viel stärkere Abstimmung des Instrumentariums auf EU-, Bundes- und Landesebene erfolgt, um so auch eine höhere Transparenz der Fördermöglichkeiten zu erhalten. Im Mittelpunkt der Förderung sollte die Exportkreditversicherung, die Auslandsmesseförderung und das Netz der deutschen Auslandshandelskammer stehen. Diese Exportfördermaßnahmen sollten durch eine kohärente Importförderung ergänzt werden, damit vor allem KMU Unterstützung bei der Erschließung von Beschaffungsmärkten erhalten und die Konsumenten noch stärker von der weltweiten Produktvielfalt und niedrigeren Preisen profitieren können.

Dem gestiegenen und weiter steigenden handelspolitischen Gewicht der Schwellenländer muss dadurch Rechnung getragen werden, dass **diese auch stärker in die Verantwortung für die Lösung globaler Fragen in die Pflicht genommen werden**. Ein partnerschaftlicher und nachhaltiger Ansatz auf Augenhöhe für den Umgang mit den großen Schwellenländern, allen voran China, Indien, Russland und Brasilien ist daher Forderung des BGA.

Außenwirtschaft und Entwicklungspolitik



Zügiger Abschluss der Doha-Runde der WTO	Abschluss der Doha-Runde, um Handelsbarrieren abzubauen. In den WTO-Verhandlungen fairer Ausgleich mit den Entwicklungsländern.	Prinzip eines freien und fairen Welthandels. WTO-Verhandlungen muss den armen Ländern eine bessere Teilhabe am Welthandel ermöglichen
Freie Märkte und Wettbewerb, klare Absage an Protektionismus	Bekennnis zum Grundsatz des freien Welthandels, Ablehnung von Protektionismus, Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten. Langfristig Schaffung eines transatlantischen Marktes. Bessere Teilhabe der Entwicklungsländer am Welthandel	Die Bewältigung der Wirtschaftskrise darf nicht zu Abschottung und Protektionismus führen
Beziehungen auf Augenhöhe mit den Schwellenländer, diese stärker in die handelspolitische Verantwortung einbeziehen	Keine Angaben	Partnerschaftliche Einbeziehung der neuen wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren Asiens, Lateinamerikas und Afrikas G8 um wichtige Schwellenländer erweitern
Behandlung von Umwelt- und Sozialstandards nicht in der WTO, sondern in den zuständigen Organisationen	Für wirksame Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums und für weltweit geltende angemessene Gesundheits-, Tierschutz- und Umweltstandards sowie soziale Mindeststandards	Plan für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Er soll sich mit wirtschaftlichen Interessen, sozialen Bedürfnissen und ökologischen Notwendigkeiten befassen
Marktöffnung, gute Regierungsführung und Stärkung der Eigeninitiative als beste Entwicklungspolitik	Entwicklungspolitik als strategische Partnerschaft, die sowohl den Interessen der Empfängerländer als auch Deutschlands dient und u.a. den Außenhandel flankiert. Rechtsstaatlichkeit, transparente und gute Regierungsführung sowie die Orientierung am Modell der Sozialen Marktwirtschaft als Voraussetzungen.	Keine Angaben
Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch Spitzenforschung	Forschung und Innovation als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und für die Erhaltung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Deshalb Förderung von Forschungs- und Innovationsaktivitäten, um für den nächsten Aufschwung vorbereitet zu sein	Keine Angaben
Transparente Außenwirtschaftsförderung für den Mittelstand	Umwelttechnologien fördern durch marktwirtschaftlich orientierte Instrumente und Anreize	Keine Angaben
Für eine europäische Strategie zur Sicherung der Rohstoffbasis	Nationale Energiestrategie für Deutschland. Verteilung der Energie-Importe auf möglichst viele Länder, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden	Treten für eine kooperative Energie- und Ressourcenpolitik ein, um zu verhindern, dass aus einem immer härteren Wettbewerb um knappe Güter die Konflikte von morgen erwachsen
Wandel durch Handel	Keine Angaben	Keine Angaben
Fazit	Sehr schlüssige Argumentation für eine Reform der Entwicklungshilfe, klares Bekenntnis zu WTO, Freihandel und transatlantischer Kooperation, jedoch nur knappe Aussagen zur Außenwirtschaftsförderung und Unklarheit bezüglich der Frage der Umwelt- und Sozialstandards in der WTO. Keine Antworten zum strategischen Umgang mit Schwellenländern wie China	Gegen Abschottung und für Fortsetzung der WTO-Entwicklungsrunde
Bewertung	👍	👎



<p>Unverzögliche Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen. Einführungs des WTO-Generalsekretär als Schlichter</p>	<p>Für eine gerechte und faire Welthandelsordnung, als zentraler Baustein eines neuen Gesellschaftsvertrags. Ökologisch-soziale Welthandelsordnung</p>	<p>Gegen eine globale Handelspolitik, für Stabilisierung der Wechselkurse und Neuverhandlung der „Wirtschaftspartnerabkommen“ mit den AKP-Staaten</p>
<p>Gegen jede Form von Protektionismus im internationalen Handel</p> <p>Für ein unabhängiges europäisches Kartellamt und internationale Wettbewerbsregeln unter dem Dach der WTO</p>	<p>Entwicklungsländer sollen die Möglichkeiten erhalten, ihre sich noch im Aufbau befindenden Industrie-, Landwirtschafts- und Dienstleistungssektoren vor übermächtiger Konkurrenz zu schützen</p>	<p>Die geltenden Dogmen der Privatisierung, der Liberalisierung des Freihandels sind zu überwinden</p>
<p>Zusammenarbeit mit Schwellenländern soll auf eine grundsätzliche neue Grundlage gestellt werden. Alle relevanten Akteure müssen bei der Lösung globaler Probleme eingebunden werden</p>	<p>Abschaffung der G8, stattdessen Global Leaders Form der UN</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Keine Angaben</p>	<p>Die Handelsliberalisierung darf nicht länger einseitig im Zentrum der WTO stehen. Anerkannte Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards sollen verankert werden. Umweltabkommen wie die Übereinkommen über die biologische Vielfalt müssen uneingeschränkt Vorfahrt vor Handelsregeln haben</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Gute Regierungsführung als Voraussetzung. Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit auf die schwächsten und ärmsten Länder. Bessere Verzahnung der deutschen EZ mit EU-Entwicklungshilfe</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Grundlegende Neuorientierung der Entwicklungszusammenarbeit. Verhinderung von Freihandelsabkommen, die Industrieländer begünstigen, Stärkung der Süd-Süd-Beziehungen und der regionalen Märkte. Unkonditionierte Entwicklungshilfe</p>
<p>Leistungsfähige und freie Forschung als Voraussetzung für eine innovationsfähige Gesellschaft. In einer globalisierten Welt steht Deutschland im Wettbewerb um die besten Köpfe, knappe finanzielle Ressourcen und die attraktivsten Rahmenbedingungen</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Ende der industriegeführten Forschung mit öffentlichen Mitteln</p>
<p>Für eine strategisch angelegte Außenwirtschaftsförderung in enger Kooperation mit deutschen Unternehmen, um im Ausland wieder stärkeres Gewicht zu erhalten</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Einseitige Abhängigkeiten von einzelnen Lieferländern oder Energieträgern vermeiden. Für eine strategisch angelegte Energieaußenpolitik</p>	<p>Die Förderung von Rohstoffen muss an Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Menschenrechte in den Exportländern gebunden werden</p>	<p>Auf regenerative Energien setzen und das Wissen über eine nachhaltige Energieversorgung mit Schwellen- und Entwicklungsländern teilen, um sich morgen nicht an Ressourcenkriegen beteiligen zu müssen</p>
<p>Stabilität, technische Standards und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen können im Zuge einer Zusammenarbeit mit den Lieferländern exportiert werden und auf diesem Wege zu einer friedlicheren Welt beitragen</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Gegen Protektionismus, für Verbesserung der Außenwirtschaftsförderung, grundlegende Reform der Entwicklungszusammenarbeit</p>	<p>Für Verankerung von Umwelt- und Sozialstandards in der WTO</p>	<p>Keine konkreten Antworten zu den wirklich drängenden Fragen der Zeit. Im Mittelpunkt des privaten internationalen Wirtschaftens soll die Schaffung einer sozial, politisch und wirtschaftlich gerechten Weltwirtschaftsordnung stehen</p>
<p></p>	<p></p>	<p></p>

Die Parteien zur Außenwirtschaft und Entwicklungspolitik

Sämtliche Parteiprogramme weisen klare Defizite beim Thema Außenhandel auf. Drängende Fragen wie die weitere Ausgestaltung der Außenwirtschaftsförderung, die Eindämmung der überbordenden Bürokratie insbesondere bei der Exportkontrolle sowie die weitere Ausgestaltung der Exportkreditversicherung bleiben zum größten Teil unbeantwortet. In allen Wahlprogrammen wird der Frage der Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit erheblich mehr Aufmerksamkeit geschenkt als dem Außenhandel bzw. der Frage, wie künftig strategisch mit den großen Schwellenländern wie China, Indien, Russland und Brasilien umgegangen werden soll – ein erschreckendes Indiz für einen Mangel an strategischem Weitblick in der deutschen Politik, von dem nur die FDP sich positiv abhebt.

Die **CDU/CSU** strebt einen Abschluss der Doha-Runde an und bekennt sich zum Grundsatz des freien Welthandels. Sie tritt Protektionismus sowie Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten konsequent entgegen. In den WTO-Verhandlungen setzt man sich für einen fairen Ausgleich mit den Entwicklungsländern ein. Dabei tritt die CDU/CSU für wirksame Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums, für angemessene weltweit geltende Gesundheits-, Tierschutz- und Umweltstandards sowie soziale Mindeststandards ein. Es bleibt offen, ob dies innerhalb der WTO durchgesetzt werden soll. Die CDU/CSU betont die Bedeutung der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft und strebt langfristig einen transatlantischen Markt an.

Umwelttechnologien sollen durch spezielle Förderung in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung mit aktuell führenden Wirtschaftsbereichen wie der Automobilindustrie gleichziehen. Für die Union ist Entwicklungspolitik eine strategische Partnerschaft, die sowohl den Interessen der Empfängerländer als auch Deutschlands dient. In den Entwicklungsländern sollen Subsidiarität, Eigenverantwortung und Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Initiativen gefördert werden. Eine Erhöhung der Entwicklungshilfegelder wird an eine Effizienzsteigerung des entwicklungspolitischen Instrumentariums und die Absorptionsfähigkeit in den Empfängerländern geknüpft. Die entwicklungspolitisch relevanten Strukturen des deutschen Außenhandels sollen optimiert und zu einer kohärenten Entwicklungspolitik zusammengeführt werden.

Die **SPD** steht zum Prinzip eines freien und fairen Welthandels. Sie erkennt, dass die Bewältigung der Wirtschaftskrise nicht zu Abschottung und Protektionismus führen darf. Im Rahmen der WTO-Entwicklungsrunde müsse den armen Ländern eine bessere Teilhabe am Welthandel ermöglicht und die Agrarexportsubventionen beendet werden. Die G8 will man um wichtige Schwellenländer erweitern und sie nutzen, um die politische Globalisierung

voranzutreiben. Langfristig verfolgt die SPD den Plan für einen globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Die SPD will mehr Geld für Entwicklungshilfe ausgeben. Sie möchte wie die anderen Parteien auch bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger zur Verfügung stellen. Neben der Bereitstellung von klassischen Haushaltsmitteln will die SPD hierfür weitere, neue Finanzierungsquellen erschließen. Die **FDP** tritt gegen jede Form von Protektionismus und Subventionierung im internationalen Handel an. Ein rascher Abschluss der WTO-Verhandlungen wird als die beste Absage an Protektionismus gesehen. Man plädiert für eine strategisch angelegte Außenwirtschaftsförderung in enger Kooperation mit deutschen Unternehmen. Große Schwellenländer sollen nach FDP-Ansicht stärker an den Mechanismen zur Wahrnehmung globaler Verantwortung beteiligt werden. Die Entwicklungszusammenarbeit will die FDP neu ausrichten: Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit auf die schwächsten und ärmsten Länder, während die Zusammenarbeit mit Schwellenländern auf eine grundsätzliche neue Grundlage gestellt wird. Gute Regierungsführung soll konsequent eingefordert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine gerechte Welthandelsordnung als „zentralen Baustein eines neuen Gesellschaftsvertrags“. Man möchte die Handelsliberalisierung als Ziel der Welthandelsorganisation WTO ablösen und stattdessen Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards verankern. Entwicklungsländern dürfen keine Freihandelsabkommen „aufgedrängt“ werden. Man fordert internationale Abkommen, die Preise für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe festlegen, und insgesamt eine ökologisch-solidarische Welthandelsordnung. Umweltabkommen sollen uneingeschränkt Vorfahrt vor Handelsregeln haben. DIE GRÜNEN wollen neue Finanzierungsinstrumente wie die Finanzumsatzsteuer und die Flugticketabgabe einführen. Die G-8 werden abgelehnt, da sie für einen fairen Interessenausgleich nicht geeignet seien. Man unterstützt stattdessen den Vorschlag für ein Global Leaders Forum von rotierenden Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrates der UN. Für die ärmsten Länder werden Entschuldungsinitiativen gefordert.

DIE LINKE ist insgesamt gegen eine globale Handelspolitik eingestellt und fordert, die geltenden Dogmen der Privatisierung, der Liberalisierung und des Freihandels zu überwinden. Sie fordert die Abschaffung der EU-Exportsubventionen und eine Neuverhandlung der „Wirtschaftspartnerabkommen“ mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) und anderer Freihandelsabkommen. Entwicklungshilfen müssen nach Ansicht der LINKEN ohne wirtschaftspolitische Auflagen gewährt werden. Eine nachhaltige Entschuldung der Entwicklungsländer wird gefordert.

Europa

Analyse

Der wirtschaftliche Nutzen der engen Verflechtung mit den EU-Partnern ist für Deutschland unbestritten:

Fast **60 Prozent unserer Importe und 65 Prozent unserer Exporte wickeln wir mit der Europäischen Union ab**. Der europäische Binnenmarkt sichert Wachstum und Einkommen sowie rund **5 Mio. Arbeitsplätze in Deutschland**.

Trotz aller auch oftmals berechtigten Kritik an der Schwerfälligkeit der europäischen Institutionen gilt: Europa wirkt zugunsten von Wirtschaft, Arbeitnehmern und Verbrauchern. Das darf nicht an den Grenzen der EU enden. Ziel muss es sein, **auf starker europäischer Grundlage weltweit Märkte zu öffnen**, transparente Regeln zu etablieren sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklungen voran zu bringen. Europa muss weltweit für Offenheit und **Freihandel** eintreten. Deutschland ist dafür das beste Beispiel. Die international wettbewerbsfähigen Produkte und Dienstleistungen deutscher Unternehmen machen uns seit Jahren zum Exportweltmeister. Sie haben entscheidenden Anteil an der Leistungsfähigkeit unserer sozialen Marktwirtschaft. Sie sind Grund dafür, dass wir auch bei zunehmendem Wettbewerb aus Asien und weiteren aufstrebenden Teilen der Welt unsere Weltmarktanteile halten und sogar ausbauen. Das ist ein Erfolg für Deutschland, für die deutsche Wirtschaft in Europa. Das ist ohne eine offene, handlungsfähige und wettbewerbsfähige Europäische Union nicht denkbar

BGA-Position

Der BGA unterstützt den **Vertrag von Lissabon**. Nur durch den engeren Schulterschluss Europas erreichen wir, dass die EU auch langfristig erfolgreich und auf Augenhöhe mit den USA, aber auch mit Russland, China, Indien und anderen selbstbewussten Schwellenländern auftreten kann. Der Vertrag von Lissabon sorgt durch eine Reihe von Neuerungen für eine verbesserte Handlungsfähigkeit der auf 27 Mitgliedsstaaten angewachsenen Europäischen Union. Dazu gehören eine **bessere Kompetenzabgrenzung** zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten, z.B. durch die Einführung der neuen Kompetenzkategorien und eines Klagerechts der nationalen Parlamente. Außerdem wird der Ministerrat künftig häufiger nach dem Mehrheitsprinzip entscheiden. Dies gilt auch für die Handelspolitik. Trotz Kritik an manchem Detail sind das alles zwingende Gründe für ein schnelles Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Mit ihm wird die **Handlungsfähigkeit der Europäischen Union** entscheidend verbessert und damit werden verlässlichere Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der Wirtschaft im EU-Binnenmarkt geschaffen. Die europäische Erweiterungsstrategie ist mit Augenmaß voranzutreiben. Technische Zeitpläne, die nur politische Erwartungen, aber keine konkret nachvollziehbare Verhandlungs- und Umsetzungsfortschritte in den Ländern darstellen, sind zu vermeiden.

Die Fortführung einer Strategie für Wachstum und Beschäftigung nach 2010 ist unverzichtbar. Hierbei sind Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen gleichermaßen in der Pflicht, Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere durch Innovation, zu fördern. Die EU-Kommission ist aufgefordert, Gesetzgebungsvorschläge entsprechend zu gestalten. Trotz der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise sollten im Rahmen des **Stabilitäts- und Wachstumspaktes** von allen EU-Mitgliedsstaaten mittelfristig ausgeglichene Haushalte angestrebt werden. Die Mitgliedsstaaten sind angehalten, Strukturreformen schneller und entschiedener umzusetzen. EU und Mitgliedstaaten müssen ihre Anstrengungen beim Abbau von Bürokratie und Verwaltungskosten fortsetzen.

Europa



Für die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags	Für die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags mit langfristigem Ziel einer Verfassung für die EU	Für die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags
Für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	Bekennnis zu einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik der EU einschließlich einer Beistandsverpflichtung ergänzend zur transatlantischen Partnerschaft	Ausbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, mit Stärkung der zivilen Komponente Gemeinsame Streitkräfte als Fernziel Einbindung Rußlands in eine strategische Partnerschaft
Für eine Vertiefung des Binnenmarktes ohne Überregulierung und Wettbewerbsverzerrungen	Wert des gemeinsamen Marktes nicht durch Überregulierung schmälern In wichtigen Bereichen der Sozial- und Umweltpolitik EU-weite Mindeststandards Übergangsregelungen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit sind notwendig für sozialverträgliches Zusammenwachsen der EU	Weiterer Ausbau des Binnenmarktes Harmonisierung des Verbraucherrechts ohne Unterlaufen deutscher Standards EU-weite soziale Mindeststandards Einführung eines „sozialen Stabilitätspaktes“
Für eine engere Abstimmung Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den Mitgliedstaaten und für die Unabhängigkeit der EZB	Unabhängigkeit der EZB Strikte Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes Soziale Marktwirtschaft als Europäisches Sozialmodell	EZB soll neben Währungsstabilität gleichgewichtig Förderung von Wachstum und Beschäftigung verfolgen Flexibilisierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes Weitere Institutionalisierung der Eurogruppe
Erweiterungspolitik Abschluß der laufenden Verhandlungen, wenn Beitrittskriterien erfüllt sind, Beitrittsperspektiven für strategisch wichtige Länder	Neben der EU-Mitgliedschaft auch andere Formen der Einbindung Im Rahmen einer Konsolidierungsphase Vorrang der inneren Festigung der Identität und EU-Institutionen vor zügiger Erweiterung Privilegierte Partnerschaft der EU mit der Türkei	EU-Erweiterungspolitik als Friedenspolitik Festhalten am Ziel eines EU-Beitritts der Türkei und der Beitrittsperspektive für Länder des westlichen Balkans Gezielte Weiterentwicklung der europäischen Nachbarschaftspolitik
Klare Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten	Gleichberechtigung des EPs mit dem Rat nationale Parlamente sollen Kompetenzabtretungen an die EU legitimieren Subsidiaritätsprinzip steckt Aufgabenverteilung zwischen EU, Mitgliedstaaten und den Regionen ab Aufgabenüberprüfungen bei künftigen Vertragsveränderungen	Für eine Gleichberechtigung des EPs mit dem Rat auf allen EU-Politikfeldern Kontrollrecht der nationalen Parlamente, ob EU Subsidiaritätsprinzip beachtet wird
Fazit	Gegen Überregulierung, für Subsidiarität	Europäisierung der Sozialpolitik
Bewertung	👍	👍



<p>Für die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags</p>	<p>Für die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags</p> <p>Im Falle des Scheiterns EU-weite Abstimmung über Grundrechtscharta</p> <p>Festhalten am Ziel einer echten Verfassung für Europa</p>	<p>Lehnt Lissabon-Vertrag als zu wirtschaftsfreundlich ab</p> <p>fordert eine wirtschaftspolitisch neutrale Verfassung</p>
<p>Bessere Koordinierung der EU-Außenpolitik</p> <p>Aufbau eines Europäischen Auswärtigen-Dienstes und von gemeinsamen europäischen Streitkräften</p> <p>Europäische Strategie zur Energie- und Rohstoff-Sicherheit</p> <p>Langfristig ist ein ständiger europäischer Sitz im VN-Sicherheitsrat anzustreben</p>	<p>Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik EU als Zivilmacht stärken, Vorrang der Krisenprävention und Konfliktbewältigung</p>	<p>Begonnene Militarisierung stoppen, stattdessen umfassende zivile Präventionspolitik</p>
<p>Vereinheitlichung der Kernbereiche europäischer Verbraucherschutzvorschriften</p> <p>Vollendung des Binnenmarktes</p> <p>Klares Bekenntnis zu unverfälschtem Wettbewerb in der EU</p> <p>Weitere Liberalisierung des Dienstleistungssektors</p>	<p>Effektiver Ordnungsrahmen, der die Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklung stellt</p> <p>Bestehende Beschränkung der Arbeitnehmer-freizügigkeit aufheben</p> <p>Gesetzlichen Mindestlohn einführen soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards einführen</p>	<p>EU-weiter Verbraucherschutz auf hohem Niveau verbindliche Standards in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik</p>
<p>Für die Unabhängigkeit der EZB</p> <p>Wettbewerb in der Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik</p>	<p>Für eine stärkere Wirtschaftskoordination auf EU-Ebene</p> <p>Aufwertung der Euro-Gruppe</p> <p>Die EZB soll neben der Geldwertstabilität auch eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung verfolgen</p>	<p>Ausweitung der Aufgabenstellung der EZB auf Geldwertstabilität, stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung</p> <p>Kontrolle der EZB durch das EP und ECOFIN-Rat sozial orientierte Europäische Wirtschaftsregierung</p> <p>Ersetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung und Umweltschutz</p>
<p>Glaubwürdige Erweiterungspolitik mit Augenmaß</p> <p>Keine Rabatte bei Beitrittskriterien</p> <p>Beitrittsperspektive für Länder des westlichen Balkans</p>	<p>Beitrittsperspektive für alle europäischen Staaten, Osteuropa durch differenzierte europ. Partnerschaft stärken</p> <p>Türkei auf dem Weg in die EU unterstützen</p> <p>Verantwortung für den Balkan</p> <p>Mittelmeerunion vertiefen</p>	<p>Fortsetzung der EU-Erweiterung</p> <p>Vertiefung der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum</p>
<p>Erhebliche Stärkung des EPs</p> <p>Verbesserte Kontrollmöglichkeiten der nationalen Parlamente</p>	<p>Gleichberechtigung des EPs mit dem Rat sowie Gesetzesinitiativrecht und umfassende Haushaltskompetenz</p> <p>Entscheidungsbefugnis gemäß Subsidiaritätsprinzip</p>	<p>Eindeutige Klärung der Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte nationaler und regionaler Parlamente</p> <p>Wirksame Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips; volle Gleichberechtigung des EPs</p> <p>Direkte Bürgerbeteiligung</p>
<p>Subsidiär, klares Konzept bei Erweiterung und Vertiefung</p>	<p>Drohende Überregulierung durch Mindeststandards</p>	<p>Lehnt grundlegende Elemente des europäischen Integrationsprozesses ab</p>
<p></p>	<p></p>	<p></p>

Die Parteien zu Europa

Die **CDU/CSU** sehen sich in Tradition von Konrad Adenauer als die Europapartei. Sie setzen sich für ein nach innen und außen handlungsfähiges Europa ein, das zu den Lösungen globaler Probleme beitragen kann. Verteidigungspolitisch bekennt sich die CDU zu einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Wirtschaftspolitisch soll ein leistungsfähiger und verbraucherfreundlicher EU-Binnenmarkt das Rückgrat der europäischen Wettbewerbsfähigkeit sein, wobei es eine ständige Aufgabe der EU bleibt, überflüssige Bürokratie zu vermeiden und abzubauen. Die Wachstumskräfte Europas sollen durch wettbewerbsfördernde Deregulierungen der Waren-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte gestärkt werden. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank wird verteidigt. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollen Kompetenzen auf EU-Ebene nur dann angesiedelt werden, wenn diese Aufgaben auf unterer Ebene nicht ausreichend geregelt werden können. Im EU-Erweiterungsprozess wird eine Konsolidierungsphase propagiert, um die Identität und die Institutionen der EU zu festigen. Insgesamt sollen neben einer EU-Mitgliedschaft auch andere Formen der Zusammenarbeit gefunden werden. Im Falle der Türkei wird eine Privilegierte Partnerschaft anstelle einer Vollmitgliedschaft bevorzugt.

Die **SPD** sieht Europa als gemeinsame Chance, im globalen 21. Jahrhundert die Vorstellung von Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen. Man fordert für ein in Solidarität geeintes Europa den Primat demokratischer Politik gegenüber dem freien Spiel der Marktkräfte durchzusetzen. Die SPD erkennt, dass die Selbstbehauptung Europas und der Europäischen Union im ersten wirklich globalen Jahrhundert politische Handlungsfähigkeit voraussetzt, und will daher, dass der Vertrag von Lissabon bald in Kraft tritt. Durch ihn will man die EU demokratischer, handlungsfähiger, bürgerlicher und auch sozialer gestalten. Die EU-Erweiterungspolitik versteht die SPD als erfolgreiche Friedenspolitik. Sie unterstützt einen EU-Beitritt der Türkei, wenn diese die erforderlichen Kriterien voll erfüllt. An der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans hält sie fest.

Die **FDP** will eine starke und selbstbewusste EU, die mit einer Stimme spricht und geschlossen für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt eintritt. Die FDP fordert, dass die Europäische Union demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger wird und hält daher am Ziel einer grundlegenden Reform der EU mittels des Vertrages von Lissabon fest. Als entscheidende Reformelemente sieht man eine erhebliche Stärkung des Europäischen Parlaments, mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung, eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, mehr Mitsprache des Bundestags in EU-Fragen, eine besser koordinierte EU-Außenpolitik, die

Demokratisierung der europäischen Innen- und Justizpolitik und eine wirksame Durchsetzung des Europäischen Grundrechtskatalogs. Die FDP fordert mutige Schritte zur Weiterentwicklung der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und tritt dafür ein, dass Beitrittsverhandlungen ergebnisoffen geführt werden. Einen „Rabatt“ bei den Kriterien oder gar einen Beitrittsautomatismus -zum Beispiel durch Nennung eines Beitrittsdatums vor Abschluss der Verhandlungen- dürfe es nicht geben. Für die FDP steht in den nächsten Jahren das Zusammenwachsen der alten und neuen EU-Mitglieder im Vordergrund.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine starke und demokratische EU und sehen den Lissabon Vertrag bei allen Schwächen als Schritt in die richtige Richtung. Man möchte für eine demokratische und bürgernahe EU kämpfen, die bei den Menschenrechten vorangeht, zur Vorreiterin beim Klimaschutz wird und für den Frieden in der Welt eintritt. Deshalb will man die EU zu einer Gemeinschaft für erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz machen. DIE GRÜNEN fordern EU-weite Mindeststandards von sozialen Rechten und die rechtsverbindliche Festschreibung der Grundrechtecharta.

Institutionell werden weitergehende Rechte für das Europäische Parlament und die Entwicklung einer auf die UN-Charta verpflichteten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gefordert. Bei letzterem sollen besonders die zivilen Instrumente zur Krisenprävention gestärkt werden. DIE GRÜNEN unterstützen die Beitrittsverhandlungen der EU mit Kroatien und der Türkei und wollen die Europäische Nachbarschaftspolitik konsequent an Menschenrechten, Demokratie und dem Ausbau erneuerbarer Energien ausrichten.

Obwohl für **DIE LINKEN** die Europäische Union unverzichtbar für die Sicherung des Friedens in Europa ist, lehnt sie als einzige Partei sowohl den Vertrag von Lissabon wie auch den vorherigen Verfassungsentwurf als zu wirtschaftsfreundlich ab. Stattdessen fordert DIE LINKE eine wirtschaftspolitisch neutrale Verfassung, mit der die Zielsetzungen einer Sozial- und Umweltunion und einer gemeinsamen pazifistischen Außenpolitik erreicht werden können. Insgesamt sei die EU zu sehr von den Spielregeln von Wirtschaft und Kapital dominiert. Diesem stellt DIE LINKE die wirtschaftspolitische Forderung nach einer demokratischen Kontrolle der EZB entgegen, deren Handeln gleichberechtigt auf Preisstabilität, Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum ausgerichtet sein soll. Weiterhin soll der Stabilitäts- und Wachstumspakt durch einen Pakt für nachhaltiges Wirtschaften, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.

Verkehr

Analyse

In der Mitte Europas liegend ist Deutschland wie kaum ein anderes Land auf leistungsfähige Verkehrswege angewiesen. Die Politik muss die über Jahrzehnte errichteten Infrastrukturen leistungsfähig erhalten und bedarfsgerecht ausbauen. Doch Deutschland lebt von der Substanz. Denn die Investitionen für Erhaltung und Ausbau der Bundesverkehrswege stagnieren seit mehreren Jahren. Schätzungen zufolge liegt der jährliche Investitionsbedarf bei mindestens 12 Mrd. Euro. Wachstumschancen dürfen nicht in Staus und Warteschleifen stecken bleiben. **Eine Steigerung der Verkehrsinvestitionen um 10 Prozent wird eine langfristige Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um mindestens 1 Prozent bewirken.**

Eine Kreditermächtigung für die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mbH (VIFG) würde helfen, zusätzliche private Investitionen (PPP) zu mobilisieren, die Investitionen von den jährlichen Haushaltszuweisungen auszukoppeln und die wirtschaftlichen Vorteile einer bedarfsgerechten Realisierung sowie einer klaren Priorisierung von Verkehrsprojekten zu erschließen.

Auch die **Mauterhöhung**, wodurch der Staat inmitten in einer Rezession seine Mauteinnahmen im ersten Quartal 2009 um 24 Prozent gesteigert hat, hat bislang nicht zu einer wirklichen Stärkung der Verkehrsinvestitionen geführt. Vielmehr sind die Transportleistungen im gleichen Zeitraum um 15 Prozent von sieben auf sechs Milliarden Tonnenkilometer gesunken. Die Große Koalition muss für eine offensichtliche Fehlentscheidung wie die Maut-Erhöhung die Verantwortung übernehmen und diese zumindest korrigieren.

Für den Güterverkehr sagen aktuelle Prognosen einen Anstieg um über 70 Prozent voraus. Die Nachfrage im Straßengüterverkehr übertrifft bereits heute das Niveau, das in der Prognose des aktuellen Bundesverkehrswegeplans erst für 2015 erwartet wurde. Die **Logistikbranche** ist in den vergangenen Jahren dynamisch gewachsen und mit heute über 200 Mrd. Euro Umsatz pro Jahr zur **drittgrößten Branche in Deutschland** avanciert. Die negativen Auswirkungen unserer modernen Mobilität wie Emissionen, Lärm, Staus und Unfälle müssen weiter minimiert werden. Die Wirtschaft bekennt sich zu diesem Ziel und ihrer Verantwortung. Deutsche Unternehmen bieten dafür viele innovative Lösungen an, deren Entwicklung und Anwendung gezielt gefördert werden sollte.

BGA-Position

Natürlich trifft die deutsche Wirtschaft die Finanzkrise wegen ihrer Exportabhängigkeit besonders hart. Immerhin gehen Prognosen von einer Verdoppelung des Güterumschlages und Verdreifachung des Containerverkehrs bis 2025 aus. Hieraus zieht der BGA die Schlussfolgerung, dass ein dringender

Handlungsbedarf zum **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland** besteht, um die künftigen Güterströme überhaupt lenken und bewältigen zu können.

Wenn die Krise überwunden sein wird, dann wird es darauf ankommen, auch weiterhin den Güterströmen gewachsen zu sein. Daher unterstützt der BGA das **modulare Nutzfahrzeugkonzept „Eurocombi“**. Es ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll. Immerhin ließen sich höhere Auslastungsgrade für Transporte auf der Straße durch das modulare Nutzfahrzeugkonzept mit einer Erhöhung der Länge und Erhöhung des Gewichtes realisieren. Das modulare Nutzfahrzeugkonzept wird zu einer Verringerung des LKW-Aufkommens in Deutschland beitragen und ganz allgemein zu substanziiell weniger Fahrzeugen auf den Straßen führen. Die in Deutschland vorhandenen technischen Voraussetzungen bieten die Möglichkeit für die Zulassung eines überlangen LKW an. Die **Mauterhöhung** kostet nach Schätzung des BGA viele Tausend Unternehmen die Existenz, weitere zigtausend Arbeitsplätze gehen verloren. Nach Ansicht des BGA ist diese **politische Fehlentscheidung** durch Aussetzung der Mauterhöhung unverzüglich zu korrigieren.

80 Prozent des Welthandels werden über See abgewickelt, 40 Prozent des innereuropäischen Frachtvolumens werden im Kurzstreckenseeverkehr befördert. Die deutsche Wirtschaft ist auf ihre Seehäfen angewiesen – sowohl für Importe als auch für Exporte. Angesichts wachsender internationaler Arbeitsteilung sind sie das Rückgrat der globalisierten Wirtschaft. Dabei dürfen die Seehäfen nicht isoliert betrachtet werden. Das Thema Seehäfen geht als Standortfaktor vielmehr die gesamte Bundesrepublik an. Denn Seehäfen und Binnenhäfen sowie auch Wasserwege wie beispielsweise die Unterelbe-, Straße, Schiene und Flugverkehr greifen hier ineinander. Hieraus ergibt sich für den BGA dringender Handlungsbedarf, um **den Hafen- und Logistikstandort Deutschland zu stärken**. Eine hinreichende Hinterlandanbindung der Seehäfen umfasst natürlich auch den Gütertransport auf der Straße.

Langfristig wird es nun darauf ankommen, dass die Investitionsmittel aus den Konjunkturprogrammen nicht nur einmalige Strohfeuer bewirken, sondern dass Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen verstetigt werden können. Hierbei wird die kommende Regierung nicht umhin kommen, die Investitionsplanungen der nächsten Jahre sowohl für die Schiene, die Bundesfernstraßen und die Wasserstraßen daraufhin zu überprüfen, ob sie an die veränderte Verkehrs- und Wirtschaftsentwicklung angepasst werden müssen, damit „Bottlenecks“ bei der Hafenhinterlandanbindung beseitigt werden können.

Verkehr



Aussetzung der Mauterhöhung	Aussetzung eines Teils der Mauterhöhung wg. Wirtschaftskrise	Keine Angaben
Innovative Transport- und Logistiklösungen für die Herausforderungen der Zukunft; EMS „EuroCombi“	Konstruktiver Dialog beim „Gigaliner“ Förderung Elektromobilität Schaffung einheitlichen Luftraumes	Ausbau Telematik- und Verkehrsmanagementsystem, insbesondere auf Autobahnen
Infrastruktur ausbauen und Nutzerfinanzierung für alle Verkehrsträger einführen	Ausbau der Verkehrsinfrastruktur: Kontinuität und Verlässlichkeit in Planung und Mittelzuweisung, damit keine Investitionslücken entstehen Stärkung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft Weiterentwicklung PPP Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Häfen und dem Ausbau der hafenrelevanten Verkehrsinfrastrukturen	Staat als Co-Investor zu privaten Kapitalgebern Sicherung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur
Rahmenbedingungen aller Verkehrsträger durch mehr Wettbewerb herstellen	Fortführung der Bahnreform Wettbewerb auf der Schiene ausbauen Gegen starre Tempolimits auf Autobahnen Wegekosten-Richtlinie flexibel gestalten, insbesondere keine Anlastung von Staukosten	Ausbau ÖPNV Keine Kapitalprivatisierung der Bahn
Optimale Integration der Verkehrsträger	Optimale Entfaltung der spezifischen Stärken durch Verknüpfung der Verkehrsträger miteinander Wachstumsgerechter Ausbau der Flughafenkapazitäten Stärkung des Logistikstandorts Deutschland durch strategische Einbindung in die trans-europäischen Netze Maritime Notfallvorsorge Nord-Ostsee	Ausbau der Schiene
Fazit	Die Themen spiegeln Kompetenz wieder und erfassen die drängenden verkehrspolitischen Herausforderungen	Kein neuer Wurf, keine positiven Signale für die Wirtschaft
Bewertung		



DIE LINKE.

Konjunkturrellbedingte Mautaussetzung	Keine Angaben	Keine Angaben
Entwicklung Nutzfahrzeugkonzept-EMS "EuroCombi" Förderung Elektromobilität Emissionshandel auf den gesamten Verkehr ausweiten	Förderung von Elektrofahrzeugen Weiterentwicklung des Emissionshandels auf Luft- und Schiffsverkehr (Flugticketabgabe) Reduzierung der Bahnpreise	Ökologische Verkehrswende
Vollständige Umstellung auf Nutzerfinanzierung PPP-Projekte zum Infrastrukturausbau	Intelligente Verkehrskonzepte und nachhaltige Mobilität Öffentliches Verkehrsnetz ausbauen Verkehrsverbünde aus Bahn und Bus Ausbau der Schiene	Sicherung der öffentlichen Infrastruktur
Privatisierung öffentlicher Verkehrsmittel Trennung Netz von Betrieb, dann Privatisierung in Teilen der Deutschen Bahn Erhaltungs-, Neu- und Ausbaumaßnahmen für Wasserstraßen, Seehäfen und Flughäfen Ablehnung Eurovignette III Abschaffung Kfz-Steuer Lärmschutz auf der Schiene verbessern	Ökologische Standards für Automobilindustrie Flächendeckende Tempolimits von 120 km/h auf Autobahnen	Massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs bei erheblich niedrigeren Preisen Deregulierung und Privatisierung im öffentlichen Verkehr verhindern (keine Privatisierung der Bahn)
Schaffung einer zivilen Küstenwache zur Bekämpfung auf See (Pirateriebekämpfung)	Verkehrsverlagerung auf die Schiene	Keine Angaben
Ein überzeugendes Programm für individuelle Lebensqualität und Wirtschaftswachstum	Innovative Ansätze können steigende Staatsausgaben und Mehrbelastungen der Wirtschaft nicht ausgleichen	Bleibt die Antworten auf den bestehenden dringenden Handlungsbedarf der Verkehrspolitik schuldig

Die Parteien zum Verkehr

Die **CDU/CSU** tritt für eine Fortführung der Bahnreform ein, womit sie den Wettbewerb auf der Schiene fördert. Eine Gratulation geht an die CDU/CSU, die zwar noch immer die Mauteinnahmen allein der Straße zufließen lassen, aber jetzt konjunkturell bedingt die Mauterhöhung aussetzt. Dies deckt sich mit der Forderung des BGA, die dramatische Entwicklung im Transportgewerbe aufzufangen. Endlich hat auch die CDU/CSU den Hafenstandort Deutschland entdeckt. Mit dem Ausbau von Wasserstraßen und Seehäfen hat die CDU/CSU endlich die enorme Bedeutung des Kurzstreckenseeverkehrs erkannt. Darüber hinaus fördert die CDU/CSU die Elektromobilität, stellt damit eine Weiche in Richtung klimaverträgliche Mobilität ohne fossile Abhängigkeit. Bewusst bleiben muss der CDU/CSU, dass es dabei nicht um die Erwartung oder Hoffnung geht, dass der gesamte individuelle Straßenverkehr in wenigen Jahren schlagartig auf Elektroantrieb umgestellt wird. Der BGA begrüßt dennoch diese Innovation, weil vor diesem Hintergrund die längerfristige und grundsätzliche Weichenstellung beizeiten so vorgenommen werden muss, dass die Potenziale aller technischen Entwicklungen von der Wirtschaft in den kommenden Jahren ungehindert genutzt und vorangebracht werden können. Ein Dankeschön gehört der CDU/CSU mit ihrem klaren Bekenntnis zum modularen Fahrzeugkonzept „EuroCombi“ des BGA, einer der wenigen Innovationen im Straßengüterverkehr, die es erlauben würde, ohne große Investitionen vorhandenen Ressourcen auszulasten, der Schadstoffausstoß ließe sich wirksam um 20 Prozent reduzieren.

Die **SPD** möchte die Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen. Für den Ausbau sieht die SPD den Staat nur noch als Co-Investor zu privaten Geldgebern. Doch wie genau das funktionieren soll, bleibt offen. Stattdessen verneint sie die Kapitalprivatisierung der Bahn, blockt damit den intermodalen Wettbewerb der Verkehrsträger ab. Mit dem Ausbau der Telematik- und Verkehrsmanagementsysteme, insbesondere auf Autobahnen, hat die SPD kein herausragendes Thema der Zukunft adressiert. Die gewünschte Vernetzung der Verkehrsträger, wie sie sich die SPD wünscht, ist für den Groß- und Außenhandel längst Realität. Auch die angekündigte Förderung der Intermodalität der beiden Parteien erübrigt sich aus Sicht des BGA, wenn Wettbewerb tatsächlich sicher-gestellt würde und die vergleichsweise hohen Preise durch Beseitigung der Effizienzverluste gesenkt werden.

Eine Gratulation geht auch an die **FDP**, die zwar noch immer die Mauteinnahmen allein der Straße zufließen lässt, aber jetzt konjunkturell bedingt die Mauterhöhung aussetzt. Dies deckt sich mit der bekannten Forderung des BGA, die dramatische Entwicklung im Transportgewerbe aufzufangen.

Die FDP will den Ausbau von Wasserstraße und Seehäfen voranbringen, stellt damit ebenso wie die Union die enorme Bedeutung des Kurzstreckenseeverkehrs heraus.

Die FDP fördert die Elektromobilität unter den gleichen Gesichtspunkten wie die Union. Über Private Public Partnership hinaus bevorzugt die FDP zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sogar eine komplette Umstellung der Verkehrssysteme auf die Nutzerfinanzierung.

Die FDP schlägt, wie schon in der letzten Wahlperiode, die Abschaffung der KFZ-Steuer vor und bevorzugt stattdessen die Mineralölsteuer als einzige Besteuerungsgrundlage für Kraftfahrzeuge. Ein Dankeschön gehört auch der FDP mit ihrem klaren Bekenntnis zum modularen Fahrzeugkonzept „EuroCombi“ des BGA, einer der wenigen Innovationen im Straßengüterverkehr.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten wie schon in den vergangenen Wahlperioden eine Verlagerung von Gütern auf die Schiene. Lediglich hinzugekommen sind Verkehrsverbünde von Bahn und Bus. Nicht beantwortet Bündnis 90/Grüne die dringenden Fragen der Verkehrspolitik etwa zur Bewältigung des aufkommenden Güterfrachtvolumens oder die Verstärkung der Verkehrsinfrastruktur. Der Wunsch von Bündnis 90/Grüne nach einem intelligenten Verkehrskonzept und nachhaltiger Mobilität bleibt offenbar ein Wunsch und stellt die Wiederholung aus den vergangenen Wahlperioden dar. Hier steht nur Dogmatik im Vordergrund. Anstatt Kompetenz zu zeigen, fordert Bündnis 90/Grüne flächendeckende Tempolimits von 120 km/h auf Autobahnen. Ohne Worte. Zudem müssten Bündnis 90/Grüne das ökologische Thema modulares Fahrzeugkonzept für sich entdecken. Einziger Lichtblick ist die Förderung von Elektromobilität.

Über die verkehrspolitischen Vorstellungen der **LINKEN** kann man nur den Kopf schütteln. Der öffentliche Verkehr soll massiv ausgebaut und billiger werden. Über die Finanzierung wird geschwiegen, kann im Ergebnis aber nur eine höhere Staatsverschuldung bedeuten. Lapidar soll eine ökologische Verkehrswende eingeleitet werden. Statt Konzepten nur Sprüche. Schade um das Papier.

Recht und Wettbewerb

Analyse

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hinterlässt deutliche Spuren in den Wahlprogrammen der Parteien, bedauerlicherweise aber nicht in Form von **konkreten Präventionsmaßnahmen** oder Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen, sondern in Form einer generellen Skepsis gegenüber marktwirtschaftlichen Prinzipien. Verstaatlichung und Rücknahme von Privatisierungen ist, mit Ausnahme bei der FDP, der Tenor der Wahlprogramme.

Im **Aktienrecht** wird die Verankerung einer Verantwortung des Unternehmens für das Gemeinwohl diskutiert.

Wohlwissend, dass dies die aktuelle Misere bei Opel, Schaeffler oder Heidelberger Druck weder für die Mitarbeiter verbessert, noch die „Zwickmühle“ in der sich die Politik befindet, beseitigt hätte. Die **Begrenzung von Managergehältern** wird zur Begrenzung eines kurzfristigen Renditestrebens gefordert. Die FDP will Finanzmanager für eingegangene unverantwortliche Risiken zur Rechenschaft ziehen.

Als Reaktion auf die Finanzkrise wird unter dem Deckmantel der Daseinsvorsorge eine zunehmende **privatwirtschaftliche Tätigkeit des Staats** gefordert. Der Staat konkurriert hier aber bereits heute mit Privaten, ohne jedoch zu den gleichen Bedingungen an den Start zu gehen.

Die Wahlprogramme beschreiben mit Ausnahme des sachlich gehaltenen FDP Programms **Utopien einer heilen Welt**. Das Vergaberecht wird hierzu durch eine nicht mehr enden wollende Anzahl von vergabefremden Kriterien instrumentalisiert. Kaum ein gesellschaftspolitischer Wunsch, der nicht als Vergabekriterium Erwähnung findet!

BGA-Position

Aus Sicht des BGA ist die Wiederherstellung funktionsfähigen Wettbewerbs, nicht aber Verstaatlichung das Gebot der Stunde. Ganz besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise ist es dringend geboten, in der **Bevölkerung um Vertrauen** und Sympathien **für freiheitliche und marktwirtschaftliche Prinzipien zu werben**. Sie allein sind geeignet, das dringend benötigte Wachstum zu erzeugen. Zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen im Wettbewerb und **nicht in der Planwirtschaft**. Eine Aussage, deren Äußerung heute Mut erfordert. In den Wahlprogrammen findet sie sich nirgends.

In Zeiten, wo eine Krisenintervention vorübergehende staatliche Beteiligungen unumgänglich macht, sollte nach Ansicht des BGA in nicht unmittelbar betroffenen Branchen eine Politik der **konsequenten Liberalisierung und Privatisierung betrieben werden**. Spekulative Auswüchse bei Privatisierungen wie das „Cross Border Leasing“ und ähnlich riskante Scheingeschäfte sind spekulative Exzesse einzelner Beteiligter. Sie müssen untersagt werden, dürfen den richtigen Weg der Privatisierung aber nicht gefährden. Überall dort, wo in der Vergangenheit der Mut zu einer konsequenten Liberalisierung aufgebracht wurde, wie z.B. im Bereich der Telekommunikation oder der Versorgungswirtschaft, kam es zu einer erheblichen Reduzierung der Verbraucherpreise.

Das **Briefmonopol** dagegen verhindert weiterhin private Investitionen und zu Lasten aller Verbraucher wirksamen Wettbewerb. Es verzerrt den Wettbewerb zwischen den Marktteilnehmern und hat bereits zu ersten Rückzügen von privaten Wettbewerbern geführt.

Recht und Wettbewerb



<p>Ordnungspolitische Leitsätze Stärkung marktwirtschaftlicher Prinzipien durch Wiederherstellung funktionsfähigen Wettbewerbs</p>	<p>Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Freiheit und Verantwortung, soziale Marktwirtschaft, Leistungswille und Solidarität</p>	<p>Fairer Wettbewerb als ordnungspolitische Leitidee</p>
<p>Ansätze zur Bekämpfung/Lehren aus der Finanzkrise: Stärkung der Finanzaufsicht, strenge Anwendung der europäischen Beihilferegeln</p>	<p>Neue Regeln für Ratingagenturen, in denen eine Trennung von Beratung und Bewertung vorgeschrieben wird</p>	<p>Festschreibung der Verantwortung der Unternehmen für das Gemeinwohl im Aktienrecht Schaffung eines Lobbyregisters</p>
<p>Begrenzung von Vorstandsbezügen Keine über das bisherige Aktienrecht hinausgehende Begrenzung von Managergehältern, kein verpflichtender Selbstbehalt bei D & O Versicherungen</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Deregulierung Abbau von Statistik und Meldepflichten, keine Behinderung der Schnelligkeit des Handelsverkehrs durch Informationspflichten nach UWG</p>	<p>Entbürokratisierung als Ziel der Europapolitik</p>	<p>Erleichterung in Verwaltungsverfahren, durch Abbau von Berichts- und Statistikpflichten, Dokumentationspflichten elektronisch erfüllbar</p>
<p>Kartellrecht, Private Rechtsdurchsetzung im Kartellrecht / Vergaberecht Keine Einführung von Sammelklagen, keine Möglichkeit von Ausforschungsbeweisen nach amerikanischer Discovery, kein Mehrfachschadensersatz, Verschlinkung des Vergaberechts, keine vergabefremden Aspekte</p>	<p>Kartellrecht findet nur in Zusammenhang mit der Landwirtschaft Erwähnung Die Übernahme von Sammelklagen und anderen strukturfremden Elementen aus dem angloamerikanischen Bereich wird abgelehnt</p>	<p>Mittelstandsaspekte und Tariftreue als Kriterien der Vergabe, Korruptionsregister als Ausschlusskriterium bei der Vergabe</p>
<p>Privatisierungen / Briefmonopol Gegen staatliche Monopole, für konsequente Privatisierung, sofortige Aufhebung des Briefmonopols, gegen faktische Beibehaltung von Monopolen durch Einführung von wettbewerbsverhindernden Mindestlöhnen</p>	<p>Fortsetzung der Teilprivatisierung der Bahn</p>	<p>Rechtsrahmen für liberalisierte Netzindustrien schaffen, Gründung einer „Deutschen Netz AG“ zur Schaffung von Investitionsanreizen in die Stromnetze</p>
<p>Wirtschaftliche Belange beim Datenschutz Wirtschaftsauskünfte sind für den Großhandel als Warenkreditgeber unverzichtbar, diese dürfen in ihrer Aussagekraft nicht durch übermäßigen Datenschutz eingeschränkt werden, Scoringverfahren dienen der gerechten Risikoverteilung</p>	<p>Stärkung des informationellen Selbstbestimmungsrechts beim Adresshandel, krimineller Datenhandel soll konsequent geahndet werden</p>	<p>Recht der Verbraucher selbst darüber zu entscheiden, wer was über sie weiß</p>
<p>Verbraucherschutz Übertriebener Verbraucherschutz gefährdet aufgrund seiner Bürokratiekosten Arbeitsplätze Für eine Vollharmonisierung des EU Verbraucherrechts</p>	<p>Förderung von neuen Gütesiegeln Erhalt des GS Zeichen Für Lebensmittelkennzeichnung Verbraucherinformationsgesetz Verbraucherbildung Effektive Rechtsdurchsetzung und wettbewerblich organisierte Märkte</p>	<p>Information, Transparenz und Sicherheit als Leitlinien, Lebensmittelkennzeichnung in Form der Ampel</p>
<p>Gewerblicher Rechtsschutz Für die Zulässigkeit des Handels mit gebrauchter Software</p>	<p>Wirksamer Schutz des geistigen Eigentums im Rahmen der WTO Gegen Patente an Tieren und Pflanzen</p>	
<p>Fazit</p>	<p>Das Programm geht in einigen Politikbereichen in die Tiefe, es fehlen aber konkrete Aussagen zur Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands</p>	<p>Programm mit starkem Verbraucher- aber auch Mittelstandsbezug. Mindestlöhne gefährden den Wettbewerb als Ordnungsprinzip</p>
<p>Bewertung</p>	<p>👍👍</p>	<p>👍</p>



DIE LINKE.

<p>Staatlicher Regelungsrahmen, der den Missbrauch von Marktmacht wirksam verhindert Stärkung des Wettbewerbs im Gesundheitssystem und bei sozialen Dienstleistungen</p>	<p>Neuer grüner Gesellschaftsvertrag Ökologische Fairness Politik der Teilhabe und der sozialen Sicherheit</p>	<p>Menschen vor Profite, öffentliche Daseinsvorsorge als gesellschaftliches Rückgrat</p>
<p>Funktionsfähigen Wettbewerb auf den Finanzmärkten schaffen, Konzentration der Bankenaufsicht, Vernetzung der Finanzaufsichtsbehörden in der EU, mehr Verantwortung durch Haftung im Aktienrecht</p>	<p>Neue Regeln für Ratingagenturen</p>	<p>Verstaatlichung hilfsweise Stärkung der Mitbestimmung Schaffung eines Lobbyregisters</p>
<p>Wer als Manager im Finanzmarkt unverantwortliche Risiken eingegangen ist, soll zur Rechenschaft gezogen werden</p>	<p>Exzesse bei Managergehältern sollen gestoppt werden. Die falsch konstruierten Entlohnungssysteme führen zu überzogener Risikobereitschaft und kurzfristigem Profitstreben</p>	<p>Gewinnmaximierung und Gier von Finanzmanagern dürfen keine Ziele für gutes Regieren sein</p>
<p>Einführung des pauschalen Bürgergelds</p>	<p>Entbürokratisierung als Hilfe für Existenzgründer</p>	<p>Keine IHK Beiträge bis zu einem Ertrag von 30.000 Euro p.a.</p>
<p>Im GWB muss ein Entflechtungsinstrument integriert werden. Als ultima ratio muss es möglich sein, praktisch aufgeteilte Märkte neu zu strukturieren Molkereien erhalten Möglichkeit zur gemeinsamen Vermarktung der Milch Sammelklagen werden generell abgelehnt</p>	<p>Für die Einführung vergabefremder Aspekte</p>	<p>Schärferes Kartellrecht gegen Gas- und Stromkonzerne, kein Preisdumping der Handelsketten zu Lasten der Bauern, Einhaltung von Tarif-Mindestlöhnen, Gleichstellung von Mann und Frau, Förderung von Behinderten und Migranten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Kriterien der Vergabe</p>
<p>Abschaffung GEZ Abschaffung Briefmonopol Keine (dauerhafte) massive Staatsbeteiligung im Finanzsektor</p>	<p>Privatisierungseuphorie ist über das Ziel hinausgeschossen, natürliche Monopole im Bereich der Netzinfrastruktur müssen im Besitz der öffentlichen Hand bleiben, Überführung der Stromnetze in Staatseigentum</p>	<p>Vergesellschaftung von Banken und Finanzsektor, öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierung, Vergesellschaftung von Strom- und Gasnetzen</p>
<p>Aufnahme des Datenschutzes ins Grundgesetz Errichtung einer Stiftung Datenschutz zur Bewertung von Waren und Dienstleistungen Wiederherstellung des Bankgeheimnisses Einführung einer einheitlichen Vorwahl für alle Telefonwerber zur Identifizierung von Werbeanrufen</p>	<p>Aufnahme des Datenschutzes ins Grundgesetz; Leitsatz meine Daten gehören mir – nicht dem Staat, nicht dem Kaufhaus, nicht dem Mobilfunkbetreiber Beschränkung des Datenhandels Verbands- und Sammelklagen bei datenschutzrechtlichen Verstößen</p>	<p>Stärkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung gegenüber dem privaten und öffentlichen Datenhunger</p>
<p>Ausbau der Verbraucherzentralen Für einen umfassenden und unverzüglichen Zugang der Verbraucher zu Informationen Zusammenfassung aller Informationsrechte Vereinheitlichung der Verbraucherrechte im Binnenmarkt</p>	<p>Verbesserte Verbraucherinformationsrechte Sammelklagen für Verbraucher Schutz der Verbraucher bei Verspätungen Verbesserter Verbraucherschutz bei Finanzgeschäften</p>	<p>Umfassende Verbraucherrechte auf Information und Transparenz beim Kauf von Lebensmitteln und Finanzmarktprodukten</p>
<p>Effektiver Schutz geistigen Eigentums und forschungsfreundliche Ausgestaltung von Patent- und Urheberrecht</p>	<p>Für ein freies Internet Für open access im Urheberrecht und Einführung einer Kulturflatrat</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Trotz Finanzkrise wird weiterhin auf marktwirtschaftliche Prinzipien vertraut</p>	<p>Natürliche Monopole und ein extremer Verbraucherschutz gefährden effizientes und wettbewerbsfähiges Wirtschaften</p>	<p>Das Programm stellt mit seiner Absicht nach massiver Verstaatlichung eine Gefahr für die bisherige Wirtschaftsordnung dar</p>
<p>👍👍👍</p>	<p>👍</p>	<p>👎👎👎</p>

Die Parteien zu Recht und Wettbewerb

Die **CDU/CSU** sieht als Kern der Finanzkrise einen mangelhaften Ordnungsrahmen und fehlendes Verantwortungsbewusstsein. Sie möchte daher die Regeln der sozialen Marktwirtschaft auch international verankern. Nach Ansicht der CDU/CSU basiert der Wohlstand in Deutschland auf der Einbindung in die internationalen Handelsströme. Deutschland müsse daher auch zukünftig an der Wertschöpfung des internationalen Handels teilhaben. Die Bahnreform soll im Rahmen einer Teilprivatisierung weitergeführt werden und die diesbezüglichen Kompetenzen der Bundesnetzagentur gestärkt werden.

Die **SPD** traut sich nicht, sich für die soziale Marktwirtschaft einzusetzen. Sie fordert aber einen fairen Wettbewerb. Der innerparteiliche Spagat zwischen den Flügeln hinterlässt auch in der Wettbewerbspolitik seine Spuren. Es ist daher schwer abzuschätzen, welche Strömung sich durchsetzen wird. So werden einige wenige Ideen zum Bürokratieabbau im Bereich der Berichtspflichten genannt. Die Reformagenda 2010 findet aber keine Erwähnung mehr. Erst recht nicht, dass die eingeleiteten Maßnahmen nur einen überfälligen Anfang darstellen können und weitere marktwirtschaftliche Reformen folgen müssen.

Die **FDP** fordert einen staatlichen Regelungsrahmen, der den Missbrauch von Marktmacht wirksam verhindert. Soziale Dienstleistungen müssen marktwirtschaftlich ausgestaltet werden. Kernstück ist hier das pauschale Bürgergeld. Die Abschaffung des Briefmonopols wird gefordert. Mit ihrem Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Prinzipien und ihrem klarem Bekenntnis zum Wettbewerb hat die FDP in Zeiten der Finanzkrise geradezu ein Alleinstellungsmerkmal erhalten.

BÜNDNIS 90/DEI GRÜNEN fordern einen neuen Gesellschaftsvertrag. Aus ihrer Sicht ist es Zeit für neue Visionen. Der Erfolg der grünen Visionen aus den Gründungstagen der Partei, die heute zum Allgemeingut aller Parteien zählen, soll wiederholt werden. Das Wahlprogramm ist folglich eine durchaus gelungene Mischung aus Fantasie und konkreten Vorschlägen. So werden die Deckelung von Managergehältern und neue Regeln für Ratingagenturen gefordert. Der Verbraucherschutz wird zunehmend als Kernkompetenz betrieben.

DIE LINKE stellt Menschen vor Profite und verliert sich auch im Übrigen in derartigen Phrasen. Da DIE LINKE sich für die Verstaatlichung ganzer Wirtschaftsstufen, wie den Banken- und Finanzsektor einsetzt, ist ihr Wahlprogramm als nicht vereinbar mit dem System der sozialen Marktwirtschaft anzusehen.

Umwelt

Analyse

Die Bekämpfung des sich abzeichnenden **Klimawandels sowie die hiermit zusammenhängenden Themen Energieeffizienz und Versorgungssicherheit** sind in den letzten Jahren **zentrale Punkte der deutschen und internationalen umweltpolitischen Agenda** geworden.

So hat sich die Europäische Union verpflichtet, bis 2020 den Anteil an erneuerbaren Energien auf 20 Prozent zu steigern, den Ausstoß von Treibhausgasen um 20 Prozent gegenüber 1990 zu senken und den Energieverbrauch um 20 Prozent zu reduzieren.

Auf globaler Ebene bereiten sich derzeit die nationalen Regierungen auf die Verhandlungen zum Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls ab 2012 vor, bei dem von der EU angestrebt wird, die bisher abseits stehenden Länder in den globalen Klimaschutz einzubinden und die Industrieländer insgesamt zu überzeugen, den Ausstoß von Treibhausgasen um 30 Prozent bis 2020 zu senken.

Generell **nimmt die internationale Verflechtung im Bereich der Umweltpolitik weiter zu**. Mittlerweile geht ein Großteil der in Deutschland verabschiedeten umweltrelevanten Gesetze auf Impulse und Vorgaben von europäischer und globaler Ebene zurück.

So trat Anfang 2009, basierend auf Empfehlung der Vereinten Nationen, die sog. GHS-Verordnung als zweites großes europäisches Projekt auf dem Gebiet des Chemikalienrechts neben REACH in Kraft. Das Vorhaben soll weltweit einen einheitlichen Rahmen für die Klassifizierung und Kennzeichnung von Chemikalien schaffen und bürdet – wie auch REACH – den betroffenen Unternehmen substantielle Belastungen auf.

Der **ambitionierte Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft** bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit **kann nur gelingen, wenn die betroffenen Unternehmen bei diesem Prozess eng mit eingebunden werden**; diese Notwendigkeit wird ebenfalls von der Europäischen Kommission in ihrer Mitteilung „20 und 20“ bis 2020 Chancen Europas im Klimawandel“ unterstrichen.

Der moderne Großhandel hat sich schon jetzt auf dem Weltmarkt erfolgreich als Dienstleister für innovative Problemlösungen bei der Bewältigung von Umweltproblemen und der Erhöhung der Energieeffizienz positioniert.

BGA-Position

Die globalen Herausforderungen der Klima- und Energiepolitik müssen von der Bundesregierung entschlossen angegangen werden, **wobei gleichrangig auf Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit zu achten ist**. Ein abgestimmtes Vorgehen auf europäischer und internationaler Ebene ist auf diesem Politikfeld umso wichtiger, da einzelne Staaten die notwendigen Maßnahmen nicht alleine bewerkstelligen können. Nationale umweltpolitische Alleingänge bergen eher die Gefahr, in Deutschland ansässige Unternehmen einseitig zu belasten, als einen spürbaren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. In diesem Sinne sollte die notwendige Umstellung auf eine nachhaltige Energiewirtschaft ohne Gefährdung der Versorgungssicherheit oder wettbewerbsverzerrende Verteuerung der Energiekosten vonstatten gehen.

Für eine erfolgreiche Klimapolitik sind weiterhin eine verbesserte Ressourcenverwertung und eine erhöhte Energieeffizienz unabdingbar, sei es bei der Herstellung oder dem Betrieb von Produkten. **Die Politik sollte hierbei den Wettbewerb um die effizienteste Lösung durch geeignete Rahmenbedingungen stimulieren, ohne sich a priori festzulegen oder gar bestimmte Technologien aus dem Markt zu drängen**. In diesem Sinne sind die Vorgaben im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie auf einen engen Produktkreis einzugrenzen. Auch auf anderen Gebieten der Umweltpolitik, wie dem Chemikalien- oder dem Abfallrecht, sollten möglichst marktkonforme Instrumente zum Einsatz kommen, um flexible Lösungen zu erlauben und die Belastungen für die betroffenen Unternehmen so gering wie möglich zu halten. Die Chancen junger Technologien wie der Nanotechnologie dürfen nicht durch voreilige Regulierungen verbaut werden. Die deutsche Politik ist aufgerufen, auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass bestehende umweltrechtliche Vorgaben EU-weit möglichst binnenmarktfreundlich umgesetzt und angewendet werden.

Allgemein sollten bestehende umweltrechtliche Regelungen automatisch hinsichtlich ihrer Aktualität und Effizienz überprüft werden, um die Regelungsdichte auf das notwendige Maß zurückzuführen.

Der Groß- und Außenhandel unterstützt eine klimafreundliche Ausrichtung des Marktes sowie die Entwicklung umwelt- und ressourcenschonender Produkte und ist bereit, seinen Beitrag zu leisten. **Hierbei darf Klimaschutz jedoch nicht als Vorwand zu einem umweltpolitischen Dirigismus missbraucht werden**.

Umwelt



<p>Leitbild- Zurodnung im Wahlprogramm</p>	<p>„Umwelt- und Klimaschutz – Für die Zukunft unserer Erde“</p> <p>Ökologie wird für die Ökonomie des 21. Jahrhunderts immer wichtiger</p>	<p>„Ein verantwortlicher Umgang mit Umwelt und Natur“</p> <p>Bewußter Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft als Antwort auf drohende Klima- und Umweltkrise</p>
<p>Umweltpolitik als Chance für die deutsche Wirtschaft Notwendigkeit von energieeffizienten Verfahren und Produkten ist Chance für die deutsche Wirtschaft auf den Weltmärkten</p>	<p>Eine intakte Natur ist auch zentraler Wirtschaftsfaktor</p> <p>Umweltechnologien als große Chance für den Exportweltmeister Deutschland</p> <p>Förderung von Zukunftstechnologien für das Automobil</p>	<p>Export von Umwelttechnologien stärkt Wachstum und Beschäftigung</p> <p>Förderung eines „Zukunftsautos Made in Germany“</p>
<p>Klima- und Energiepolitik Nachhaltige Klimapolitik ist notwendig, allerdings unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit und ohne wettbewerbsverzerrende Verteuerung von Energiekosten</p>	<p>Reduzierung der CO₂ Emissionen bis 2020 um 40%</p> <p>Beibehaltung eines breit gefächerten Energiemixes</p> <p>Bis 2020 mind. 30% der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien</p> <p>Fortentwicklung des Emissionshandels unter Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit</p>	<p>Reduzierung der CO₂ Emissionen bis 2020 um mind. 40%</p> <p>Beibehaltung der Kohleförderung und Festhalten am Atom ausstieg</p> <p>Bis 2020 mind. 35% der Stromerzeugung aus erneuerbare Energien (2030: 50%)</p> <p>Emissionshandel ist zentrales Instrument zum Klimaschutz</p>
<p>Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz Durch intelligente Rahmensetzung sollte der Wettbewerb um die effizienteste Lösung stimuliert werden ohne sich a priori festzulegen oder bestimmte Technologien aus dem Markt zu drängen</p>	<p>Verdoppelung der Energieeffizienz bis 2020 im Vergleich zu 1990</p> <p>Anreize sollen zu Energieeinsparung und erhöhter Energieeffizienz führen</p>	<p>Bis 2020 Einsparung von 11% des jetzigen Strombedarfs und Verdoppelung der Ressourceneffizienz</p> <p>Im Rahmen einer ökologischen Verbraucherpolitik sollen Kriterien für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen festgelegt werden</p>
<p>Effiziente Umweltpolitik-Deregulierung-Eigenverantwortung Marktkonforme Instrumente erlauben flexible Lösungen und minimieren die Belastungen für betroffene Unternehmen</p> <p>Staatliche Kontrolle ist dort anzusetzen, wo diese notwendig und am effektivsten ist</p>	<p>„Umweltpakt Deutschland“ als neue Form der Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat</p> <p>Anreize und marktwirtschaftlich orientierte Instrumente sind staatlichen Regulierungen und Vorschriften vorzuziehen</p> <p>Entrümpelung bestehender abfallrechtlicher Regelungen</p>	<p>Strategische Industriepolitik verzahnt Forschungsförderung, Infrastrukturausbau, Regulierungen und den Einsatz öffentlicher Nachfragemacht</p> <p>Verschärfung von Grenzwerten und produktspezifischer Vorgaben</p> <p>Setzt nicht „nur auf ordnungspolitische Maßnahmen, sondern auch freiwillige Selbstverpflichtung“ der Marktteilnehmer</p>
<p>Fazit</p>	<p>Ausgewogene und moderne Umweltpolitik</p>	<p>Zu starkes Betonen staatlicher Vorgaben</p>
<p>Bewertung</p>	<p></p>	<p></p>



<p>„Mehr Lebensqualität durch mehr Freiheit“</p> <p>Fortschritt im Umweltschutz durch ideologiefreien Einsatz moderner Technik</p>	<p>Intakte Umwelt – Erhalten, was uns erhält „Grüner new deal“</p> <p>Grüne Marktwirtschaft mit starken sozialen und ökologischen Leitplanken</p>	<p>„Gesellschaft ökologisch umbauen“</p> <p>Streben nach sozialer Gerechtigkeit und radikaler ökologischer Umbau der Lebens- und Wirtschaftsweisen sind zwei Seiten einer Medaille</p>
<p>Eine gut konzipierte Klimaschutzpolitik ist vernünftige Wirtschaftspolitik</p> <p>Klimaschutzpolitik ist Wettbewerbsmotor und bietet Grundlage zur Technologieführerschaft deutscher Firmen</p>	<p>Ökologische Politik ist wirtschaftliche Innovation für mehr Arbeitsplätze</p> <p>Umwelttechnologie ist neue Leitindustrie mit erheblichem Beschäftigungspotential</p> <p>Umweltabkommen sollen uneingeschränkt Vorfahrt vor internationalen Handelsregeln haben</p>	<p>Einseitige und gefährliche Exportausrichtung der deutschen Wirtschaft mildern</p>
<p>Reduzierung der CO₂ Emissionen bis 2020 um 30%</p> <p>kostengünstiger Ausbau erneuerbarer Energien, Kernenergie als Übergangstechnologie wichtig</p> <p>Emissionhandel als zentrales Element kosteneffizienter Klimapolitik</p>	<p>Reduzierung der CO₂ Emissionen bis 2020 um 40%</p> <p>Atomaustieg bei gleichzeitigem Moratorium für neue Kohlekraftwerke</p> <p>Bis 2020 mind. 40% der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (2040: 100%)</p> <p>Emissionshandel ohne Schlupflöcher</p>	<p>Reduzierung der CO₂ Emissionen bis 2020 um mind. 40%</p> <p>Vollständiger Umbau der Energiewirtschaft auf erneuerbare Energien bis 2050</p> <p>Ausstieg aus Atomstrom, keine neuen Kohlekraftwerke</p> <p>Ostdeutschland als regenerative Modellregion</p>
<p>Drosselung des Energiebedarfs durch energieoptimierte technische Produkte und energiebewusstes Verhalten jedes Einzelnen</p> <p>Überzogene Regulierungen wie das Glühbirnenverbot werden abgelehnt</p>	<p>Bis 2020 Einsparung von 11% des jetzigen Strombedarfs</p> <p>Strenge Vorgaben für maximalen Energieverbrauch von Elektrogeräten</p> <p>Energieversorger werden verpflichtet, jährlich mindestens 1% ihres eigenen Strom- und Gasabsatzes einzusparen</p>	<p>Durch eine ökologisch technische Effizienzrevolution, die Stärkung regionaler Wirtschaftsprozesse und alternative Lebensstile sollen Energieeffizienz erhöht und deutliche Energieeinsparungen erreicht werden</p>
<p>Marktmechanismen ersetzen zahlreiche Regulierung</p> <p>Ablehnung von gesetzlichen Produktveränderungen</p> <p>Anreize statt Verbote</p>	<p>Einsatz einer Vielzahl von Werkzeugen wie Labeln, Zertifikaten und einem klarem Ordnungsrecht</p> <p>Unnötige Bürokratie und unsinnige Dauersubventionen abschaffen</p> <p>Verschärfung von REACH und Schaffung eines EU-Rechtsrahmen für Nanotechnologie</p>	<p>„Regeln des Wirtschaftens ändern“</p> <p>Strenge Mindestverpflichtungen zur sparsamen Herstellung und Betrieb von Elektrogeräten</p> <p>Strenge Registrierung von chemischen Stoffen</p>
<p>Konsistentes Setzen auf flexible und marktnahe Instrumente</p>	<p>Positive Ansätze, jedoch konterkariert durch marktfremde Elemente</p>	<p>Staatsdirigismus läßt grüßen</p>
<p>👍👍</p>	<p>👍</p>	<p>👎👎👎</p>

Die Parteien zur Umwelt

Die umweltpolitischen Teile der Wahlprogramme orientieren sich überwiegend an den Themen Klima und Energie. Hierbei sind sich alle Parteien grundsätzlich einig, dass es einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit bedarf, um den aktuellen Herausforderungen der Klimapolitik erfolgreich zu begegnen.

Daneben wird weitgehend von den Parteien anerkannt, dass die Notwendigkeit zur Entwicklung von energieeffizienten Verfahren und Produkten für die deutsche Wirtschaft eine bedeutende Chance auf den Weltmärkten darstellt.

Diesbezüglich bekennen sich FDP, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN – mit Abstufungen – zum Markt als Motor für Innovation und Entwicklung.

Angesichts einer immer wichtigeren Rolle der Ökologie für die Ökonomie propagieren **CDU/CSU** einen „Umweltpakt Deutschland“ zwischen Wirtschaft und Staat, um wirtschaftliches Wachstum in einer intakten Umwelt zu sichern.

Umwelttechnologien werden als große Chance für den Exportweltmeister Deutschland gesehen. Ordnungspolitisch zu unterstützen ist das Credo, Anreize und marktwirtschaftlich orientierte Instrumente statt staatliche Regulierungen und Vorschriften zu bevorzugen. Angesichts der zunehmenden rechtlichen Rahmenseetzungen durch die europäische Ebene wollen sich CDU/CSU für eine Harmonisierung der Umweltstandards in Europa einsetzen. Ebenfalls begrüßenswert ist die Ankündigung einer Entrümpelung der bestehenden abfallrechtlichen Regelungen, insbesondere der Verpackungsverordnung.

Die **SPD** strebt im Rahmen des Konzeptes einer „ökologischen Industriepolitik“ an, die deutsche Wirtschaft unabhängiger von den Volatilitäten der Rohstoffmärkte zu machen und strategische Zukunftsindustrien zu fördern. So soll u.a. die Entwicklung eines energieeffizienten „Zukunftsautos- Made in Germany“ angeschoben werden. Weiterhin ist vorgesehen, die effiziente Nutzung und Wiederverwertung von Ressourcen voranzutreiben. Grundlage für eine ökologische Verbraucherpolitik sollen feste Vorgaben für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen sein, wobei die SPD hierbei „nicht nur auf ordnungspolitische Maßnahmen“ setzt.

Die **FDP** sieht einen gut konzipierten Klimaschutz als einen potentiellen Jobmotor an. Der ideologiefreie Einsatz moderner Technik soll Schlüssel zu mehr Energieeffizienz sein. Große Potenziale zur Energieeinsparung werden in energieoptimierten technischen Produkten und in energiebewusstem Verbraucherverhalten gesehen. Zu begrüßen ist die Ablehnung der Liberalen von überzogenen Regulierungen wie dem Glühbirnenverbot. Stattdessen sollen objektive und transparente Verbraucherinformationen es Verbrauchern ermöglichen, eine „ökologische Konsumentenverantwortung“ zu übernehmen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht der „grüne New Deal“ im Mittelpunkt, der eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Wirtschaft in Richtung Energieeffizienz und Nachhaltigkeit über alle Sektoren hinweg vorsieht. Denn: „Nur energieeffiziente Produkte haben im globalen Wettbewerb die Nase vorn“. Dieses begrüßenswerte Bekenntnis zum Wettbewerb wird leider durch die marktfremde Forderung konterkariert, wie nach einer „uneingeschränkten Vorfahrt von Umweltabkommen vor Handelsregeln“ auf internationaler Ebene. Eine solche generelle Priorisierung von Umweltabkommen würde das internationale Handelsrecht schwächen und Rechtsunsicherheit erzeugen; stattdessen sollten Handelsregeln kohärent und unter Einbeziehung gerechtfertigter Umweltaspekte -möglichst im multilateralen Ansatz der WTO- ausgehandelt werden.

Die Partei **DIE LINKE** strebt einen radikalen ökologischen Umbau der Gesellschaft an, wobei sie auch „die Regeln des Wirtschaftens“ ändern will. Hierbei verkennt DIE LINKE, dass der hohe Standard deutscher Umwelttechnologien nicht trotz, sondern gerade wegen eines wettbewerbsorientierten Ordnungsrahmens erreicht wurde. Speziell in Ostdeutschland, den DIE LINKE - gespeist aus einem 100 Milliarden Euro schweren Sonderfonds zu einer „regenerativen Modellregion“ umbauen will, gehen nachhaltige Wachstumsimpulse von solchen innovativen Unternehmen und Sektoren aus, die sich konsequent den Weltmärkten zugewendet haben.

Agrar und Verbraucherschutz

Analyse

Die **Liberalisierung des Welthandels** im Rahmen der sog. Doha-Runde der WTO ist ins Stocken geraten. Grund dafür sind insbesondere die unüberbrückbaren Meinungsunterschiede im Agrarbereich; offene Fragen bestehen nach wie vor beim Marktzugang und bei den Subventionen für Agrarprodukte. Gerade in Zeiten einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise könnte ein erfolgreicher Abschluss der WTO-Verhandlungen jedoch zu neuen Wachstumsimpulsen, zur Bekämpfung der Armut und zur Verbesserung der Versorgungssicherheit der ärmsten Entwicklungsländer mit Nahrungsmitteln beitragen. Auch auf europäischer Ebene ist die marktwirtschaftliche Umorientierung der Agrarmärkte auf halber Strecke steckengeblieben. Die **Reform der Europäischen Agrarpolitik** hat drei wesentliche Elemente hervorgebracht: Die Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion, die Modulation zur Stärkung des ländlichen Raumes und die Verknüpfung der Zahlungen an die Einhaltung bestimmter Kriterien in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheit oder Tierschutz. Auf dieser Basis sollte weiter aufgebaut werden. Denn die verschiedenen Marktordnungen in der EU gelten bis heute fort und beschränken den freien Handel durch Zollkontingente, Mindestpreise, Quoten, Ausfuhrerstattungen etc. Mit Hinweis auf **Verbraucherschutz** und Lebensmittelsicherheit wird der Handel rigoros beschränkt. Unterschiedliche nationale Lebensmittelstandards sind wenig transparent und öffnen dem Protektionismus Tür und Tor. Zuverlässig arbeitende Betriebe werden diskriminiert, traditionelle Handelsbeziehungen zerstört. In allen Teilen der Welt werden Agrarprodukte in bester Qualität produziert. Gerade im Sinne des Verbraucherschutzes gibt es keinen Grund für eine Abschottung des europäischen Marktes. In vielen Bereichen ist die **Gentechnik** heute nicht mehr wegzudenken. Vor dem Hintergrund der weiter zunehmenden Bedeutung in Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft und mit Blick auf die international weit verzweigten Handelsströme kann der Einsatz der Gentechnik nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt werden. Weltweit wird intensiv mit Hilfe der Gentechnik an der Lösung von drängenden Problemen gearbeitet. Deutschland aber schottet sich ab und ignoriert wissenschaftliche Erkenntnisse. Letztlich schaden wir mit dieser verfehlten Politik dem Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Die rigiden Regeln schaffen große Probleme für den Handel, beispielsweise wenn der Fund nur eines einzigen Kornes einer nicht in der EU sicherheitsbewerteten gentechnisch veränderten Maissorte zur Vernichtung der gesamten Fracht führt.

BGA-Position

Der Agrarhandel versteht sich als weltweiter Partner einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft. Nur durch eine weitreichende Öffnung der Agrarmärkte - in der EU und in Drittländern - ist ein qualitativ hochwertiges und breites Angebot von Agrarprodukten zu günstigen Preisen auf Dauer zu sichern. Die **Liberalisierung des Agrarhandels** im Rahmen der WTO-Verhandlungen trägt entscheidend zu einer Verbesserung der Versorgungssicherheit bei. Wir fordern daher weitere substantielle Marktöffnungen sowie die komplette Abschaffung der Exportsubventionen.

Die **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** der EU muss weiter reformiert werden. Die letzte Reform hat erste richtige Ansätze hervorgebracht. Jetzt gilt es, nach 2013 die Reform zu vollenden. Der BGA setzt sich für eine einfache und auf Marktprinzipien beruhende GAP ein. Wir fordern, dass Subventionen weitestmöglich zurückgefahren werden. Umweltfreundliche Landbewirtschaftung, artgerechte Tierhaltung sowie transparente Produktionsprozesse und Vertriebswege sind im Interesse des Handels. Aufgabe des Staates ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es erlauben, diese Ziele effizient zu erreichen. Mittelständischen Betrieben sollte insoweit eine klare Perspektive gegeben werden. Der **Strukturwandel in der Landwirtschaft** kann aber nur zeitlich begrenzt durch die Politik abgefedert werden. Letztlich muss sich auch die Agrarwirtschaft am Markt bewähren.

Die **Grüne Gentechnik** darf nicht verteufelt werden. Wir sollten wieder zu einer versachlichten Debatte über die Chancen und Risiken zurückkehren. Aufgabe des Staates ist es, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse Risiken abzuschätzen und bewusste Kaufentscheidungen zu ermöglichen. Über Chancen und Nutzen der Grünen Gentechnik entscheidet der Markt. Wir fordern eine verlässliche Gentechnikpolitik zur Sicherung des Innovationsstandortes Deutschland.

Der **Verbraucher** benötigt keine staatliche Bevormundung. Ein freier Welthandel und weltweit abgestimmte Lebensmittelstandards bieten ein durchgängig hohes Niveau an Nahrungsmittelsicherheit. Transparenz durch Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit, objektive und adäquate Informationen sind im Interesse des Verbrauchers, dabei dürfen aber bestimmte Lebensmittel gegenüber anderen nicht diskriminiert werden.

Agrar und Verbraucherschutz



<p>Allgemein – Zuordnung im Wahlprogramm – Leitbild</p>	<p>Für eine Politik, die die Leistungen der Menschen im ländlichen Raum anerkennt und ihre Chancen für die Zukunft sichert</p>	<p>Für eine soziale und zukunftsgerichtete Agrar- und Strukturpolitik der EU</p>
<p>Agrarhandel als weltweiter Partner einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Europäische Agrarpolitik Für eine einfache und auf Marktprinzipien beruhende Gemeinsame Agrarmarktpolitik. Subventionen weitestgehend zurückfahren</p> <p>Agrarwirtschaft muss sich letztlich am Markt bewähren Umweltfreundliche Landbewirtschaftung, artgerechte Tierhaltung sowie transparente Produktionsprozesse und Vertriebswege sind im Interesse des Handels</p>	<p>Für eine Marktorientierung mit Augenmaß zugunsten einer nachhaltigen und multifunktionalen Landwirtschaft, d.h. Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik bei gleichzeitiger Beibehaltung der produktionsunabhängigen Direktzahlungen an die Landwirte</p> <p>Generell Förderung der ländlichen Räume, des Anbaus nachwachsender Rohstoffe und der Landwirtschaft durch Steuervorteile und Subventionen</p>	<p>Weg von der reinen Agrarpolitik hin zur multifunktionalen Ausrichtung der Agrarpolitik, Interessen der Land- und Ernährungswirtschaft dürfen Verbraucher- und Umweltschutz nicht dominieren. Weg von der Subventionspolitik landwirtschaftlicher Großbetriebe</p>
<p>Liberalisierung des Welthandels – Welternährung Nur durch eine weitreichende Öffnung der Weltagrarmärkte ist ein qualitativ hochwertiges und breites Angebot von Agrarprodukten zu günstigen Preisen auf Dauer zu sichern</p> <p>Abschaffung der Exportsubventionen</p>	<p>Für die Anerkennung von Standards des Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzes in internationalen Handelsübereinkommen</p>	<p>Beendigung von Agrarexportsubventionen im Rahmen von EU und WTO</p>
<p>Gentechnik und Verbraucherschutz Über Chancen und Nutzen entscheidet der Markt</p> <p>Verlässliche Gentechnikpolitik zur Sicherung des innovationsstandortes Deutschland</p> <p>Keine Diskriminierung bestimmter Lebensmittel</p>	<p>Für eine sachliche Auseinandersetzung mit der grünen Gentechnik und deren Sicherheitsrisiken Für einen wirksamen Verbraucherschutz, der sich am mündigen Verbraucher orientiert</p> <p>Für eine klare Lebensmittelkennzeichnung und übersichtliche Nährwertinformationen</p>	<p>Sicherheit vor ungewollter Gentechnik</p> <p>Für eine EU-weite Kennzeichnung von Produkten ohne Gentechnik</p> <p>Klare Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln (Ampelsystem)</p>
<p>Fazit</p>	<p>Klientel-Politik, um den negativen Auswirkungen der Globalisierung auf die deutsche Landwirtschaft entgegenzuwirken</p>	<p>Einige richtige Ansätze, aber SPD setzt am Ende doch auf staatliche Lösungen</p>
<p>Bewertung</p>	<p></p>	<p></p>

		
für eine unternehmerische Land- und Forstwirtschaft	Ökologische Landwirtschaft für gesundes Essen und Klimaschutz	Für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft
Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe verbessern Der wesentliche Teil des Einkommens muss am Markt erwirtschaftet werden	Keine Angaben	Keine Angaben
Marktwirtschaftliche Umorientierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU	Die Agrarpolitik der EU ist mitverantwortlich für den Welthunger Ökologisierung der Landwirtschaft zum Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt Agrarsubventionen nur noch für die Erbringung von Leistungen zum Klima- und Umweltschutz	Anteil des ökologischen Landbaus bis 2025 auf mind. 50% erhöhen den Tierschutz verbessern Kein Preisdumping zu Lasten der Bauern Abschaffung der EU- Agrarexportsubventionen
Produktivitätsverbesserungen und Grüne Gentechnik zur Sicherung der Welternährung und nachwachsender Rohstoffe	Für die zügige Abschaffung der handelsverzerrenden EU-Ausfuhrerstattungen Für Schutzmaßnahmen der Entwicklungsländer gegen Agrarimporte Standards multilateraler Umweltabkommen und das Recht der internationalen Arbeitsorganisation im WTO-Recht verankern	Menschenrecht auf Nahrung Schutz von Kleinbauern in den Entwicklungsländern Gegen Spekulation mit Agrarrohstoffen und gegen den Import von Rohstoffen zur Biosprit-Erzeugung, da Nahrungsmittelkrisen verschärft werden
Eine nachhaltige und effiziente Landwirtschaft Weiterentwicklung der Pflanzenzüchtung und der Züchtung transgener Sorten Transparente Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln ohne staatliche Bevormundung der Verbraucher (kein Ampelsystem)	Gesunde Lebensmittel – kein Genfood auf den Teller Für ein EU-weites Verbot von Gentechnik-Pflanzen Klare Kennzeichnung von gentechnischen Veränderungen in Lebensmitteln Klare Nährwertkennzeichnung (Ampelsystem)	Ächtung der Agro-Gentechnik Stärkung der Verbraucher- und Informationsrechte beim Kauf von Lebensmitteln
Im Grundsatz liberal, aber im Einzelnen vage!	Es bleibt offen, wie Ökologie und Ökonomie vereinbar sind	Staatliche Bevormundung; Populismus pur!
		

Die Parteien zu Agrar und Verbraucherschutz

CDU/CSU stehen für eine Politik, die die Leistungen der Menschen in ländlichen Räumen anerkennt und ihre Chancen für die Zukunft sichert. Damit ist klar, dass die ländlichen Räume und die Landwirtschaft durch steuerliche Vorteile und finanzielle Zuwendungen gestärkt werden sollen. CDU/CSU fokussieren sich zu einseitig auf das **europäische Agrarmodell** einer nachhaltigen und multifunktionalen Landwirtschaft und lassen die Chancen, die eine weitere Liberalisierung der Weltagrarmärkte bieten würde, weitgehend außen vor. Insgesamt ist ihre Agrarpolitik zu sehr nach innen gerichtet. CDU/CSU sprechen selbst von einer **Marktorientierung mit Augenmaß**. Dies wird auch deutlich bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. An der Beibehaltung der Direktzahlungen für die Landwirte wird nicht gerüttelt. Zu den Potentialen der **Grünen Gentechnik** für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland erfolgen nur sehr vage Ausführungen.

Das Regierungsprogramm der **SPD** setzt auf „verantwortungsvolle Verbraucherinnen und Verbraucher in der Sozialen Marktwirtschaft“. Im Gegensatz zur Position für die BT-Wahl 2005 setzt die SPD nunmehr auf Sicherheit vor ungewollter **Gentechnik**, weil die große Mehrheit der Konsumenten Gentechnik angeblich ablehne. Die SPD tritt für eine EU-weit einheitliche Kennzeichnung von Produkten ohne Gentechnik und für die verbindliche Einrichtung gentechnikfreier Regionen ein. In der **Agrarpolitik** sieht sie einen klaren Paradigmenwechsel: Weg von der klassischen Agrarpolitik hin zur multifunktionalen Ausrichtung als Chance für die ländlichen Räume und für eine nachhaltige Entwicklung. Dies beinhaltet auch einen Bruch mit der bisherigen Subventionspolitik landwirtschaftlicher Großbetriebe und eine Hinwendung zu natur- und umweltschonender Produktion.

Die **FDP** stellt eine „**unternehmerische Land- und Forstwirtschaft**“ in den Mittelpunkt ihrer Agrarpolitik. Nach Jahrzehnten, in denen landwirtschaftliche Märkte zentral gesteuert worden sind, müssen marktwirtschaftliche Lösungen die Agrarpolitik bestimmen. Damit haben unternehmerische Landwirte die Chance, sich stärker von staatlicher Bevormundung zu lösen und einen größer werdenden Anteil ihres Einkommens am Markt zu erwirtschaften. Den weiter beachtlichen und notwendigen Strukturwandel gilt es zu begleiten, Nutzungskonflikte der Landnutzung müssen ebenfalls mit marktwirtschaftlichen Ansätzen gelöst werden. Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft müssen dort unterstützt werden, wo es ohne Eingriffe nicht zu sinnvollen Lösungen kommt. Alles in allem plädiert die FDP dafür, auch die **Europäische Agrarpolitik** stärker an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und der Nachhaltigkeit zu orien-

tieren. Für eine nachhaltige und effiziente Landwirtschaft bedarf es aus Sicht der FDP intensiverer Agrarforschung. Eine zweite grüne Revolution auf dem Acker (einschließlich **Grüner Gentechnik**) sei notwendig, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren und gleichzeitig nachwachsende Rohstoffe für die rohstoffliche und energetische Nutzung zu produzieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine ökologische Landwirtschaft für gesundes Essen und Klimaschutz. Ihre Ziele im Bereich der Agrarpolitik fügen sich nahtlos in den „Grünen Neuen Gesellschaftsvertrag“ ein. Die grüne Agrarwende soll – wie bei der SPD – ein Paradigmenwechsel in der Landwirtschaftspolitik sein. **DIE GRÜNEN** wollen die **Ökologisierung der Landwirtschaft** zum Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt deutlich vorantreiben. Agrarsubventionen soll es in Zukunft nur noch geben, wenn Umwelt- und Klimaleistungen erbracht werden und Arbeitsplätze erhalten werden. Die **Gemeinsame Agrarpolitik** der EU ist aus Sicht der Grünen mitverantwortlich für den Welthunger. Es muss daher Schluss gemacht werden mit einer Politik der Exportsubventionen für Nahrungsmittel, die die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern ruiniert und diese von Importen abhängig macht. Außerdem wollen **DIE GRÜNEN**, dass ein größerer Teil der Entwicklungshilfe in die nachhaltige ländliche Entwicklung fließt. **DIE GRÜNEN** treten ferner für gesunde Lebensmittel ein und sind gegen Genfood. **Gentechnik** bedrohe die Wahlfreiheit der Verbraucher und mache die Landwirte abhängig von weltweiten Agribusiness-Konzernen. **DIE GRÜNEN** setzen sich deshalb auch für ein EU-weites Verbot von Gentechnik-Pflanzen ein und wollen eine klare Kennzeichnung von gentechnischen Veränderungen in Lebensmitteln.

Als sozialistische Partei unterstützt **DIE LINKE** den **ökologischen Umbau der Wirtschaft**: Der Anteil des ökologischen Landbaus ist bis 2025 auf mind. 50 Prozent zu erhöhen, der Einsatz von Mineraldüngern und Pflanzenschutzmitteln ist drastisch zu reduzieren, der Tierschutz ist zu verbessern, und die **Agro-Gentechnik** muss geächtet sowie Verbraucher- und Informationsrechte beim Kauf von Lebensmitteln gestärkt werden. **Entwicklung braucht Gerechtigkeit**, so **DIE LINKE** in ihrem Bundestagswahlprogramm. D.h., das Recht auf Nahrung ist Menschenrecht, Kleinbauern in den Entwicklungsländern müssen vor Agrarimporten und den großen Agro-Konzernen aus den Industrieländern geschützt werden, die Agrexportsubventionen der EU müssen abgeschafft werden, und Spekulationen mit Agrarrohstoffen und der Import von Rohstoffen zur Biosprit-Erzeugung sollten verboten bzw. nicht gefördert werden, da dadurch Nahrungsmittelkrisen in den Entwicklungsländern verschärft werden.

Berufliche Bildung

Analyse

Die Bundesregierung und die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben 2007 den „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“

(**Ausbildungspakt**) um weitere drei Jahre verlängert. In dem Pakt hatte sich die Wirtschaft verpflichtet, 60.000 neue Ausbildungsplätze pro Jahr zu schaffen und jährlich 30.000 neue Ausbildungsbetriebe einzuwerben. Diese Zusagen wurden auch 2008 mit 86.500 neuen Ausbildungsplätzen und 52.700 neuen Ausbildungsbetrieben weit übertroffen. Jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen konnte ein Angebot auf Qualifizierung gemacht werden. Dennoch erschweren es die zum einen schwierigen **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen**, zum anderen auch die **fehlenden Qualitäten der Bewerber** um einen Ausbildungsplatz, für jeden Jugendlichen eine Ausbildungsplatz zu finden.

Internationale Studien haben bestätigt, dass das deutsche **Bildungssystem nur Mittelmaß** ist. Die Mängel, welche auch die Ausbildungsunternehmen immer wieder bestätigen, liegen in erster Linie in den **Grundkenntnissen Lesen, Schreiben, Rechnen**. Soziale Kompetenzen werden ebenfalls häufig vermisst. Die Politik hat auf die Studien reagiert. In der Bildungspolitik tut sich etwas, wenn auch der Fokus stets auf der akademischen Bildung liegt.

Dennoch bleibt eine Menge zu tun, um unser international anerkanntes **duales System** der Berufsausbildung sowie die vorhandenen Kompetenzen in der Vermittlung von **Weiterbildungsangeboten zu modernisieren**.

BGA-Position

Der BGA setzt sich für die Fortführung des **Ausbildungspaktes** zur Schaffung von Ausbildungsplätzen ein. Allerdings müssen angesichts des demographiebedingten Rückgangs bei den Bewerberzahlen die Ziele neu formuliert werden.

Noch immer gibt es zahlreiche **Ausbildungshemmnisse**. Es müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden, um es gerade kleinen **Unternehmen** zu ermöglichen, in Auszubildende zu investieren. Außerdem muss sich die **Ausbildungsreife** der Interessenten für eine Ausbildung verbessern. Dies ist vor allem angesichts des bereits eintretenden Rückgangs an Schulabgängern wichtig. Hier sind die **allgemeinbildenden Schulen** gefordert, Kompetenzen wie Lesen, Rechnen und Schreiben zu vermitteln. Es bedarf eines frühen Einschreitens zur Verbesserung der Integration von Kindern bereits im Vorschulalter.

Um eine **praxis- und bedarfsgerechte Ausbildung** zu ermöglichen, müssen auch gesetzliche Ausbildungshemmnisse wie z.B. Arbeitszeitrestriktionen zurückgeführt werden. **Ausbildungsvergütungen und -zeiten** müssen flexibilisiert werden. Auch die Ausbildungsordnungen müssen flexible Aus- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Jugendlichen berücksichtigen.

Um eine stärkere Ausrichtung der betrieblichen Bildung zu gewährleisten fordert der BGA, dass die Zuständigkeit für Fragen der Berufsbildungspolitik ausschließlich beim **Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit** verbleibt. Eine Verschiebung der Zuständigkeit zum Bildungsministerium oder auf Landesebene wäre ein fataler Schritt in die falsche Richtung. Auch ein verstärkter Einsatz der Bundesregierung für das deutsche duale System auf **EU-Ebene** ist von existenzieller Bedeutung für die beruflichen Chancen deutscher Arbeitnehmer auf dem internationalen Markt.




Zur Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen muss vor allem die **individuelle Weiterbildungsbereitschaft** der Arbeitnehmer gefördert werden. Es ist wichtig zu vermitteln, dass die stetige Anpassung der beruflichen Qualifikationen an die sich ändernden Arbeitsaufgaben und -felder eine **Investition** eines jeden in seine persönliche Zukunft ist.

Berufliche Bildung



<p>Fortführung des Ausbildungspakts zwischen Wirtschaft und Bundesregierung zur Schaffung von Ausbildungsplätzen</p>	<p>Ausbildungspakt über 2010 verlängern</p>	<p>Ausbildungspakt weiterentwickeln und Ausbildungsplatz-Verpflichtungen der Wirtschaft weiter erhöhen</p> <p>Ausbildungsplatzbonus für diejenigen, die schon länger vergeblich eine Lehrstelle suchen</p> <p>Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben, Chance in außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten zur Qualifizierung in Berufen mit Arbeitskräftebedarf</p>
<p>Praxis- und bedarfsgerechtere Ausrichtung der beruflichen Bildung, insbesondere durch die Beseitigung gesetzlicher Ausbildungshemmnisse wie Arbeitszeitrestriktionen.</p>	<p>Durch kontinuierliche Fortentwicklung der Ausbildungsberufe an veränderte wirtschaftliche und technologische Anforderungen anpassen</p>	<p>Stärkung des dualen Systems und Modernisierung von Ausbildungsberufen</p> <p>Mehr Ausbildungsangebote, die eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium verbinden</p>
<p>Verbesserung der Ausbildungsreife der Schüler durch Verbesserung v.a. der Rechtschreib-, Lese- und Mathematikkenntnisse, der Allgemeinbildung sowie der sozialen Kompetenzen</p>	<p>Gezielte Sprachförderung bereits im Kindergarten, verbindliche Sprachstandstests für alle Kinder im Alter ab vier Jahren und eine intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichtsbegleitende Sprachprogramme</p> <p>Mittelfristig verpflichtend beitragsfreies letztes Kindergartenjahr</p>	<p>Recht auf gefördertes Nachholen eines Schulabschlusses für alle</p> <p>BAföG für Schüler aus einkommensschwachen Familien auf dem Weg zum Abitur ab der 11. Klasse</p> <p>Arbeits- und Berufsorientierung in der Schule fest verankern</p>
<p>Berücksichtigung der differenzierten Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Jugendlichen beim Erlass der Ausbildungsordnungen, Straffung der Neuordnungsverfahren</p>	<p>Keine Angaben</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Erweiterung des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte (Durchlässigkeit)</p>	<p>Erworbene Qualifikationen sollen international anerkannt werden, um international Transparenz herzustellen und Mobilität zu erleichtern</p>	<p>Möglichkeit für Berufsschüler, auch eine Fachhochschulreife zu erlangen, Möglichkeiten zu einem integrierten Fachhochschulstudium und einer beruflichen Ausbildung vergrößern</p> <p>Zugang zur Hochschule für besonders qualifizierte Absolventen einer Berufsausbildung ohne Abitur, Möglichkeit des Bezugs von BAföG auch nach dem 30. Lebensjahr</p>
<p>Förderung der individuellen Weiterbildungsbereitschaft (lebenslanges Lernen)</p>	<p>Wiedereinsteigerprogramme für Berufsrückkehrer</p>	<p>Weiterbildung mit System und Rechtsansprüchen</p> <p>Öffentliche Förderung von Langzeitkonten, für Qualifizierungszwecke</p>
<p>Fazit</p>	<p>Trotz Erkennen der Bedeutung der beruflichen Bildung leider wenig konkrete Vorschläge</p>	<p>Einige richtige Ansätze, aber SPD setzt am Ende doch auf staatliche Lösungen Positive Ansätze werden durch dirigistische Forderungen konterkariert.</p>
<p>Bewertung</p>	<p>👍</p>	<p>👎</p>



<p>„Bildungspakt der Generationen“</p> <p>Verstärkte ehrenamtliche Tätigkeit und Kooperation zwischen Unternehmen, Schulen, Hochschulen usw.</p>	<p>Regionale und branchenspezifische Umlagesysteme zur Finanzierung der Ausbildung</p>	<p>Einführung einer Ausbildungsplatzumlage</p>
<p>Flexibilisierung und Deregulierung des Berufsbildungssystems</p>	<p>Einführung eines trialen Ausbildungssystems „Dual Plus“, das das bestehende „Duale System“ um eine dritte Säule, die überbetrieblichen Zentren, erweitert</p> <p>Dadurch Schaffung zusätzlicher und qualifizierter Ausbildungsplätze</p>	<p>Außer- und überbetriebliche Ausbildung mit betrieblicher Ausbildung gleichstellen</p> <p>Schul- und Prüfungsgebühren in der beruflichen Bildung abschaffen</p>
<p>Verbindliche Diagnosen mit Sprachstandserhebungen ab 4 Jahren einführen, verbindliche Schulvorbereitung ab 5. Lebensjahr</p>	<p>Ganztagsschulen und gemeinsamer Unterricht mindestens bis zur 9. Klasse</p> <p>Produktionsklassen sollen Schulabschlüsse und Übergänge in eine betriebliche Ausbildung fördern</p>	<p>Längeres gemeinsames Lernen</p>
<p>Modularisierung der Berufsausbildung mit Grundmodulen, Kernmodulen und Spezialmodulen, mit der Möglichkeit des Erwerbs von Teilqualifikationen</p>	<p>Modularisierung und verbindliche Anerkennung von Teilqualifikationen</p> <p>Abschlüsse von vollschulischen Ausbildungen sollen von den Kammern bundesweit anerkannt werden</p> <p>Auch Übergänge zwischen der dualen und der vollzeitschulischen Ausbildung möglich</p>	<p>Schmalspurausbildungen abschaffen</p>
<p>Verbesserung der Studien- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Berufstätigen</p>	<p>Durch zusätzlichen Unterricht soll jeder Jugendliche während der Ausbildungszeit ein Fachabitur erreichen können</p>	<p>Keine Angaben</p>
<p>Staatliche Förderung der betrieblichen Weiterbildung</p> <p>Lebensphasenorientiertes Bildungssystem</p>	<p>Erwachsenen-BAföG, ohne Altersgrenzen und Berufsbeschränkungen</p>	<p>Rechtsanspruch, Finanzierung und Qualität von Weiterbildung in einem Weiterbildungsgesetz sichern</p> <p>Einrichtung von Branchenfonds zur Förderung der Weiterbildung</p>
<p>Weit reichende und detaillierte Vorschläge zur Modernisierung der beruflichen Bildung</p>	<p>Zahlreiche konkrete Vorschläge, die teilweise zu weit gehen</p>	<p>Zwangsmittel behindern betriebliches Ausbildungsengagement</p>
<p></p>	<p></p>	<p></p>

Parteien zur Beruflichen Bildung

Über die Parteigrenzen hinweg wird die Bildungspolitik stärker als in der Vergangenheit in den Mittelpunkt gestellt. So findet sich die Forderung nach stärkeren Investitionen in Bildung in allen Wahlprogrammen. Dabei spielt aber die berufliche Bildung nur eine untergeordnete Rolle.

Die Union (**CDU/CSU**) sieht im dualen System das Modell zur Verbindung von Theorie und Praxis für die berufliche Bildung in Deutschland. Gezielte Sprachförderung bereits im Kindergarten, verbindliche Sprachstandstests für alle Kinder im Alter ab vier Jahren und eine intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichtsbegleitende Sprachprogramme sollen die frühkindliche Bildung stärken. Mittelfristig soll ein verpflichtendes beitragsfreies letztes Kindergartenjahr geschaffen werden. Die Zahl der jungen Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss will die Union innerhalb der nächsten fünf Jahre im Bundesdurchschnitt halbieren. Deutschlandweite Abiturprüfungen, zumindest in den Fächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften, sollen verbindlich werden.

Die **SPD** will eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur für jede und jeden. Der Ausbildungspakt soll weiterentwickelt und die Ausbildungsplatz-Verpflichtungen der Wirtschaft weiter erhöht werden. Die Genossen fordern eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sollen eine Chance in außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten zur Qualifizierung in Berufen mit Arbeitskräftebedarf erhalten. Arbeitnehmer ohne Ausbildung sollen möglichst ohne Einkommensverlust in ihrem Betrieb eine Ausbildung nachholen können. Der Übergang von der Schule in das Arbeitsleben soll neu geordnet werden. Zur Finanzierung soll ein Bildungszuschlag auf sehr hohe Einkommen eingeführt werden. Die SPD will mehr Ausbildungsangebote, die eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium verbinden, das Recht auf gefördertes Nachholen eines Schulabschlusses für alle, BAföG für Schüler aus einkommensschwachen Familien auf dem Weg zum Abitur ab der 11. Klasse. Die Durchlässigkeit zur Hochschule soll für besonders qualifizierte Absolventen einer Berufsausbildung ohne Abitur erhöht werden, verbunden mit der Möglichkeit des Bezugs von BAföG auch nach dem 30. Lebensjahr. Arbeitszeitkonten für Qualifizierungszwecke sollen öffentlich gefördert werden.

Die **FDP** sieht Bildung als Bürgerrecht und fordert einen „Bildungspakt der Generationen“. Die Ausbildungszeit bei Auszubildenden mit intensivem Förderbedarf soll leichter verlängert werden können. Zudem fordern die Liberalen eine Flexibilisierung und Deregulierung des Berufsbildungs-






systems mit einer Modularisierung der Berufsausbildung mit Grundmodulen, Kernmodulen und Spezialmodulen, mit der Möglichkeit des Erwerbs von Teilqualifikationen. Die Studien- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Berufstätigen sollen verbessert werden, bspw. durch die staatliche Förderung der betrieblichen Weiterbildung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Investitionen in Bildung durch teilweise Umwandlung des Solidaritätszuschlags in einen Bildungssoli und die Verwendung zusätzlicher Einnahmen aus einer Erbschaftssteuerreform finanzieren. Sie fordern zudem regionale und branchenspezifische Umlagesysteme zur Finanzierung der Ausbildung. Jugendliche mit Ausbildungshemmnissen und größeren Lernschwierigkeiten sollen ihre Ausbildungszeit verlängern können und begleitende Hilfen dazu beitragen, dass sie ihren Berufsabschluss auch erreichen. Mit der Einführung eines trialen Ausbildungssystems „Dual Plus“, das das bestehende „Duale System“ um eine dritte Säule (überbetriebliche Zentren) erweitert, sollen zusätzliche und qualifizierte Ausbildungsplätze geschaffen werden. Durch sog. Produktionsklassen sollen Schulabschlüsse und Übergänge in eine betriebliche Ausbildung gefördert werden. Die berufliche Bildung soll modularisiert werden durch eine verbindliche Anerkennung von Teilqualifikationen; Abschlüsse von vollschulischen Ausbildungen sollen von den Kammern bundesweit anerkannt werden; auch Übergänge zwischen der dualen und der vollzeitschulischen Ausbildung möglich sein. Durch zusätzlichen Unterricht soll jeder Jugendliche während der Ausbildungszeit ein Fachabitur erreichen können. Erwachsenen-BAföG – ohne Altersgrenzen und Berufsbeschränkungen – soll ermöglicht werden.

DIE LINKE fordert eine Ausbildungsplatzumlage. Ausbildungsgewerkschaften sollen grundsätzlich tariflich vereinbart werden. Außer- und überbetriebliche Ausbildung soll mit betrieblicher Ausbildung gleichgestellt werden. Schul- und Prüfungsgebühren in der beruflichen Bildung sollen abgeschafft werden. Die Weiterbildung soll im Rahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik ausgebaut und allen Menschen - unabhängig vom Geldbeutel - lebenslanges Lernen ermöglicht werden. Dazu soll ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung in einem Weiterbildungsgesetz statuiert werden. Die Weiterbildung soll durch die Einrichtung von Branchenfonds gefördert werden.

Auswertung

Observer 2009 - Auswertung

					
Arbeitsmarkt	1 👍	1 👍	3 👍	1 👍	3 👍
Wirtschaft und Finanzen	2 👍	1 👍	1 👍	1 👍	2 👍
Steuerpolitik	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍	2 👍
Sozialpolitik	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍	2 👍
Außenwirtschaft	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍
Europa	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍
Verkehr	2 👍	1 👍	2 👍	1 👍	2 👍
Recht und Wettbewerb	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍
Umwelt	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍
Agrar und Verbraucherschutz	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍
Berufliche Bildung	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍	1 👍
Summe	13 👍 / 3 👍 / 0 👍	3 👍 / 5 👍 / 4 👍	25 👍 / 0 👍 / 0 👍	1 👍 / 3 👍 / 9 👍	0 👍 / 0 👍 / 30 👍

Impressum

- Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V.
Am Weidendamm • 1A, 10117 Berlin
Telefon: (030) 59 00 99 50 • Fax: 030 59 00 99 519
Internet: <http://www.bga.de> • eMail: info@bga.de
- Chefredaktion: André Schwarz, Geschäftsführer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Mitarbeit: Iris von Rottenburg • Monika Schneider
- Redaktion: BGA-Fachabteilungen
- Stand: Juli 2009
- Druck: SZ Druck, Sankt Augustin